

Wiener Stadt-Bibliothek.

57291 F

F 57291
Juli - Dez.
1932



RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 182
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 1. Juli 1932.

W I E N E R L A N D T A G .

Sitzung vom 1. Juli 1932.

Präsident Dr. Danneberg eröffnet um 16 Uhr 30 die Sitzung des Wiener Landtages. ~~MMMM~~

Als Präs. Dr. Danneberg erklärt, dass die Sitzung eröffnet ist, erhebt sich Abg. Frauenfeld, ohne dass ihm das Wort erteilt worden wäre und beginnt von einem Manuskript vorzulesen. Gleich bei den ersten Worten, die Abg. Frauenfeld spricht, wenden sich die sozialdemokratischen Abgeordneten in stürmischen Zwischenrufen gegen den Abg. Frauenfeld, sodass dessen Worte nicht verständlich sind. Die Nat. soz. Abgeordneten begleiten die Vorlesung des Abg. Frauenfeld mit den Rufen Jude herunter! Ho ruck nach Palästina! Präs. Dr. Danneberg ruft den Abg. Frauenfeld zur Ordnung, da er spreche ohne dass ihm das Wort erteilt worden ~~MMMM~~ sei. Unausgesetzt wird den Abg. Frauenfeld von der Mehrheit zugerufen: Sie literarischer Dieb! Sie Streickbrecher! Sie Arbeiterverräter! Die Nationalsozialisten erwidern diese Zwischenrufe mit den Rufen Juden hinaus, Herunter mit dem Juden! In dem Saal herrscht unausgesetzt grosser Lärm.

Präs. Dr. Danneberg bringt zur Kenntnis, dass ein Antrag der Abg. Mühlberger und Scholz auf Linderung der Notlage des werktätigen Volkes eingebracht worden sei. Der Antrag werde der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt werden.

Auf den Bänken der Nat. Soz. herrscht unausgesetzt grosser Lärm. Abg. Frauenfeld liest abwechselnd stehend und sitzend von seinem Manuskript weiter vor.

Präs. Dr. Danneberg stellt bezüglich eines weiteren von den Abg. Hanke und Neumann eingebrachten Antrages die Unterstützungsfrage und stellt fest, dass der Antrag nicht genügend unterstützt sei und daher nicht in Verhandlung gezogen werden könne. Er bringt weiters zur Kenntnis, dass die Abg. Frauenfeld und Dr. Suchenwirth eine dringliche Anfrage betreffend die Vorfälle beim Wiener Hausregiment an den Landeshauptmann eingebracht habe.

Die Nat. Soz. wenden sich gegen die Enunziationen des Präsidenten mit heftigen Zwischenrufen und lärmen unausgesetzt.

Präs. Dr. Danneberg ruft den Abg. Frauenfeld, der sich abermals erhoben hat und vorliest zur Ordnung. Präs. Dr. Danneberg: Wenn die Herren die Verhandlung stören, hören sie nicht, was hier gesprochen wird. Das wird zum Nachteil ihrer eigenen Anträge sein. Ich kann da nur annehmen, dass Sie auf die Behandlung ihrer eigenen Anträge kein Gewicht legen. Präs. Dr. Danneberg bringt sodann neuerlich zur Kenntnis, dass die Abg. Frauenfeld und Genossen eine dringliche Anfrage eingebracht haben.

Während der Präsident diese Mitteilung macht, treten Mitglieder der Mehrheit in den Halbkreis vor den Referententisch. Dem Abg. Frauenfeld wird zugerufen: Sie literarischer Dieb! Die nat. soz. Abgeordneten beantworten diese Rufe mit stürmischen Zwischenrufen. Abg. Frauenfeld und andere nat. soz. Abg. treten aus ihren Bänken, ebenfalls gegen den Halbkreis vor dem Referententisch. In diesem Raum geraten Mitglieder der nat. soz. Partei mit soz. dem. Abgeordneten in ein Handgemenge. Einzelne Mitglieder der Mehrheitspartei und Stadträte treten zwischen die streitenden Abgeordneten und suchen sie von einander zu trennen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Blatt

Wien, am

In dem grossen Tumult, der im Saale herrscht, unterbricht Dr. Danneberg die Sitzung.

Nach ungefähr einer Viertelstunde nimmt Dr. Danneberg die Sitzung wieder auf. Und erklärt es als tief bedauerlich, dass sich im Landtag solche Szenen ereignet haben. Er fordert die Abg. auf, die Plätze einzunehmen.

Abg. Frauenfeld erhebt sich neuerlich und beginnt zu lesen. - Unausgesetzter grosser Lärm. *ruft Abg. Frauenfeld zur Ordnung; er*
Präs. Dr. Danneberg *gibt* bekannt, dass die Anfrage Frauenfeld und Genossen nicht die erforderliche Anzahl von 17 Unterschriften trage, es werde daher am Schlusse der Sitzung über die Frage der Dringlichkeit entschieden werden.

Nach der Wahl eines Mitglieds des Immunitätskollegiums erteilt Dr. Danneberg dem Stadtrat Honay das Wort zum Referat über die Gesetzesvorlage betreffend die Abänderung des Wiener Strassenpolizeigesetzes. - Unausgesetzter grosser Lärm. Stadtrat Honay führt aus: In Osttirol und in einem Teil von Salzburg, in Obereösterreich, Niederösterreich, Wien, Burgenland und Kärnten sollte am 1. Dezember 1933 die Rechtsfahrordnung in Kraft treten. Durch die zweite Novelle zum Strassenpolizeigrundgesetz hat der Nationalrat am 18. Dezember 1931 beschlossen, mit Rücksicht auf die Kosten, die aus der Einführung des Rechtsfahrens erwachsen, das Inkrafttreten der Rechtsfahrordnung um 3 Jahre hinauszuschieben. Es wurde also dieser Termin mit 1. Dezember 1935 bestimmt. Die vom Nationalrat beschlossene Novelle bestimmt ferner, dass die Kosten der Anschaffung, Aufstellung und Erhaltung, der Verkehrs- und Warnungszeichen, sofern es sich um die Kennzeichen von Uebergängen über nicht öffentliche Eisenbahnen handelt, von diesen Bahnverwaltungen der Strassenverwaltung zu ersetzen sind. - u dieser vom Nationalrat beschlossenen Aenderung des Grundgesetzes hat nun der Wiener Landtag das Ausführungsgesetz für das Land zu beschliessen. Dieses Ausführungsgesetz ist der Wiener Landesregierung schon am 1. März vorgelegen und hat am 9. März den zuständigen Gemeinderatsausschuss beschäftigt, der das Gesetz genehmigte. In der Landesregierung wurde das Gesetz am 7. Juni 1932 eingebracht. Der Ausschuss hat es unverändert am 27. Juni genehmigt. Motivenbericht und Gesetzesvorlage sind in den Händen der Mitglieder des Landtages. Der Berichterstatter ersucht um die Genehmigung.

Während des Referates des St. R. Honay rufen die Nat. Soz. im Chor: Ho ruck nach Palästina! und: Kein Landtag mit Danneberg mehr! und erheben sich von ihren Sitzen und singen.

Präs. Dr. Danneberg ruft die nat. soz. Abgeordneten, da sie die Verhandlungen des Landtages durch Absingen eines Liedes stören zur Ordnung.

Die Nat. soz. Abgeordneten machen unausgesetzt stürmische Zwischenrufe. Grosser Lärm.

Die Novelle zum Strassenpolizeigesetz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

St. R. Richter berichtet über den Rechnungsabschluss des Fortbildungsschulrates für Wien für das Jahr 1930. -

Unausgesetzter grosser Lärm bei den Nat. Soz.

Präs. Dr. Danneberg: Die Geschäftsordnung gibt leider keine Möglichkeit gegen ein derartiges Benehmen anders einzuschreiten als durch den Ordnungsruf. Präs. Dr. Danneberg erteilt sodann dem chr. soz. Abg. Holaubek das Wort. Grosser Lärm.

Abg. Holaubek erhebt sich von seinem Platz und deutet dem Präsidenten mit Handbewegungen an, dass er wegen des grossen Lärms sich nicht

RATHAUSKORRESPONDENZ

III. Blatt

Wien, am.....

vernehmlich machen könne.

Präs. Dr. Danneberg: Mir stehen keine anderen Mittel zur Verfügung als die Ruhestörer zur Ordnung zu rufen. Stürmische Rufe bei den Nat. Soz.: Herunter mit dem Juden! Die Sozialdemokraten erwidern diese Zwischenrufe mit den Zurufen: Ihr seid ja Judenknechte! Ihr seid Arbeiterverräter! Herr Frauenfeld, was ist es mit Sieghardt. - So benehmen sich Lausbuben! Der nat. soz. Abgeordnete Gratzenberger beginnt von seinem Manuskript zu verlesen. Seine Worte sind wegen der erregten Zwischenrufe der Soz. dem. nicht verständlich. Präs. Dr. Danneberg ruft den Abg. Gratzenberger zur Ordnung.

Abg. HOLAUBEK: Herr Präsident gewähren Sie mir Redefreiheit!

Abg. Dr. Danneberg: Ich kann nicht mehr tun, als den Abg. zur Ruhe mahnen. Das ist unter normalen Verhältnissen ausreichend. Für abnormale Menschen ist die Geschäftsordnung nicht gemacht (Lebhafter Beifall b. d. Mehrheit. - Unausgesetzter grosser Lärm bei den Nat. Soz., die im Chor rufen: Kein Landtag mit Danneberg als Vorsitzenden. Die Sozialdemokraten rufen den Nat. Soz. zu: Das ist ja würdelos was Ihr da treibt! Schärmt Euch!

Präs. Dr. Danneberg: Ich kann nichts anderes tun als die Herren zur Ordnung rufen! Wenn das auf sie keinen Eindruck macht, wird der Landtag überlegen müssen, ob nicht andere Mittel der Geschäftsordnung eingeführt werden müssen (Stürmischer Beifall b. d. Soz. Dem.) Die Nat. Soz. rufen im Chor: Einen deutschen Arbeiter wollen wir als Vorsitzenden! Da sich nach einander die Abg. Riehl, Mühlberger und Rotter erheben und ohne dass ihnen das Wort erteilt ist, sprechen, erteilt Abg. Dr. Danneberg diesen Abg. den Ordnungsruf.

Abg. HOLAUBEK erklärt, dass die Fortbildungsschule heute kein Hort mehr für den gewerblichen Nachwuchs sei. (Unausgesetzter grosser Lärm bei den Nat. Soz.) Er verweist darauf, dass Fortbildungsschulen eine republikanische Staatsbürgerkunde zur Ausgabe gelangt ist, die einen durchaus einseitigen Charakter hat und beantragt: Die Ausgabe der republikanischen Staatsbürgerkunde von Dr. Robert Endres an die austretenden Schüler der gewerblichen Fortbildungsschule ist augenblicklich d. h. für den Schluss des Schuljahres einzustellen und die Schulverwaltung ist anzuweisen, an die Ausarbeitung einer sachlichen Staatsbürgerkunde für Fortbildungsschüler zu schreiten. (Beifall bei den Chr. Soz.) - andauernder grosser Lärm bei den Nat. Soz.)

Präsident Dr. Danneberg: gibt bekannt, dass die Abg. HOLAUBEK, HUKA und Genossen einige Anträge gestellt haben, die sich auf den § 17 des Fortbildungsschulgesetzes beziehen. Dieses Gesetz stehe heute nicht auf der Tagesordnung, er könne daher den Antrag nur als einen selbständigen Antrag behandeln und ihn dem zuständigen Ausschuss zuweisen.

Der Antrag HOLAUBEK betreffend die Ausgabe einer Staatsbürgerkunde wird abgelehnt, der Rechnungsabschluss gemäss dem Referat des Stadtrat Richters angenommen.

Berichterstatter NACHNEBEL referiert über die auf Grund des Wiener Unvereinbarkeitsgesetzes erfolgten Anmeldungen und beantragt, die von Gemeindeorganen ausgegangenen Delegierungen von Mitgliedern des Wiener Landtages in wirtschaftliche Unternehmungen zu genehmigen und alle übrigen Anmeldungen von Betätigungen der Mitglieder des Landtages in der Privatwirtschaft auf Grund individueller Ueberprüfung als nicht unvereinbar zu erklären.

RATHAUSKORRESPONDENZ

IV. Blatt.

Wien, am

(Während des Referates dauern die lärmenden Unterbrechungen der Nat. Soz. fort. - Abg. Griesler, der einen Zeitungsartikel verliest, wird vom Präsidenten Dr. Danneberg zur Ordnung gerufen.) Die Anträge des Berichterstatters werden angenommen.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung, Bericht des Immunitätskollegiums über das Ersuchen des Strafbezirksgerichtes I in Wien um Zustimmung zur Verfolgung des Abg. Frauenfeld, erteilt Präsident Dr. Danneberg dem Berichterstatter Rotter das Wort.

Abg.) Rotter: So lange ein Jude oben ist, wird nicht verhandelt. (Beifall und Zwischenrufen bei den Nat. Soz.)

Präs. Dr. Danneberg: erklärt, da sich Abg. Rotter weigert, den Bericht zu erstatten, diesen Gegenstand von der Tagesordnung abzusetzen; die Rechtsfolgen ergeben sich aus der Verfassung.

Zu der dringlichen Anfrage des Abg. Frauenfeld, Sucherwirth und Genossen erklärt Präs. Dr. Danneberg, daß diese Anfrage der Geschäftsordnung nicht entspreche. Er lasse sie trotzdem zur Verhandlung zu und, wenn der Anfrager wünsche, habe er für 5 Minuten zur Begründung das Wort, (Anhaltende Zwischenrufe bei den Nat. Soz.)

Da auf die Anfrage des Präsidenten, ob der Abg. Frauenfeld das Wort zur Begründung wünscht, keine Antwort erteilt wird, wird über den Antrag

abgestimmt. Präs. Dr. Danneberg stellt fest, dass für den Antrag überhaupt niemand gestimmt habe (lebhaftes Heiterkeit bei der Mehrheit), die Herren scheinen also ihre eigenen Anträge nicht ernst zu nehmen. (Stürmische anhaltende Zwischenrufe bei den Nat. Soz.)

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Präs. Dr. Danneberg: Es ist im Laufe der Sitzung von einer Reihe von Abgeordneten an mich die Anfrage gestellt worden, warum beleidigende Zwischenrufe, die gegen mich selbst gemacht worden sind, von mir nicht gerügt und die Zwischenrufer nicht zur Ordnung gerufen worden sind. Ich kann darauf nur sagen, dass ich durchaus die Meinung teile, die der nat. Soz. Alterspräsident des preussischen Landtages vor einigen Wochen geäußert hat. Er hat auf beleidigende Zwischenrufe, die seiner Person gegolten haben, erklärt, er werde wegen solcher Zwischenrufe niemand zur Ordnung rufen, weil er persönlich auf dem Standpunkt stehe, dass ihn dieser oder jener nicht beleidigen könne. (Stürmischer Beifall und Rufe: Hoch Danneberg! bei der Mehrheit.) Soweit die Zwischenrufe eine Störung der Arbeiten und eine Herabsetzung der Würde des Landtages bedeutet haben, habe ich sie soweit sie im Lärm zu hören waren, gerügt. Die Geschäftsordnung gibt leider kein anderes Mittel, da sie nur für normale Verhältnisse gedacht ist und da angenommen werden musste, dass jeder, der in den Wiener Landtag gewählt wird, sich auf den Boden parlamentarischer Verhandlungen stellt. Das ist leider bei einer Anzahl Herren im Saale nicht der Fall. Es bleibt dem Landtage überlassen, darüber Erwägungen anzustellen. Die Sitzung wird hierauf unter dem stürmischen Beifall der Mehrheit und Hochrufen auf den Präsidenten Dr. Danneberg geschlossen. - Abg. Frauenfeld: Das nächste Mal wieder, Herr Danneberg!

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

183

2. Ausgabe.

Wied. am Juli 1932.

Wiener Gemeinderat

Sitzung vom 1. Juli 1932.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 3/4 6 Uhr die Sitzung.

Es wird in die Tagesordnung eingegangen. Die Anträge auf Ausstellung einer Haftungserklärung der Gemeinde Wien an das Em. f. Finanzen zur Erlangung eines der Gemeinde Wien für die Lagerhäuser der Stadt Wien beim Zolloberamte einzuräumenden Zollkredites im Betrage von 2 Millionen Schilling, betreffend die im vierten periodischen Bericht enthaltenen Zuschusskredite und betreffend die Veranstaltung einer Effektenlotterie zugunsten der Armen Wiens im Jahre 1932 werden ohne Debatte angenommen.

Berichterstatter Stadtrat Dr. Tandler referiert über die Aktion "Jugend am Werk". Er weist darauf hin, dass in Wien seit zwei Jahren eine Organisation "Jugend in Not" besteht, die in den zwei letzten Winter gezeigt hat, dass sie imstande ist, das Elend der Jugend wenigstens teilweise zu bekämpfen. Es ist daher naheliegend, dieser Organisation die Möglichkeit zu geben, junge Menschen zu einer gewissen Menge von Arbeit anzuhalten, wobei selbstverständlich vorausgesetzt ist, dass dadurch die Arbeitsgelegenheiten für die anderen Menschen nicht verringert werden. Es ist weiter selbstverständlich, dass diese Arbeit gemeinnütziger Natur und dass sie freiwillig sein muss.

Er stellt den Antrag: Um jugendlichen Personen unter 21 Jahren, die ausgesteuert sind oder nach ihrem Schulabgang noch keine Arbeitsstelle gefunden haben, die Bildung von Arbeitsgemeinschaften zu ermöglichen, wird dem Kuratorium "Jugend in Not" für die Aktion "Jugend am Werk" ein Betrag von 250.000 Schilling gewidmet.

Stadträtin Dr. Motzko (chr. Soz.) weist darauf hin, dass die ungeheure Arbeitslosigkeit nicht nur für den einzelnen Jugendlichen eine furchtbare Gefahr bedeutet, sondern auch für die ganze Volksgemeinschaft, die dadurch allen möglichen subversiven Bewegungen preisgegeben wird. Es muss aber auch die Frage aufgeworfen werden, wer an der Not der Jugend von heute mitschuldig ist. Die Mehrheitspartei, die diese Stadt seit 14 Jahren verwaltet, ist mitschuldig an dem Verhältnissen, die den jungen Leuten jede Aussicht auf eine Existenz rauben. Wenn ein Rückgang der Zahl der Lehrlinge festzustellen ist, so liegt die Ursache darin, dass die gewerblichen Betriebe durch das Steuersystem der Wiener Gemeindeverwaltung weggesteuert worden sind. (Beifall bei den Chr. Soz.) Ein zweiter Grund für die Not unserer Jugend liegt darin, dass die Mehrheit als Verwalterin dieser Stadt die wenigen Arbeitsposten, die unserer Jugend gegeben sind, durch eine bewusste Ueberfremdung dieser Stadt verringert hat. Sie hat namentlich in den ersten Jahren ihrer Verwaltung eine Unzahl von Zuwanderern aus dem Osten hier bodenständig gemacht und auch in den städtischen Dienst aufgenommen. (Lebhafte Zustimmung bei den Chr. Soz.) Die Mehrheit ist infolge der unablässigen sachlichen Kritik der Christlich-soz. Partei wohl etwas zurückhaltender geworden, aber es ist sicher, dass sie das System einer bewussten Ueberfremdung noch immer nicht aufgeben will. Wir werden den Kampf gegen die Ueberfremdung Wiens nicht auf so sinnlose Weise führen, wie wir es heute hier erlebt haben, denn das verbietet uns unsere Religion und unsere Kultur, aber wir werden sie immer daran zu hindern versuchen, dass Sie auf dem Wege fortschreiten, den Sie bewusst beschritten haben und weitergehen wollen.

367

Das Werk, das hier geschaffen wird, soll einen Teil dessen

RATHAUSKORRESPONDENZ

2. Blatt.

Wien, am

soll einen Teil dessen gutmachen, was Sie an der Wiener Jugend gestündigt haben. Diese Arbeitsgemeinschaften dürfen aber keine Arbeit vollführen, die dem ordentlichen bodenständigen Gewerbe zusteht. Für die Entscheidung, ob eine zusätzliche Arbeit vorliegt, darf nur das Wesen der Arbeit massgebend sein und nicht etwa der Charakter des Arbeitgebers. Wir haben bei der Aktion Winterhilfe leider schon müssen, dass die Ueberparteilichkeit der zuliebe die ganze Bevölkerung beigetragen hat, nicht im er eingehalten worden ist. Wir werden daher die Vertreter der uns nahestehenden Organisationen in dieser Aktion anweisen, mit allen Nachdruck für die absolute Ueberparteilichkeit und Sachlichkeit dieser Aktion Sorge zu tragen. Wenn wir dem Antrage zustimmen, tun wir es gewiss nicht aus Vertrauen zu der verwaltenden Mehrheit, sondern aus Liebe zu der Jugend dieser Stadt. und aus Sorge um ihre Zukunft. (Lebhafter Beifall bei den Chr. Soz.)

Gr. Weikert (Nat. Soz.) erklärt, seine Partei sei grundsätzlich dafür, dass der Jugend in der heutigen Zeit der grenzenlosen Verelendung geholfen werde und zwar nicht bloss in materieller, sondern auch in sittlich erzieherischer Hinsicht. Seine Partei sei bereit, diese Aktion kräftig zu unterstützen, doch müssen vorerst die Voraussetzungen geschaffen und sichergestellt sein, dass die ausgeworfenen Gelder den Erfolg sichern und dass kein Missbrauch mit der Aktion getrieben wird.

Der Redner stellt nachstehende Anträge:

1. Das bestehende Kuratorium "Jugend am Werk" ist aufzulösen und neu zu wählen, sodass alle Parteien, die dem Gemeinderat angehören, darin vertreten sind.

2.) Das Kuratorium hat sofort präzise Pläne und Richtlinien auszuarbeiten, nach denen die Aktion durchzuführen ist.

Gr. br. Riehl (Nat. Soz.) führt aus, dass von allen Gruppen der Arbeitslosen gerade die Jugendlichen am bedauernswertesten sind. Sie geraten ja schon von der Schulbank weg in das Elend der Arbeitslosigkeit. So werden die jungen Leute, die wirklich arbeiten wollen, einfach durch die herrschende Wirtschaftsnot zu Müdiggang verurteilt. Das Elend der Arbeitslosigkeit wird von diesen jungen Leuten mit massloser Geduld ertragen und es zeigt von sittlicher Kraft und Stärke, dass die arbeitslose Jugend nicht mehr mit dem Strafgesetz in Berührung kommt, als es der Fall ist. Arbeitslosigkeit der bodenständigen deutschen Bevölkerung muss unbedingt an den Leib gerückt werden. Ich verweise auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika, wo eine Reihe von Staaten eine Razzia durchgeführt hat und die Nichtvollblutamerikaner mittels Schub über die Grenze hinausgeworfen hat. Wir haben etwa 300.000 Arbeitslose und können mit der gleichen Anzahl von volksfremden Elementen, meistens Juden, rechnen, die unserer bodenständigen Bevölkerung Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten geraubt haben. Es fehlt uns eben auch ein Gewerbetreibendenschutzgesetz für Inländer. Die Lage zeigt, wie notwendig es ist, gegen die Ueberfremdung unserer Heimat mit allen Mitteln aufzutreten. Der Redner spricht dann über die Arbeitsschutzpflicht, wobei er erklärt, dass der Arbeitsdienst selbstverständlich nicht den Charakter einer Schmutzkonkurrenz annehmen dürfe,

RATHAUSKORRESPONDENZ

IV. Blatt

Wien, am

Bgm. Seitz rüft den GR. Frauenfeld zur Ordnung.

GR. Papanek : Da reden die Nationalsozialisten von Coburg, wo die Arbeitsdienstpflicht nicht eingeführt wird, als von der Stadt ohne Arbeitslose, während es in Wirklichkeit dort 1500 Arbeitslose gibt.

GR. Frauenfeld : Woher wissen Sie das!

GR. Papanek : Aus dem Völkischen Beobachter den Sie nicht lesen! (Lebh. Heiterkeit bei der Mehrheit), Die Herren wissen auch nicht, dass in Coburg, wo man erklärte Ordnung machen zu müssen, von 72 Angestellten des Bauamtes 42 abgebaut wurden. Die verschaffen sich durch die freiwillige Arbeitsdienstpflicht billige Arbeitskräfte. Dazu wird die Wiener Jugend nicht zu haben sein. (Lebh. Beifall bei der Mehrheit). Die 250.000 Schilling die wir jetzt für die Aktion "Jugend in Not" verwenden, geben wir nicht aus, um wie in Coburg Streikbrecher und Lohnrücker zu züchten (Lebh. Rufe bei den Nationalsozialisten und Pfuirufe. - GR. Frauenfeld : Sie werden hier nicht provozieren). Wir erwarten, dass mit Hilfe der Summe, die jetzt bewilligt wird, zusätzliche Arbeit und nur solche Arbeit geleistet wird, die von den im Beruf stehenden Arbeitern nicht geleistet werden kann, und zwar eine Arbeit die der arbeitslosen Jugend zugute kommt. Wir bedauern es sehr, dass wir nicht mehr tun können. Wir freuen uns, dass wir es uns in dieser Stadt möglich ist, doch einiges für die Jugend zu tun, und das gut zu machen, was die Vertreter des kapitalistischen Systems an der arbeitslosen Jugend verbrochen haben. Wir versprechen der arbeitslosen Jugend und den Arbeitslosen überhaupt, dass wir alles daran setzen werden, ihnen nicht nur durch die Fürsorgetätigkeit zu helfen, sondern auch dadurch dass wir Sie entlarven und aufzeigen, was Sie gegen die Arbeiter im Schilde führen. (Lebh. Beifall bei der Mehrheit).

St. R. Tandler (spz. dem.) stellt gegenüber der Gemeinderätin Dr. Motzko fest, dass das Kuratorium "Jugend in Not" durch 2 Jahre klaglos funktioniert hat. Auch wir stehen auf dem Standpunkt, dass nur zusätzliche Arbeit geleistet werden soll. Allerdings sind wir uns bewusst, dass die Abgrenzung sehr schwer ist. Wir werden daher jede Arbeit dem Kuratorium zur Begutachtung vorlegen. Zu den Ausführungen des GR. Weikert stellt St. R. Tandler fest, die Ausspeisung werde noch geprüft werden. Es sollen die freien Nachmittage den Arbeitsgemeinschaften überlassen werden, damit sie die Jugend auf dem Wege fortbilden, den sie für gut halten. Wenn auch gegenwärtig nur für 5 Monate vorgesorgt ist, so ist damit diese Aktion nicht zu Ende. Die Auflösung des Kuratoriums ist nicht Angelegenheit des Gemeinderates. Es ist ein Irrtum, dass es in Oesterreich wie GR. Dr. Riehl behauptete 60.000 Saisonarbeiter gibt. Es waren vor einigen Jahren rund 25.000 im vergangenen Jahr rund 20.000.

Der Referentenantrag wird angenommen, der Zusatzantrag Weikert Riehl abgelehnt.

GR. Beisser (soz. dem.) referiert über den Antrag für die Errichtung des Ofner Denkmals in der öffentlichen Gartenanlage II., Taborstrasse - Glockengasse die Bestimmungen über das Parkschutzgebiet aufzuheben.

GR. Uebelhör (chr. soz.) bemerkt, seine Partei hätte sehr gerne erfahren wollen, wie das Ofner Denkmal aussieht. Es liegt wieder einmal dem Antrag keine Skizze bei. Das ist ebenso eine Vernachlässigung des Gemeinderates wie der Umstand, dass hier wieder eine Verfügung auf Grund des § 99 getroffen wurde. Für dieses Denkmal soll eine Subvention von 5000 Schilling bewilligt werden. Da muss man wohl fragen, ob sich Ofner solche Verdienste um Wien oder Oesterreich erworben hat, dass sich die Gemeinde bemüssigt fühlt, diesen Betrag für ein Denkmal zu widmen. Sonst

RATHAUSKORRESPONDENZ

V. Blatt

Wien, am

muss die Gemeinde ausserordentlich sparen, sowohl im Schulwesen wie in der öffentl. Fürsorge, Subventionen für weit wichtigere Dinge wurden gekürzt. Wenn die Minderheit die Herabsetzung einer wirtschaftsmordenden Steuer verlangt, rechnet St.R. Breitner vor, dass, wenn einem solchen Antrag stattgegeben würde, die Fürsorge eingeschränkt werden müsste. Die 5000 Schilling hätten weit besser verwendet werden können. Man denke z.B. an die Junglehrer, die so in Not sind. Der Betrag wird hier für ^{ein} ~~ein~~ ausgesprochen~~er~~ parteipolitischen Zweck verwendet. Denn Ofner ist, wenn er auch nicht Angehöriger der sozialdemokratischen Partei war, ihr doch sehr nahgestanden. Es ist schamlos, in einer solchen Zeit 5000 Schilling für das Denkmal eines Menschen zu widmen, von dem niemand weiss, was er für Wien geleistet hat. Für das Denkmal Luegers des grössten Wiener Bürgermeisters haben Sie keinen Groschen gegeben. Wir legen gegen die Widmung dieses Betrages Verwahrung ein, weil wir überzeugt sind, dass hier dem Volk das Geld aus der Tasche gestohlen wird (Lebh. Beifall bei den Christlichsozialen).

GR. Frauenfeld (n.s.) fragt, ob die Mehrheit wirklich keine anderen Sorgen hat, als sich heute und zwar in drei Tagesordnungspunkten mit dem seligen Dr. Ofner zu beschäftigen. Es gibt hier kein Denkmal für Richard Wagner, keines für Hörbiger. Dagegen soll auf der Taborstrasse dem Juden Ofner ein Denkmal errichtet werden. Es ist ja richtig, dass man dazu die Taborstrasse gewählt hat. Und es ist uns auch ein Jude aus Erz sympathischer als einer, der vom lieben Gott aus Dreck und Feuer geschaffen wurde. Das Standbild des Dr. Ofner wird wesentlich zur Verschandelung des Stadtbildes beitragen. Die Anhänger des Dr. Ofner sollen ihm das Denkmal selber bauen. Die Gemeinde darf sich nicht mit der israelitischen Kultusgemeinde identifizieren. In einer Zeit, wo überall so grosse Ersparnisse gemacht werden, ist es geradezu frevelhaft für einen solchen Zweck tausende Schillinge auszugeben. Wir lehnen derartige Anträge ab (Lebh. Beifall bei den Nationalsozialisten).

St.R. Speiser (so. dem.) bemerkt es handelt sich hier ~~um~~ darum, einem Menschen ein Denkmal zusetzen, dem wohl alle die ihn gekannt haben, als einen grossen, bedeutenden und guten Menschen schätzen (Lebh. Beifall bei der Mehrheit). Der die hohen Verdienste kennt, die sich Ofner um die arbeitenden Menschen der ganzen Welt und insbesondere um die arbeitenden Menschen in Oesterreich erworben hat, wer weiss, mit welcher Hingabe, mit welchem Idealismus und welcher Uneigennützigkeit er für Arme und Bedrängte ohne Unterschied der Partei und Konfession eingetreten ist, wird zugaben, dass das Geld hier gut angewendet ist. Ofner war kein Sozialdemokrat, wohl aber Demokrat und ein echter Volksmann, ein Mann, der auch der juristischen Wissenschaft ausserordentlich viel gegeben hat und der von der Republik durch die Entsendung in der Verfassungsgerichtshof geehrt wurde. Das Andenken Ofners steht zu hoch über den Gemeinheiten des Tages, als dass es durch solche Redensarten, wie die GR. Frauenfeld gebraucht hat, herabgewürdigt werden könnte (Lebh. Beifall bei der Mehrheit).

Ich will, sagt St.R. Speiser, in diesem Zusammenhang aber auch auf die Vorgänge des heutigen Tages zurückkommen, weil die nationalsozialistische Partei den Hepp-Heppton anzuschlagen beliebt, von dessen Wirkungen sie sich in kommenden Zeiten erst überzeugen wird. Die Nationalsozialisten finden, dass tote Sozialdemokraten, wenn sie heute noch leben würden, wie Pernerstorfer zu ihnen gehören würden. Die Toten rühmen Sie, aber die Lebenden schmähen sie ohne Unterschied, ob es Juden oder Christen sind. Dieses Schicksal ist auch Viktor Adler nicht erspart geblieben, der sein Leben für die Arbeiterklasse dieser Stadt hingegeben hat und der

RATHAUSKORRESPONDENZ

VI. Blatt

Wien, am

tausendmal mehr bedeutet hat als jeder Ihrer sogenannten Führer. Schuhmeier, Winarsky, Hanusch und Domes geniessen bei Ihnen den Ruf echter Proletenführer, wenn sie leben würden, würden Sie diese Männer mit Schmutz übergiessen (Lebh. Beifall b.d. Mehrheit). - Zwischenrufe. Damit diese Märchen einmal ein Ende haben, werde ich über den Fall Pernerstorfer Ihnen die Wahrheit sagen (Lebh. anhaltende Zwischenrufe b.d. Christlichsozialen und Nationalsozialisten: Das gehört nicht zur Sache! Was hat das mit Ofner zu tun!)

Bgm. Spitz: Gegen den Antrag des Referenten ist hier das Argument gebraucht worden, dass der Mann, dem das Denkmal gelten soll, ein Jude sei und dass man einem Juden kein Denkmal widmen dürfe. Gegen diese Auffassung hat St. R. Speiser polemisiert und ich muss ihm das Recht zur Polemik einräumen.

St. R. Speiser: Es ist Ihnen halt unangenehm, dass Ihre Lügenmärchen über Pernerstorfer ein Ende haben sollen. Es ist unwahr, dass Pernerstorfer ein Antisemit war. Bei dem Zitat, dass von Pernerstorfer da immer gebracht wird, hat es sich um die Frage gehandelt, wie der Krieg beendet werden soll. Die eine Richtung in der Partei war der Meinung, man solle den Krieg möglichst rasch durch einen Frieden, der nicht in einen Gewaltfrieden ausarten möge, beenden. (Zwischenrufe bei den Nationalsozialisten) Schliesslich ist es ja zu einem solchen Frieden gekommen und den habt Ihr verschuldet (Lebh. Beifall bei der Mehrheit). - Stürmische Zwischenrufe bei den Nationalsozialisten und Rufe Pfui Teufel. - GR. Griessler (n.s.) Das ist eine Verleumdung! - Anhaltende Zwischenrufe). Die andere Gruppe, der Pernerstorfer angehört hat, hat diese Ansicht bestritten. In diesem Zusammenhang ist jene Aeussung von Pernerstorfer gefallen. (GR. Frauenfeld: Volkstribüne vom 19. April 1915). Er hat damals gesagt, dass die Anschauung, der Krieg möge möglichst rasch ohne Gewaltfrieden beendet werden, von jüdischen Akademikern in der Partei vertreten wird. Wie lächerlich ist es, heute nach 17 Jahren das herauszuziehen. Damals waren auf der sogenannten Linken und auf der sogenannten Rechten in unserer Partei Juden und Christen gleichmässig vertreten (Anhaltende Zwischenrufe. - Rufe bei den Nationalsozialisten und Christlichsozialen: Was hat das mit dem Tagesordnungspunkt zu tun? Herr Vorsitzender rufen Sie zur Sache. - Anhaltende Zwischenrufe). Es ist bezeichnend, dass selbst in der Redaktion des "Vorwärts" in Berlin die Meinungen geteilt waren und dass sämtliche Arier auf der Seite der Linken und der einzige Jude auf der Seite der Rechten gestanden ist (Lebh. anhaltende Zwischenrufe bei den Christlichsozialen und Nat. Soz. und Rufe: Zur Sache! Zur Sache!). Wenn Sie schon über solche Dinge reden müssen Sie auch den Mut haben, andere anzuhören (Lebh. anhaltende Zwischenrufe bei den Chr. soz. und Nat. Soz. - GR. Dr. Arnold (chr. soz.): Das geht doch nicht, dass in diesem Zusammenhang über Pernerstorfer gesprochen wird, es handelt sich doch um den Parkschutz (GR. Dr. Hengl: Herr Bürgermeister rufen Sie zur Sache! Anhaltende Zwischenrufe). Pernerstorfer hat damals ausdrücklich erklärt, er sei in keiner Weise der Ehre Dannebergs nahegetreten. Dass Danneberg zu jenen Parteigenossen gehört, die hervorragend sind durch ihre Verdienste (Lebh. Beifall bei der Mehrheit). Es ist bezeichnend, dass in jener Diskussion gegen Danneberg gestanden sind die Juden Ellenbogen mit Austerlitz, dass aber bei Danneberg gestanden sind die Vertreter der aus der Arbeiterstand selbst aufgestiegenen Menschen, insbesondere Winarsky und Franz Lill. In den "deutschen Worten" die Pernerstorfer selbst herausgegeben hat, ist im Jahre 1883 ein Brief an Schönerer abgedruckt worden, in dem Pernerstorfer sagt (Stürmische Zwischenrufe bei den Christlichsozialen und

RATHAUSKORRESPONDENZ

VII. Blatt

Wien, am

Nationalsozialisten).

GR. Dr. Arnold (chr. soz., :Wo ist der Zusammenhang mit der Tagesordnung. Herr Bürgermeister Sie werden mich nicht mehr zur Sache rufen.

GR. Dr. Hengl: Rufen Sie Herr Bürgermeister zur Sache (Lebh. Rufe bei den Christlichsozialen und Nationalsozialisten: Zur Sache rufen).

St. R. Speiser: Pernerstorfer hat damals erklärt, dass die Form des Antisemitismus, die Parteidogma zu werden beginne, ihm gänzlich unannehmbar erscheine. Der Kampf richte sich vielmehr gegen die Juden als gegen das Judentum. Davon verspreche er sich nichts als eine wirkliche Verrohung des öffentlichen Lebens (Lebh. Beifall b. d. Mehrheit). - Stürmische Zwischenrufe bei den Christlichsozialen und Nationalsozialisten).

GR. Dr. Hengl: Warum rufen Sie jetzt nicht zur Sache Herr Bürgermeister?

GR. Dr. Arnold: Lass lassen wir uns nicht gefallen! Herr Bürgermeister rufen Sie zur Sache oder verschwinden Sie von dort oben. (Stürmische Entrüstungsrufe bei den Sozialdemokraten. - Anhaltende Zwischenrufe).

Bgm. Seitz: Hochwürden Dr. Arnold, ich fordere Sie auf, sich anständig zu benehmen! (Anhaltende Zwischenrufe)

GR. Dr. Arnold: Wir lassen uns das nicht länger gefallen.

GR. Papanek: Frau Motzko hat über dasselbe Thema gesprochen, da haben Sie sich nicht aufgeregt.

S. R. Speiser: Ein anderes Mal hat Pernerstorfer gesagt, der Antisemitismus ist eine hässliche Erscheinung des Lebens. Im Jahre 1898 hat Pernerstorfer in einem Referat über den Antisemitismus die Demagogie der Antisemiten gekennzeichnet (Stürmische Zwischenrufe bei den Christlichsozialen und Nationalsozialisten). Pernerstorfer war weder Antisemit noch ein Deutschnationaler Ihrer Art. Er würde sich Ihrer schämen. (Stürmische Zwischenrufe bei den Christlichsozialen und Nationalsozialisten, Christlichsoziale und nationalsozialistische Gemeinderäte schlagen auf die Pultdeckel. - grosser Lärm. -) Der Name Pernerstorfer in Ihrem Munde bedeutet nichts anderes als eine Leibeserschandung an Pernerstorfer (Stürmische Beifall ^{Lebh.} und stürmische Rufe bei den Chr. soz. und Nat. Soz.: Schluss! Zur Sache rufen). Wenn Pernerstorfer heute lebte, würde er den gelben Arbeitervertretern gründlich seine Meinung sagen (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten. Lärm.)

Bgm. Seitz: Ich stelle fest, dass ^{es} mir infolge unausgesetzten Schreiens und Lärmens unmöglich war, in der letzten Viertelstunde auch nur ein Wort des Redners zu hören. Wenn St. R. Speiser nicht zur Sache gesprochen haben sollte und sich ^{das} aus dem stenographischen Protokoll ergibt, bleibt mir nichts übrig, als ihn nachträglich zur Sache zu rufen.

GR. Dr. Hengl: Wir wissen schon, dass Sie einseitig sind, aber dass Sie auch physisch einseitig sind, das ist uns neu.

Bgm. Seitz: Ich finde es unter meiner Würde, auf persönliche Anwürfe zu antworten. Im übrigen wiederhole ich noch einmal, ich habe den Rednern Ihrer Partei gestattet mit der Judenfrage zu argumentieren. Dann muss ich auch andere darüber reden lassen. Wenn Sie sich dagegen wenden, werde ich mir überlegen, ob ich in Zukunft solche Erörterungen zulassen oder ob ich sie nicht infolge Ihrer Rekrimationen als nicht zur Sache gehörig ablehnen werde. (Zwischenrufe) Im übrigen stelle ich fest, dass es sich hier nicht um eine Person, sondern um ein öffentliches Amt handelt. (Zwischenrufe). Cf.

GR. Dr. Suchenwirth: Das Sie einseitig ausüben!

Bgm. Seitz ruft den GR. Suchenwirth zur Ordnung.

RATHAUSKORRESPONDENZ

VIII. Blatt

Wien, am

Gr. Mühlberger (Nat. Soz.) bemerkt, Stadtrat Speiser habe einen Brief Pernerstorfers aus dem Jahre 1893 gelesen. Wir haben schon erwartet, dass Speiser einen Brief aus dem 16. Jahrhundert aus Ur-Ur-grossvaters Zeiten vorlesen werde. (Sozialdemokraten rufen den Nat. Soz. zu: Pernerstorfer hätte euch mit der Hundspitze hinausgeworfen!) Ich werde Ihnen nun aus einem Artikel Pernerstorfers über die Juden in der Sozialdemokratie aus der Volkstribüne vom April 1915 etwas vorlesen. (Lebhaftes Zwischenrufe. - Gr. Hölzl (Nat. Soz.) ruft den Sozialdemokraten zu: Ihr Judenknechte! - Gr. Eisinger (Soz. dem.): Wie lange ist es her, dass Sie bei einem Juden gebeten haben, um eine Arbeit zu bekommen? - Andauernder Lärm, in dem die Vorlesung des Gr. Mühlberger vollkommen untergeht.) Gr. Mühlberger schliesst seine Ausführungen mit den Worten: Die Juden haben bei Euch die Oberhand gewonnen und die deutschen Arbeiter sind in Not und Elend gesunken.

Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten wird der Antrag angenommen. Während Bürgermeister Seitz die Abstimmung einleitet, beginnen die Nationalsozialisten mit Horuck-Rufen.

Bürgermeister Seitz (Zu den Nat. Soz.): Wenn Sie schon des Taktens entbehren und im Gemeinderat essen, so befassen Sie sich wenigstens mit dem Essen und stören Sie nicht die Verhandlungen. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten, die den Nationalsozialisten zurufen: Ihr benehmt euch wie Lausbuben!) Ich ersuche Sie, diese Kindereien zu unterlassen, durch die der Gemeinderat entwürdigt wird.

Gr. Griesler (Nat. Soz.): Die Abstimmung ist eine Komödie, eine Kinderei!

Bürgermeister Seitz: Ich rufe den Gemeinderat Griesler wegen dieses unparlamentarischen Ausdruckes zur Ordnung!

Nunmehr berichtet Amtsführender Stadtrat Honay über die Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen. Er führt aus, dass nach § 66 der Gemeindeverfassung der Gemeinderat die Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen erlässt und nach § 90 und 105 bestimmt, welche Gegenstände des selbständigen Wirkungsbereiches den Bezirksvertretungen überlassen werden. Der erste Abschnitt der Vorlage enthält die Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, der zweite Abschnitt die Geschäfte der Bezirksvertretungen und die damit organisch im Zusammenhang stehenden Geschäfte der Bezirksvorsteher. Die geltende Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stammt aus dem Jahre 1891 und fusst auf der damaligen Geschäftsordnung des Gemeinderates. Sie besteht also über 40 Jahre und es geht wohl schon daraus hervor, dass sie reformbedürftig ist. Die Vorlage übernimmt aus der geltenden Geschäftsordnung die Bestimmungen, die sich bewährt haben, und fügt im übrigen aus der geltenden Gemeinderatsgeschäftsordnung Bestimmungen ein. Im besonderen ist zu erwähnen, dass nunmehr auch schriftliche Beantwortungen der Anfragen vorgezogen sind und dass das Antragsrecht, das bisher nur von mindestens 6 Mitgliedern der Bezirksvertretung ausgeübt werden konnte, jetzt jedem einzelnen Mitglied der Bezirksvertretung zustehen soll. Die Anträge sollen an die Magistratsdirektion (Präsidialdienst) geleitet werden, die sie selbstverständlich nicht meritorisch zu erledigen, sondern an die einzelnen berufenen Organe der Gemeindeverwaltung weiterzuleiten hat. Im zweiten Abschnitt der Vorlage werden

RATHAUSKORRESPONDENZ

IX. Blatt.

Wien, am

diejenigen Geschäfte der Bezirksvertretungen aufgezählt, die nach § 90 und 105 der Gemeindeverfassung den Bezirksvertretungen übertragen werden. Neben diesen Geschäften haben die Bezirksvertretungen selbstverständlich auch jene Geschäfte zu besorgen, die ihnen unmittelbar von der Gemeindeverfassung oder durch andere Gesetze übertragen werden, wie z.B. die Bauordnung bezüglich der Flächenwidmungs-, Bebauungs- und Fluchtlinienpläne und der Bausperre oder das Landesgesetz vom 25. Dezember 1904 über die Wahl der Ortsschulräte. In der bisherigen Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen waren auch die Geschäfte der Bezirksvorsteher aufgezählt. Diese Aufzählung wurde in der Vorlage vermieden, weil sie nicht in die Zuständigkeit des Gemeinderates gehört, da die Bezirksvorsteher ein Exekutivorgan der Gemeinde und zur Unterstützung des Bürgermeisters in den Angelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereiches der Gemeinde berufen sind. Der persönliche Wirkungsbereich der Bezirksvorsteher wird durch die Aufträge des Bürgermeisters bestimmt. Bei der Durchführung dieser Aufträge können sie sich auch nach ihrer Wahl der Mitglieder der Bezirksvertretung bedienen, sie bleiben aber selbst verantwortlich. Der Referent bespricht dann die im Stadtsenat beschlossenen Aenderungen der Vorlage und bittet um deren Beschlussfassung.

Gr. Dr. Kotzaurek (chr. soz.) führt aus, man müsse sich unweillkürlich die Frage vorlegen, warum die Mehrheit, die durch 13 Jahre in der schrankenlosesten Weise die Macht im Rathaus ausgeübt hat, sich bisher nicht veranlasst gesehen hat, diese Geschäftsordnung einer Aenderung zu unterziehen. Der Grund hierfür ist sehr durchsichtig. Nicht durch Stimmenzuwachs, sondern durch eine ~~g~~ Aenderung in der Gruppierung der Antimarxistischen Wähler hat die Sozialdemokratie sämtliche Bezirksvorsteherposten besetzen können. Sie erachtet jetzt die Zeit gekommen, um die Paschawirtschaft, die wir bisher im Gemeinderat zu spüren bekommen haben, auch in Bezirksvertretungen zu übertragen. (Zustimmung bei den Chr. Soz.) Zu diesem Zwecke musste die Geschäftsordnung geändert werden. Sie soll nicht Ordnung schaffen, sondern Unordnung, weilsie den Bezirksvorstehern diktatorische Machtbefugnisse einräumt und den Bezirksräten alle Möglichkeit zu einer Kontrolltätigkeit und zur Mitarbeit nimmt. Der Umfang der Geschäftstätigkeit der Bezirksvertretungen war schon bisher ziemlich bescheiden, jetzt will man ihnen auch die Möglichkeit zu reden nehmen. Der Entwurf enthält nichts von demokratischem Empfinden, sondern bedeutet die Begründung einer Autokratie im schlimmsten Sinne des Wortes. (Lebhafter Beifall bei den Chr. soz.)

Der Redner bespricht nun im einzelnen die Bestimmungen der Geschäftsordnung und stellt eine Reihe von Abänderungsanträgen. Die chr. soz. Partei sehe ein, dass die alte Geschäftsordnung aus dem Jahre 1891 in manchen Punkten Änderungs- und verbesserungsbedürftig sei, aber die vorliegende Geschäftsordnung sei für sie nur bei Annahme der vom Redner beantragten Aenderungen annehmbar. Auch die Mehrheit wird nicht ewig dauern und es kann der Fall eintreten, dass das Messer, das für diese Geschäftsordnung bilden soll, sich mit seiner Schneide auch gegen die gegenwärtige Mehrheit kehrt. (Lebhafter Beifall bei den Chr. Soz.)

Gr. Hölzl (Nat. Soz.) weist darauf hin, dass der Einzug einer neuen Partei in den Gemeinderat wohl die Ursache dieser Aenderung

RATHAUSKORRESPONDENZ

X. Blatt.

Wien, am.....

gewesen sei. Er habe in den Ausschussberatungen eine Reihe von Abänderungsanträgen gestellt, sehe aber von deren Wiederholung ab, weil sie ja von der Mehrheit bestimmt abgelehnt werden würden. Redner beschränkt sich über den dürftigen Wirkungskreis der Bezirksvorsteherstellvertreter und über das brüske Vorgehen der soz. dem. Bezirksvorsteher gegen die nat. soz. Stellvertreter. Eine Ordnung kann sich noch so schön auf dem Papier ausnehmen, sie wird zu einer Farce, wenn sie dauernd unangenehm wird. Deutsche Angelegenheiten sollen nur von Deutschen vertreten werden. So lange dies nicht der Fall ist, ist jede Aufbauarbeit unmöglich und jedes Gesetz und jede Geschäftsordnung eine Lächerlichkeit. (Beifall bei den Nat. Soz.)

Der Redner beantragt die nachstehende Fassung des § 2, Absatz 2: Der Zutritt der Zuhörer zu den öffentlichen Sitzungen ist nur mit Eintrittskarten gestattet, die vom Bezirksvorsteher oder Stellvertreter nach Massgabe des Raumes ausgegeben werden. Jedes Mitglied erhält eine Eintrittskarte. Die übrigen Eintrittskarten sind vom Tage der Einberufung der Sitzung fortlaufend an Bewerber der Reihenfolge nach abzugeben.

Gr. Thaler (Soz. dem.) bemerkt, es sei die Frage zu entscheiden, ob man die Bezirksvertretungen zu kleinen Gemeinderäten ausgestalten soll. Die Mehrheit steht auf dem Standpunkt, dass die Aenderung der Geschäftsordnung in der vorgeschlagenen Fassung für die Besorgung der Arbeit der Bezirksvertretungen vollständig ausreiche. Gerade die Vorfälle in der heutigen Landtagssitzung haben gezeigt, dass gewisse Disziplinarmittel notwendig sind, um die Ordnung in den Vertretungskörpern aufrecht erhalten zu können.

Er beantragt, in § 6, Absatz 2, die Worte: "im äussersten Falle auch durch Ausschluss von höchstens drei nächstfolgenden Sitzungen zu ahnden" zu streichen und dem § 6 einen neuen dritten Satz folgenden Wortlautes anzufügen: "Er (der Vorsitzende) kann bei der Disziplinarkommission den Antrag auf Ausschluss eines Mitgliedes auf höchstens drei Sitzungen stellen."

Er beantragt ferner in § 21 einen zweiten Absatz folgenden Wortlautes einzufügen: "Die Bezirksvertretung wählt unter sinngemässer Anwendung der Bestimmung des § 36 der Gemeindevahlordnung aus ihrer Mitte eine Disziplinarkommission, die aus 5 Mitgliedern besteht und über den Ausschluss von Mitgliedern der Bezirksvertretung von höchstens drei Sitzungen zu beschliessen hat. Diese Kommission wird vom Bezirksvorsteher einberufen und ist bei Anwesenheit von mindestens 3 Mitgliedern beschlussfähig. Sie wählt aus ihrer Mitte jeweils einen Vorsitzenden und fasst ihrer Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Der Vorsitzende stimmt mit, seine Stimme gibt bei gleichgetheilten Stimmen den Ausschlag."

Berichterstatler Stadtrat Honay stellt in seinem Schlussworte fest, dass die Geschäftsordnung darauf zugeschnitten ist, von den Bezirksvertretungen alle Dinge fernzuhalten, die mit ihren Aufgaben absolut nichts zu tun haben. Den Antrag des Gr. Dr. Kotzauerk, den Bezirksvorsteher zu verpflichten, wenn es ein Viertel der Bezirksvertretungsmitglieder verlangt, eine Sitzung innerhalb von 14 Tagen nach Einlangen des Begehrens einzuberufen, sowie dessen Antrag, das Ab-

RATHAUSKORRESPONDENZ

XI. Blatt.

Wien, am.....

stimmungsergebnis einer namentlichen Abstimmung im Sitzungsprotokoll festzulegen, empfiehlt der Berichterstatter zur Annahme, die übrigen Anträge des Gr. Dr. Kotzaurek und den Antrag des Gr. Hölzl empfiehlt er zur Ablehnung.

Angenommen werden der Referentenantrag und der Antrag Thaller, wonach über den Ausschluss von einer Sitzung der Bezirksvorsteher, über den Ausschluss von mehr als einer Sitzung eine aus dem Plenum der Bezirksvertretung nach dem Proporz zu bildende Kommission zu entscheiden hat. Ferner werden angenommen zwei Anträge Kozaurek, wonach der Bezirksvorsteher verpflichtet wird, innerhalb von 14 Tagen nach dem von zumindest ein Viertel der Mitglieder der Bezirksvertretung gestellten Verlangen eine Sitzung der Bezirksvertretung einzuberufen hat und wonach das Abstimmungsergebnis im Sitzungsprotokoll festzulegen ist. Die übrigen Anträge werden abgelehnt.

GR. Bermann ersucht um Genehmigung des Rechenschaftsberichtes und der Bilanz der städtischen Versicherungsanstalt für das Jahr 1931. Trotz Schwierigkeiten gelang es der Anstalt auch im Berichtsjahre, den Geschäftsumfang neuerdings zu vergrößern und eine Prämien-, Gebühren- und Zinseneinnahme von fast 21 Millionen Schilling zu erzielen. In der Lebensversicherung wurden 12.802 Polizzen über ein Kapital von über 42 Millionen Schilling aufgestellt. Der Endstand im Berichtsjahre beträgt 44.797 Polizzen über ein Kapital von über 129 Millionen Schilling und 450 Polizzen über versicherte Jahresrenten von über 557.000 Schilling. An Entschädigungen wurden im Berichtsjahre in allen Schadenversicherungszweigen 4.38 Millionen Schilling ausgezahlt. Das Berichtsjahr schliesst - nach Dotierung der Pensionsreserve mit einem Betrag von über 380.000 Schilling - mit einem Ueberschuss von 410.362 Schilling, von dem 11.386 Schilling auf die Lebensversicherung und 398.976 Schilling auf die Schadenversicherung entfallen.

GR. Dr. Hengl (chr. soz.) stellt fest, dass sich das Tempo der Erhöhung der Agenden der Versicherungsanstalt im Jahre 1931 wesentlich verlangsamt hat. Das ist zum Teil auf die Krise zurückzuführen, zum Teil auch auf den Umstand, dass die Gemeinde in den ersten Jahren der Verwaltung ihren politischen Einfluss dazu benützt hat, um der Versicherungsanstalt die Unternehmungen der Gemeinde und der Partei nahestehende Unternehmungen zuzuführen, dass aber offenbar jetzt schon der politische Einfluss ausgeschöpft ist. Festzustellen ist insbesondere, dass 12.809 Anträgen fast 10.000 stornierte Versicherungen gegenüberstehen. Bei Auswahl und Annahme der Anträge sollte man doch rigoros vorgehen. Die Anzahl der Versicherungen, bei denen nicht einmal die erste Prämie gezahlt wurde, ist erschreckend gross. GR. Dr. Hengl weist sodann darauf hin, dass die Sozialdemokraten, die sich sonst so sehr gegen das Zinsgeiertum wenden, bei der städtischen Versicherung vor allem darauf bedacht sind, ihr Kapital in Häusern festzulegen und dass sie hier auf den Zinsertrag sehr erpicht sind. Er wendet sich dagegen, dass durch eine Post "200.000 Schilling Darlehen an Genossenschaften" tatsächlich die Technische Union subventioniert werde. (Lebh. Hört-Hörtrufe bei den Christlichsozialen). Der Redner bringt zum Schlusse die Beschwerde an den Bürgermeister vor, dass heute eine Partei - es handelt sich um eine Schmutzerei der Gemeinde Wien - die er für 5 Uhr ins Rathaus zu einer Besprechung eingeladen habe, brüsk abgewiesen und für 6 Uhr bestellt wurde. Das ist wohl auch ein Zeichen der Angst.

RATHAUSKORRESPONDENZ

XII. Blatt

Wien, am

die Mehrheit in der letzten Zeit vor den Wienern hat. (Lebh. Beifall bei den Chr. soz.)

Bgm. Seitz: Es ist sehr sonderbar, wenn ein Gemeinderat von Schmutzereien der Gemeinde Wien spricht. Dass man sich hier in unflätigen Ausdrücken über die Mehrheit und die Verwaltung ergeht, solche Rohheiten ist man schon gewöhnt und das lässt einen kalt. Aber die Gemeinde Wien kann man doch nicht beleidigen. Zu der von GR. Hengl vorgebrachten Beschwerde bemerkt der Bürgermeister, dass Parteien, die bei Gemeinderatssitzungen Gemeinderäte sprechen wollen, nie abgehalten werden. GR. Hengl möge ihn näheren Angaben machen, worauf er den Fall erheben werde (Zwischenrufe).

Nach dem Schlusswort des Referenten wird der Referentenantrag angenommen.

Berichterstatter Gr. Thalle: berichtet über Subventionen (Der ausführliche Bericht über die Sitzung des Finanzausschusses, in der die Subventionen beschlossen wurden, wurde bereits versendet.) Gr. Brinke (Chr. soz.) erklärt, dass in keinem Kapitel der öffentlichen Verwaltung das schandbare Treiben der Parteipolitik so klar sichtbar werde wie bei dem Kapitel Subventionen. Jede sozialdemokratische Organisation kann ohne Rücksicht auf ihre Leistungen darauf rechnen, aus den Steuergeldern der Wiener Bevölkerung einen ansehnlichen Betrag als Subvention zu erhalten, während alle anderen Vereine und Organisationen, die wirklich dem Volke dienen, mit einem Bettel bedacht werden. Der inzwischen verkrachte österreichische Radioarbeiterbund (Arabö) wurde im Jahre 1930 mit 5.000, 1931 mit 2.500 Schilling subventioniert (Hört! Hört! Rufe bei den Chr. soz.) Der unpolitische Verein "Hauskrankenpflege" bekommt 2.800 Schilling, der sozialdemokratische Verein "Distriktskrankenpflege" 10.000 Schilling. Nach den Leistungen auf sozialem Gebiete sollte das Umgekehrte der Fall sein. Der Reichsbund der katholisch-deutschen Jugend Oesterreichs, der 1298 Vereine mit 55.965 Mitgliedern umfasst und nicht nur auf dem Gebiete der staatsbürgerlichen Ausbildung, sondern auch auf dem Gebiete der körperlichen Erziehung seiner Mitglieder Vorzügliches leistet, bekommt eine Subvention von 8.750 Schilling, der Verband "Jugendheim", eine sozialdemokratische Leckorganisation, hinter der sich die Schul- und Kinderfreunde verbergen, bekommt 35.000 Schilling. (Hört! Hört! bei den Chr. soz.) Der Verband der christlichen Hausgehilfinnen, der 5 Heime verwaltet, der Gemeindeverwaltung also einen grossen Teil der Fürsorge abnimmt, hat eine Subvention von 800 Schilling. Der christliche Arbeiter-touristenverein erhält 800 Schilling, die sozialdemokratischen ^{Kat} Kinderfreunde bekommen 8.000 Schilling.

Es zeigt sich also klar, dass Ihre ganze Subventionspolitik nur darauf aufgebaut ist, der sozialdemokratischen Partei zu dienen. Sie bezahlen Ihre Organisationen mit den Steuergeldern der Wiener Bevölkerung. (Zustimmung bei den Chr. soz.)

Der Redner beantragt, die Subvention des Vereines "Hauskrankenpflege" auf 3.000, jene des Reichsbundes der katholisch-deutschen Jugend Oesterreichs auf 20.000, die Subvention des Verbandes christlicher Hausgehilfinnen auf 1.000 und jene des christlichen Arbeiter-touristenvereines gleichfalls auf 1.000 Schilling zu erhöhen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

XIII. Blatt.

Wien, am.....

Wenn die Mehrheit noch einen Funken sozialen Gefühls hat, muss sie für diese Anträge stimmen. Mögen Sie auch in Ihrem Hochmut glauben, dass Sie über alle unsere Einwendungen sich kalt hinwegsetzen können, nehmen Sie die Versicherung entgegen, dass wir gegen dieses System der Parteipolitik, das Sie hier aufgerichtet haben, so lange kämpfen werden, bis dieses System zusammengebrochen ist. (Lebh. Beifall bei den Chr. Soz. Zwischenrufe bei den Soz. dem.)

St. R. Kunshak stellt mit Rücksicht darauf, dass die Gemeinderatssitzung bereits 6 Stunden dauere, den Antrag auf Vertagung des in Behandlung stehenden Gegenstandes (Beifall bei den Chr. soz.)

Bgm. Seitz erklärt, dem Verlangen des St. R. Kunshak in der Form Rechnung zu tragen, dass er die Verhandlung über den Punkt Subventionen abbreche.

Es wird zur Verhandlung der Dringlichkeitsanträge geschritten. Ein Dringlichkeitsantrag Stöger Huka und Genossen verlangt die sofortige Inangriffnahme der Renovierung der St. Othmar. Kirche.

GR. Stöger bemerkt, dass diese Kirche ines der prächtigsten Bauwerke, ein Werk des Dombaumeisters Schmidt ist. Wenn die notwendigen Renovierungen nicht sofort vorgenommen werden, die auch aus Sicherheitsgründen notwendig sind, geht die Kirche ihrem sicheren Verfall entgegen.

St. R. Richter weist darauf hin, dass das erste Mal im Jahre 1912, dann während des Krieges und auch später alle aus Sicherheitsgründen notwendigen Arbeiten an der Kirche vorgenommen wurden. Eine Renovierung würde 200.000 Schilling kosten, ein Betrag, der in der gegenwärtigen Zeit nicht aufgewendet werden kann. (Zwischenrufe).

Die Dringlichkeit wird abgelehnt.

In einem Antrag der GRtin. Motzko wird der amtsführende Stadtrat der Gruppe VI aufgefordert, unverzüglich Massnahmen für die rechtzeitige Anschaffung der katholischen Gebet- und Gesangsbücher zu treffen, damit die unentgeltliche Versorgung mit diesen Lernbehelfen zu Beginn des nächsten Schuljahres klaglos erfolgen könne.

G. Rtin Motzko erklärt, die Dringlichkeit ergebe sich daraus, dass jetzt schon die Beschaffung erfolgen müsse, wenn eine Verteilung an die Schulkinder zu Beginn des nächsten Schuljahres möglich sein soll. Es geht nicht an, dass die katholischen Schulkinder als Kinder minderer Art behandelt werden.

Die Dringlichkeit wird abgelehnt.

Es gelangt ein Dringlichkeitsantrag Dr. Motzkos zur Verhandlung, in dem der Bürgermeister aufgefordert wird, die geplante Verschärfung der Sparmassnahmen im Schulwesen zu sistieren.

Die Antragstellerin begründet die Dringlichkeit, in dem sie ausführt, dass die Elternschaft und Lehrerschaft von einer ungeheuren Erregung erfasst wurde, seitdem in diese Kreise die Kunde von verschärften Sparmassnahmen gedrungen sei. Die Lehrverpflichtung soll auf 25 Stunden hinaufgesetzt werden und die Klassen durchschnittlich auf 39 Schüler aufgefüllt werden. Mit solchen Massnahmen wird jeder Erfolg von vorneherein zunichte gemacht. Sollten aber Sparmassnahmen notwendig sein, so ist es den dringendes demokratisches Gebot, mit den in Betracht kommenden Organisationen, vor allem mit den Lehrerorganisationen aller Richtungen, das Einvernehmen zu pflegen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

XIV. Blatt.

Wien, am

Bürgerm. Seitz erwidert, dass Sparmassnahmen, wenn sie nicht unrlässig notwendig sind, nicht getroffen werden. Dass gewisse Sparmassnahmen durchzuführen sind, ist klar. Ich weiss, dass es in gewissen Gebietskörperschaften wie z.B. beim Bund notwendig war, Massnahmen zu treffen, die die Angestellten nicht nur schwer getroffen haben, sondern auch gegen das geltende Gesetz verstossen. So ist die verkürzte Gehaltsauszahlung beim Bund, worüber mit den Beamten und Angestellten nicht verhandelt wurde. Ich hoffe, dass wir nicht auch in die Lage kommen, die Gehälter verkürzt auszuzahlen; wir würden gegen kein Gesetz verstossen, aber in einem solchen Falle bestimmt mit den Beamten und Angestellten verhandeln.

Dem ^{Antrag} wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

In einem Dringlichkeitsantrag verlangt Stadtrat Biber (chr. Soz.) die Einstellung oder Einschränkung von 5 städtischen Betrieben und die Berücksichtigung kleiner und mittlerer Unternehmungen bei Anbotsverhandlungen.

In der Begründung führt Stadtrat Biber aus, dass der Gewerbebestand in Wien ^{sich in einer} katastrophalen Lage befindet. Es ist daher dringend notwendig, dass durch den Abbau der ganz unnütz von der Gemeindegewerbe dem Gewerbe . . . Gelegenheit gegeben wird, sich zu entwickeln. Wir fordern nicht die sofortige Einstellung der Betriebe, weil wir wissen, dass auf eine grosse Zahl von Arbeitern und Angestellten Rücksicht zu nehmen ist, und weil wir wünschen, dass die Umstellung sich ohne Schädigung dieser Gruppen vollziehe. (Beif. bei den Chr. soz.)

Stadtrat Richter (soz. dem.) stellt fest, dass der Antrag offene Türen einrennt, denn die genannten städtischen Betriebe sind ausschliesslich auf den eigenen Bedarf abgestellt. (Zwischenrufe.)

Die Dringlichkeit des Antrages wird abgelehnt.

In einem Dringlichkeitsantrag des GR. Dr. Hanke wird eine Abänderung des Absatzes 1 des § 10 der Geschäftsordnung verlangt, wozu GR. Dr. Hanke spricht. Er macht auf die dringliche Aenderung mit dem Hinweis darauf aufmerksam, dass die Tagesordnung der Ausschüsse den Ausschussmitgliedern zeitgerecht zugestellt werden müsse. - Die Dringlichkeit wird abgelehnt. In einem Dringlichkeitsantrag der GR. Prinke und Genossen wird verlangt, dass während der Schulferien die Schulgebäude instandgesetzt, alle Räume mit Kalkmilch getüncht und Stauböl und Lysol in der Menge der Jahre 1925 und 1926 den Schulen zur Verfügung gestellt werden. GR. Prinke weist darauf hin, dass der Zustand der meisten Wiener Schulen eine Gefahr für Leben und Gesundheit der Lehrpersonen und Kinder sei. Im Bereich des Simmeringer Schulbezirkes sind in der letzten Zeit 7 Personen an Krankheiten gestorben, die sie sich im Dienste zugezogen haben. - St. R. Richter erklärt, es geschehe alles, was im Interesse der Gesundheit und Sicherheit notwendig ist. Darüber hinaus stehen Mittel nicht zur Verfügung.

In einem Dringlichkeitsantrag der GR. Gratzenberger und Genossen wird verlangt, dass bei Vergabe von Aufträgen und Arbeiten der Gemeinde nur deutsche Volksangehörige, vornehmlich aber kleine Betriebe und Kleingewerbetreibende berücksichtigt werden. Bezüglich des zweiten Teiles des Antrages erklärt der Bürgermeister, dass . . . er eine Schmähung von Gemeinderäten, die Verwaltungsräte der Asdag sein sollen, beinhaltet. Diesen zweiten Teil könne er nicht zur Abstimmung bringen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

XV. Blatt

Wien, am

GR. Gratzenberger verweist darauf, dass bei Vergabung der Arbeit für den Strassenbau vor allem die zur Arbeiterbank gehörige Grundstein A.G. berücksichtigt wurde, bei Asphaltierungsarbeiten die Teerag und Asdag. Als GR. Gratzenberger von einem Juden spricht, dem Geschäfte der Gemeinde zugeschenkt worden seien, ruft ihn der Bürgermeister zur Sache und macht ihn aufmerksam, dass Verlesungen nicht gestattet seien. GR. Gratzenberger spricht dann von einem in Caslau geborenen, der ebenfalls Gemeindearbeiten bekommen habe.

Der Bürgermeister entzieht dem GR. Gratzenberger das Wort (Lebh. Zwischenrufe). *Die Dringlichkeit wird abgelehnt.*

In einem Dringlichkeitsantrag der GR. Hölzl und Genossen wird die Zuweisung der Wohnungen der Gemeinde an bodenständige deutsche Gemeindeangehörige nach dem Grad ihrer Bedürftigkeit und der Reihenfolge ihrer Klassifikation verlangt weiters die Freimachung aller an nicht bodenständige zugewiesenen Wohnungen ^{besonders} die Berücksichtigung von Kriegebeschädigten und die Abstellung des Unfugs der vorgedruckten Abweisungsbescheide.

St. R. Weber erklärt, er bedaure es, dass Wohnungssuchende auf den privaten Wohnungsmarkt verwiesen werden müssen. Die soz. dem. Partei hat gegen die Abschaffung des Zuweisungsrechtes in frei werdende Privatwohnungen einen erbitterten Kampf geführt und eben jetzt wurde wieder von den Soz. dem. im Nationalrat verlangt, das Einweisungsrecht wiederherzustellen. Würde diese Möglichkeit gegeben sein, so wäre es in der Hand des Wohnungsamtes, alljährlich ungefähr 4.000 Wohnungssuchenden zu ihrem Menschenrecht zu verhelfen. Eine Dringlichkeit ist für den Antrag nicht gegeben.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

GR. Schaffer (Nat. Soz.) bezieht sich in einem Dringlichkeitsantrag auf Vorgänge bei einer Wahl bei den Strassenbahnen und verlangt die Abstellung von Unzukömmlichkeiten und die Einhaltung der Wahlbestimmungen bei Wahlen in Vertretungskörper.

GR. Schaffer (n. s.) spricht in Begründung der Dringlichkeit von Misständen, die sich gegen nicht sozialdemokratische Strassenbahner insbesondere im Bahnhof Favoriten zugetragen haben. - St. R. Speiser spricht sich gegen die Dringlichkeit aus, da die nächsten Wahlen erst Ende des Jahres stattfinden und weil für eine vollkommen korrekte Wahl durch Wahlordnung Vorsorge getroffen ist. *Die Dringlichkeit wird abgelehnt.*

In einem Dringlichkeitsantrag der GR. Weikert und Genossen wird die Erhöhung der Pfründen, Zuschüsse zu Renten und Enadenpensionen, die Einrichtung von Krüppelwerkstätten für jugendliche Befürsorgte, die beschleunigte Behandlung von Pfründen betreffenden Anträgen und die Abschaffung aller geldlicher Zuwendungen an Gemeindefunktionäre verlangt. - Auf einen Zwischenruf der GR. Dr. Ribal ruft diesem GR. Eisinger zu: Sie haben eine Villa in der Gloriettegasse. GR. Richtl: Ich habe keine Villa, es geht Sie das nichts an und ich kam mir von meinem Besitz kaufen was ich will. Der Bürgermeister rügt den GR. Eisinger, weil er einen anderen Mitglied des Gemeinderates den Vorwurf mache, dass er Besitzer einer Villa sei. - St. R. Siedler spricht sich gegen die Dringlichkeit unter Hinweis auf das grosse Wohlfahrtsbudget der Gemeinde und mit Rücksicht darauf aus, dass es nicht angehe, Wohlfahrtsangelegenheiten in dieser Form zu behandeln. - Die Dringlichkeit wird abgelehnt. - In einem Dringlichkeitsantrag der GR. Fraunfeld und Genossen wird unter Hinweis auf die Versetzung eines Magistratssekretärs der Bürgermeister aufgefordert, die an der Versetzung schuldtragenden Beamten, da es sich um eine Massregelung handle, zur Verantwortung zu ziehen und die Rückversetzung des Beamten zu verfügen. GR. Fraunfeld bemerkt, dass es sich um den Mag. Sekr. Helch handelt, der wegen seines Uebertrittes von der sozialdemokratischen zur Nationalsozialistischen Partei unter Kürzung der Bezüge gemassregelt worden sei. Da er dies als unverschämte Heuchelei bezeichnet, wird er zur Ordnung gerufen. - St. R. Speiser bestreitet, dass es sich um eine Massregelung handle und ebenso, dass ein Zusammenhang zwischen der Versetzung und den in dem ~~vorherigen~~ Antrag angeführten Vorfällen bestehe. Die Dringlichkeit wird abgelehnt.

Schluss der Sitzung 23 Uhr 35.

Bogenabfertigung 23 Uhr 45.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

184

Wien, am 2. Juli 1932.

Dr. Karl Lueger-Gedächtniszimmer.

Von morgen, Sonntag, an werden die von den städtischen Sammlungen im Gebäude des magistratischen Bezirksamtes für den IV. Bezirk, Schäffergasse 3, eingerichteten Dr. Karl Lueger-Gedächtniszimmer für die allgemeine Besichtigung zugänglich sein. Die Räume enthalten das Mobiliar des Schlaf- und Arbeitszimmers des im Jahre 1910 verstorbenen Bürgermeister Dr. Karl Lueger und eine Reihe von Bildern, Gebrauchs- und Erinnerungsgegenständen, die nach dem Ableben Dr. Luegers von dessen beiden Schwestern dem Museum der Stadt Wien gewidmet worden sind. Die Aufstellung dieser Gedenkzimmer war in dem geplanten neuen Stadtmuseum vorgesehen, das aber infolge der Auswirkungen des Weltkrieges nicht zur Ausführung kommen konnte. Aus diesem Grunde und wegen des bekannten Raummangels im Historischen Museum der Stadt Wien war die Errichtung der Lueger-Gedächtniszimmer bisher nicht durchführbar. Erst durch das Freiwerden von Räumen im Amtshause des IV. Bezirkes ist die Aufstellung der Gedächtniszimmer möglich geworden, die nunmehr jeden Sonntag und Mittwoch von 9 Uhr bis 12 Uhr kostenlos besichtigt werden können. An anderen Tagen kann ein Besuch nur gegen schriftliche Anmeldung, die einen Tag früher in der Kanzlei der Bezirksvorsteherung erfolgen muss, stattfinden.

.....

Fünfundzwanzig Jahre Gänsehäufel.

Zu den beliebtesten Strandbädern der Wiener gehört das Gänsehäufel, das wegen seiner Lage und Ausstattung auf der ganzen Welt berühmt geworden ist.

Das prächtige Bad liegt bekanntlich auf einer Insel des ehemaligen Donaustromes, die schon seit Menschengedenken den Namen "Gänsehäufel" führt. Auf dieser Insel ist im August 1900 Florian Berndl ein Joch Grundfläche von der Donauregulierungskommission für eine Edelweidenkultur überlassen worden. Statt jedoch Edelweiden zu ziehen, richtete Berndl ein Sonnen- und Sandbad ein und stellte hierfür ganz primitive Hütten, eine Kegelbahn, Turnapparate, Tische und Bänke auf; das Bad breitete sich allmählich über die ganze gepachtete Grundfläche aus. Berndl machte für sein Sonnen- und Sandbad eifrig Propaganda und erreichte dadurch einen lebhaften Besuch seines Bades.

Nach Kündigung des Pachtvertrages mit Berndl durch die Donauregulierungskommission übernahm im Jahre 1907 die Gemeinde Wien die ganze Insel, die 63'5 Joch gross ist, in Pacht und eröffnete im Sommer des gleichen Jahres das Strandbad Gänsehäufel. Während vor 25 Jahren das Bad bloss 1.280 Umkleidegelegenheiten besass und die gesamte Strandlänge nur 290 Meter betrug, sind heute 12.000 Umkleidestellen und ein Strand in einer Länge von rund 1.500 Metern vorhanden. An schönen Badetagen hat das Bad bis zu 20.000 Besucher.

Das Gänsehäufel gehört zu jenen wenigen Sommerbädern, die ausser einem Familienbad auch noch nach Geschlechtern getrennte Badeabteilungen besitzen. Die Zierde des Gänsehäufels ist das Familienbad, das als Umkleidegelegenheiten hauptsächlich Kabinen aufweist. Bei stärkerem Besuch sind ausserdem auch Kästchen und sogenannte Wechselkabinen vorgesehen. Ausser den Männer- und Frauenbädern ist noch ein Kinderbad vorhanden, das der Jugend vollkommen unentgeltlich zur Verfügung steht. Grosse Sport- und Turnplätze

RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Blatt

Wien, am.....

mit vielen Geräten ermöglichen jede körperliche Betätigung. Tennisplätze laden zum Ballspiel ein und eine Gymnastikschule erteilt nicht nur Anfängern, sondern auch bereits Vorgeschrrittenen Unterricht in Körperkultur. Eine Musikkapelle konzertiert dreimal wöchentlich im Familienbad; ausserdem werden täglich Konzerte durch mit Lautsprechern verstärkte Schallplattenmusik und Radioübertragungen geboten. Wasserrutschen und Wasserkarussell tragen zur Belustigung der Badegäste bei.

Anlässlich des fünfundzwanzigjährigen Bestandes findet morgen, Sonntag, ein grosses Strandfest statt. Normale Eintrittspreise. Das Strandfest beginnt um 14 Uhr 30.

.....

Wiener Rathauskalender.

Die Magistrats-Direktion wird wiederholt von privaten Firmen darauf aufmerksam gemacht, dass Agenten für einen "Rathauskalender" mit Berufung auf die Gemeinde Wien Inscratenaufträge verlangen. Der Magistrat hat bereits einmal verlautbart, dass die Gemeindeverwaltung mit der Herausgabe dieses Rathauskalenders in keiner wie immer gearteten Weiso etwas zu tun hat; Berufungen auf die Gemeinde sind daher vollkommen unzulässig.

.....

Ablenkung der Autobuslinie 6.

Von übermorgen, Montag, an verkehren die Wagen der Autobuslinie 6 auf die Dauer der Strassenbauarbeiten in der Augustinerstrasse in beiden Fahrtrichtungen über Kärntnerstrasse-Graben-Bognergasse-Am Hof-Heidenschuss-Freyung-und Schottengasse.

.....

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.

In der nächsten Zeit werden in Hietzing die Josef Listergasse, Wlassakgasse und Löfflergasse und in Fünfhaus die Oeverseestrasse, Johnstrasse, Preysinggasse und Hol ochergasse mit elektrischer Beleuchtung versehen. Die Aufträge zur Durchführung der notwendigen Installationsarbeiten sind vom Magistrat bereits vergeben worden.

.....

Sühneverhandlungen beim Gemeindevermittlungsamt Neubau.

Die Sühneverhandlungen beim Gemeindevermittlungsamt Neubau finden am 6., 13., 20. und 27. Juli im Büro des Bezirksvorstehers statt. Die Verhandlungen beginnen immer um 10 Uhr 30.

.....

Sitzung der Bezirksvertretung Innere Stadt.

Die Bezirksvertretung Innere Stadt tritt am Mittwoch, den 6. Juli, um 18 Uhr zu einer Sitzung zusammen.

.....

Freigabe der Hauptallee.

Auf Ansuchen des Wiener Trabrennvereines hat der Wiener Magistrat anlässlich des Starhembergrennens die Prater-Hauptallee morgen, Sonntag, von 14 Uhr bis 21 Uhr in der Strecke vom Praterstern bis zur Meiereistrasse für Benzinkraftfahrzeuge mit Ausnahme von Krafträdern, Last- und Gesellschaftswagen freigegeben.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 185
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 4. Juli 1932.

Kunstförderung durch die Gemeinde Wien.

Ankauf von Werken heimischer Künstler.

Der Wiener Gemeinderat hat bekanntlich den Betrag von 100.000 Schilling für den Ankauf von Werken der bildenden Kunst bewilligt. Die Vorschläge für den Ankauf werden von einem Beirat erstattet, dem angesehene Künstler angehören. Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat nun am letzten Montag nach einem Bericht des Gemeinderates Beisser einem neuerlichen Antrag des Beirates auf Ankauf von Kunstwerken zugestimmt und beschlossen, die Werke nachstehender Künstler anzukaufen: Robert Philippi "Badende Frauen", Richard Gerstl "Grosse Landschaft", Arnold Clementschitsch "Frühlingslandschaft", Alfred Buchta "Stilleben", Rudolf Boettger "Schreitende", Adolf Curry "Landschaft", Maria Clementschitsch "Kaktus", Alfred Kubin "Der verlorene Sohn", "Kinder bei der Hexe" und "Dressurakt", Ludwig Hans Jungnickel "Hahnenkampf", "Affenmütter" und "Schimpansen", Hans Fränk "Viehweide", Josef Floch "Hafen auf Sizilien", Gerhard Fränkl "Griechische Landschaft", Erich Wagner "Schlachthausbrücke", Franz Zülow "Gehöft", Ernst Huber "Cagnes", Franz Lerch "Bildnis" und Paris Gütersloh "Werkkarton für den von der Gobelinmanufaktur ausgeführten Bildteppich des Künstlers". Ausserdem hat der gemeinderätliche Ausschuss den vom Kunstbeirat vorgeschlagenen Ankauf einer Holzplastik "Bär mit Kugel" von Franz Barwig genehmigt. Es ist dies heuer bereits der zweite vom zuständigen Gemeinderatsausschuss bewilligte Ankauf von Kunstwerken, die der Beirat ausgewählt hat. Schon im Jänner dieses Jahres sind Werke von 16 Malern angekauft worden. Die erworbenen Werke werden den städtischen Sammlungen einverleibt.

Die Teilung der Auszahlung der Gehälter an die Bundesangestellten.

Der Wiener Magistrat hat im zuständigen Departement des Bundesministeriums für Finanzen die Bestätigung erhalten, dass die in einem heutigen Montagsblatt erschienene Notiz, wonach die Teilung der Auszahlung der Gehälter an die Bundesangestellten auf eine Verzögerung in der Abfuhr der Bundessteuern durch die Gemeinde Wien zurückzuführen sei, den Tatsachen nicht entspricht. Diese Abfuhr spiele sich vielmehr in voller Uebereinstimmung mit den diesbezüglich zwischen dem Bundesministerium für Finanzen und der Gemeinde Wien getroffenen Abmachungen ab.

Schulfreiplätze der Gemeinde Wien.

An der Globus-Handelsschule mit Oeffentlichkeitsrecht für Knaben und Mädchen, Josef Schwarzgasse 9, gelangen vom Studienjahre 1932/33 an von der Gemeinde Wien gegründete Freiplätze, und zwar je einer für einen Knaben und für ein Mädchen, zur Verleihung. Zur Bewerbung um diese Freiplätze sind vorerst Kinder von mittellosen Wiener Bürgern, dann aber auch andere nach Wien zuständige Kinder deutscher Nationalität berufen. Den Gesuchen sind der Geburts-(Tauf-)schein, der Heimatschein, das Entlassungs- oder das letzte Studienzeugnis, ein Mittellosigkeitszeugnis, allenfalls auch ein polizeiliches Sittenzeugnis und das Bürgerrechtsdekret des Vaters beizuschliessen. Die Gesuche sind an die Magistrats-Abteilung 8 zu richten und bis 14. Juli beim Berufsberatungsamt der Stadt Wien, Hermannsgasse 24-26, einzubringen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

186

Wien, am 5. Juli 1932.

Verstärkter Rückgang des Bierkonsums.

Schon seit vielen Monaten geht der Verbrauch von Bier in Wien ausserordentlich zurück. Zu einem sehr erheblichen Teil liegt die Ursache in der stetigen Verschlechterung der Wirtschaftsverhältnisse. Sehr stark aber macht sich daneben der billige Weinpreis geltend. Schon im äusseren Strassenbild fällt die zunehmende Anzahl von Weinhallen auf. Den bisherigen Höhepunkt im Rückgang des Bierkonsums bildet der Monat Mai. In diesem Monat wurden zur Bierabgabe insgesamt 112.912 Hektoliter einbekannt, während im Mai des vorigen Jahres die einbekannte Menge 161.491 Hektoliter betragen hatte. Es ist demnach ein Minderausstoss von 48.579 Hektoliter zu verzeichnen. Das bedeutet einen Rückgang um volle dreissig Prozent. Für die Gemeinde entsteht daraus eine doppelt empfindliche Mindereinnahme. Sie entsteht einerseits bei jenem Teil der Biersteuer, der Wien verbleibt, und andererseits bei der als sogenannten Härteausgleich eingeführten Bierabgabe, die mit einem verbürgten Mindestbetrag an die übrigen Bundesländer abgeführt werden muss. Heute stehen die Dinge so, dass Wien aus seinen sonstigen Steuereinnahmen schöpfen muss, um diesen Härteausgleich auch zu erfüllen. Dieser Zustand ist auf die Dauer vollkommen unerträglich.

Ablenkung des Bahnhofrundverkehrs.

Wegen Arbeiten auf dem Margaretengürtel und auf dem Landstrasser Gürtel wird in der Nacht von morgen, Mittwoch, auf übermorgen, Donnerstag, der Bahnhofrundverkehr vom Neubaugürtel über Inneren Mariahilfer Gürtel - Gumpendorferstrasse - Reinprechtsdorferstrasse zum Matzleinsdorferplatz und vom Südbahnhof über Prinz Eugenstrasse - Ring - Uraniastrasse zur Radetzkystrasse geführt. In der Nacht vom Donnerstag auf Freitag und in der Nacht von Freitag auf Samstag wird der Bahnhofrundverkehr vom Südbahnhof - Prinz Eugenstrasse - Ring - Uraniastrasse zur Radetzkystrasse geführt. Die Ablenkungen gelten für beide Fahrtrichtungen.

Spenden.

Die Elternvereinigung an der Mädchen-Hauptschule in Ottakring, Neumayergasse 25, hat dieser Schule ein Epidiaskop im Werte von 822 Schilling, die Elternvereinigung an der Mädchen-Hauptschule in Meidling, Ruckergasse 40, hat dieser Schule ein Epidiaskop im Werte von 1.100 Schilling gespendet. Ferner hat die Firma Hoch in Meidling, Wolfganggasse 26, dem Fürsorgeinstitut Meidling zur Verteilung an arbeitslose und ausgesteuerte Familienerhalter 400 Liter Milch, 400 Laibe Brot und 800 Stück Eier zur Verfügung gestellt. Schliesslich sind dem Uhremuseum der Stadt Wien verschiedene seltene Uhren, Schlagwerke, Modelle und dergleichen von der Leitung der fachlichen Fortbildungsschule für Uhrmacher in Wien. ferner vom Verein für erweiterte Frauenbildung, von der Verwaltung des Arsenal, der Stadtgemeinde Stein an der Donau, den städtischen Gaswerken, der Firma Siemens-Halske und von verschiedenen Privatpersonen gewidmet worden. Der Bürgermeister hat in der letzten Sitzung des Gemeinderates den Spendern den Dank ausgesprochen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

187

II. Ausgabe

Wien, am 5. Juli 1932

Die Tätigkeit der Aktion "Winterhilfe".

Das Kuratorium der Aktion "Winterhilfe" trat heute unter dem Vorsitz des amtsführenden Stadtrates Professor Dr. Tandler im Sitzungssaale des Wiener Gemeinderates zu einer Sitzung zusammen. Stadtrat Professor Dr. Tandler hob hervor, dass der Erfolg der Aktion "Winterhilfe" vor allem der beispielgebenden Opferfreudigkeit der Wiener Bevölkerung zu danken sei. Ueber die Tätigkeit der Aktion "Winterhilfe" erstattete Sekretär Kimml einen eingehenden Bericht, worauf auf Antrag des Vorsitzenden des Kontrollkomitees, des Gemeinderates Rausnitz, der Geschäftsstelle der Aktion "Winterhilfe" die Entlastung erteilt wurde.

*

Aviso für die Zeitungen:

Der von Sekretär Kimml erstattete Geschäftsbericht geht den Redaktionen als Beilage angeschlossen zu!

.....

Den Bericht über die "Winterhilfe" erstattete der ehrenamtliche Geschäftsführer Anton Kimml:

Der "Winterhilfe" wurde die grosse Aufgabe gestellt, rund 80.000 Menschen, vorwiegend Ausgesteuerten und Arbeitslosen, die der ärgsten Not ausgesetzt sind, die dringend notwendige Hilfe zuteil werden zu lassen. Durch 5 Monate hindurch verteilte die "Winterhilfe" Lebensmittel, einfaches Mittagessen und Brot sowie Brennmaterial. Die Grundlage der Aktion bildete das überparteiliche Kuratorium, dem Vertreter der Ministerien, der Gemeinden und zahlreicher öffentlicher und privater Körperschaften angehören. Durch freier Wahl wurden Ausschüsse gebildet, denen die eigentliche Organisation oblag.

Der von der Aktion vorgelegte umfangreiche Geschäftsbericht weist mit Nachdruck darauf hin, dass die Organisation der "Winterhilfe" frei von allem Bürokratismus vor sich ging und dass weder für Personal - noch für Bürozwicke Auslagen erwachsen sind. Mit den geringsten Regien konnte die Aktion die einlangenden Spenden zur Gänze den Hilfsbedürftigen zufließen lassen. Gewaltig sind die Leistungen der Aktion. Durch Spenden und sonstige Hilfsmittel wurden für die "Winterhilfe" über 2, 858.000 S aufgebracht. Dazu kamen Naturalspenden, das sind Lebensmittel, Brot, Milch, Mehl, Kaffee, Holz, Bekleidungsmaterial, etc., im Werte von 660.000 S, so dass der Gesamtwert der Spenden und Eingänge mit 3,518.000 S zu beziffern ist. an der Spitze der Geldspenden steht die Spende der Gemeinde Wien im Betrage von rund 800.000 S, dann folgt der Bund mit 320.000 S und schliesslich tausende von Spenden öffentlicher und privater Körperschaften sowie Privatpersonen. Der Sammeltag der "Winterhilfe" hatte einen Erfolg von rund 313.000 S und der "Tag der Winterhilfe" von 150.000 S zu verzeichnen.

An die hilfsbedürftige Bevölkerung wurden folgende Lebensmittel - mengen verteilt: 6700 Mtz. Mehl, 3350 Mtz. Zucker, 1675 Mtz. Gries, 5 Mtz. Fett, 1300 Mtz. Dauerwurst und 3300 Mtz. sonstige Lebensmittel, insgesamt 18.000 Mtz. Hiezu kommen 2,000.000 Portionen Eintopfgerichte

und 2.000 Mtz. Brot. An Kälteschutzmittel sind zu nennen: 50.900 Mtz. Brennstoffe und 200 Mtz. Petroleum; ausserdem Bekleidungsgegenstände für Männer 7.520 Stück, für Frauen 4.292 Stück und für Kinder 14.622 Stück, zusammen 26.434 Stück, und überdies noch 10.017 Meter Stoffe.

Es ist besonders bemerkenswert, dass trotz des ausserordentlichen Umfanges der Aktion die Beschwerdekommision, bestehend aus Vertretern des Bundesministeriums für soziale Verwaltung, der Gemeinde Wien, der Genossenschaft der Gastwirte und Handelsleute, der gewerblichen Geschäftsstelle und der Arbeiterkammer nur 16 Beschwerden gegen Speisestellen und 53 Beschwerden von Einzelpersonen wegen Nichtberücksichtigung zu behandeln hatte. Der grösste Teil dieser Beschwerden war unbegründet.

Für das gute Gelingen der "Winterhilfe" gebührt der Dank dem gesamten Kuratorium, allen Spondern, den Vorsitzenden sowie Mitgliedern der Ausschüsse, den Herren Bezirksvorstehern und Leitern der Fürsorge-Institute, der gesamten Wiener Presse, der "Ravag", den an der Verteilung der Nahrungsmittel und Brennstoffen beteiligten Korporationen, den Fürsorgeräten und schliesslich den ehrenamtlich tätigen Beamten der Gemeinde Wien und der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien.

Im Anschluss an den Geschäftsbericht erstattete Gemeinderat ausnitz den Bericht des Kontroll-Komitees, dem Vertreter des Bundesministeriums für soziale Verwaltung, der Gemeinde Wien, des Wiener Industriellenverbandes, des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft und der Gewerkschaften angehören, und das dem Kuratorium den Antrag unterbreitete, der Geschäftsstelle die Entlastung zu erteilen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 188
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 6. Juli 1932.

Bürgerernennung.

Schulrat Johann Wilhelm Holczabek zum Bürger der Stadt Wien ernannt.

Der Wiener Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung den Nestor der Wiener Lehrerschaft, Schulrat Johann Wilhelm Holczabek, in Anerkennung der grossen Verdienste um das österreichische Schulwesen zum Bürger der Stadt Wien ernannt.

*

Schulrat Johann Wilhelm Holczabek trat am 21. Juni dieses Jahres in das 90. Lebensjahr. Er stammt aus Iglau, wo er die Volksschule besuchte. Seine Lehrerbildung und seine erste Anstellung erhielt er in Wien. Er war ein Mitbegründer des Vereines "Volksschule" und des ersten Wiener Lehrervereines, ferner Mitarbeiter an dem Gesetzentwurf für das Reichsvolksschulgesetz. Der neue Bürger war viele Jahre hindurch Obmann des Lehrervereines; er ist einer der Gründer der Buchdruckereifachschule, deren Leiter er 44 Jahre lang war. Schon in den letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts erwarb sich Schulrat Holczabek grosses Ansehen, als er als einer der ersten die Wiener Schuljugend mit der Geschichte der Stadt Wien in der Form der Schülerlektüre bekannt machte. Aus seiner Feder stammt eine Anzahl von Lehrbüchern und Broschüren. Zu seinen bedeutendsten Werken zählt die preisgekrönte Schrift "Ueber Erziehung verwahrloster Kinder" und das gemeinsam mit A. Winter verfasste Buch: "Sagen und geschichtliche Erzählungen der Stadt Wien." Geistig und körperlich aufrecht, jedoch erblindet führt Schulrat Holczabek ein zurückgezogenes Leben; noch heute beschäftigt sich der rüstige Greis mit literarischen Arbeiten.

Krankenpflegeschule der Stadt Wien in Lainz.

Eröffnung eines neuen Jahrganges.

In der Krankenpflegeschule des Krankenhauses der Stadt Wien in Lainz beginnt im Oktober ein neuer dreijähriger Lehrkurs zur Heranbildung diplomierter Krankenpflegerinnen. In den Lehrgang werden 25 Schülerinnen aufgenommen. Die Bedingungen für die Aufnahme sind österreichische Bundesbürgerschaft, vollendetes 18. Lebensjahr, unbescholtener Lebenswandel, körperliche und geistige Eignung für den Pflegeberuf und erfolgreiche Absolvierung der Hauptschule. Bewerberinnen, die überdies eine Haushaltungsschule absolviert haben oder eine höhere Schulbildung besitzen, werden bevorzugt. Die Schülerinnen werden während des ganzen Lehrganges in einem Internat unentgeltlich beherbergt und verköstigt und erhalten überdies ein Taschengeld. Die Aufnahmsgesuche sind bis längstens 31. Juli bei der Leitung der Krankenpflegeschule im Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz, Wolkersbergenstrasse 1, einzubringen. Den Gesuchen sind Geburtsschein, Heimatschein, ein behördliches Zeugnis über unbescholtene Lebenswandel, Schulzeugnisse, Zeugnisse über bisherige berufliche Tätigkeit und eine eigenhändig geschriebene Schilderung des Lebenslaufes anzuschliessen. Die Gesuche müssen mit einem Stempel im Betrage von einem Schilling versehen sein.

Absperrung der Baumgartnerbrücke über den Wienfluss.

An der Baumgartnerbrücke, die im Zuge der St. Veitgasse in Hietzing über den Wienfluss führt werden demnächst Eisenbauarbeiten vorgenommen. Aus diesem Grunde ist die Absperrung der Brücke für den Fuhrwerksverkehr vom 9. Juli, 12 Uhr mittags, an bis 18. Juli, 8 Uhr früh, notwendig. Die nächstgelegenen, für Fuhrwerke benützbaren Brücken sind flussaufwärts die Guldenbrücke und flussabwärts die Hietzinger Brücke.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH 189.

Wien, am 7. Juli 1932.

Aenderungen im Strassenbahnbetrieb.

Da sich in den Hochsommermonaten erfahrungsgemäss bei der Strassenbahn ein bedeutender Fahrtenausfall einstellt, erweisen sich wie alljährlich auch heuer mit Beginn der Ferienzeit Einschränkungen im Strassenbahnbetrieb als notwendig. Darum werden vom kommenden Montag an folgende Aenderungen im Strassenbahnbetrieb in Kraft treten:

Die Linien 7 und 18, die an Werktagen bisher nur in den verkehrsstarken Tagesstunden betrieben wurden, werden aufgelassen, weil sie entbehrlich sind. Die Linie 50 wird an Werktagen nur im Früh- und Abendverkehr, an Sonntagen nur nach Bedarf in Betrieb gehalten; die Züge dieser Linie werden demgemäss an den Werktagen mit Ausnahme der Samstage ab Ring von Betriebsbeginn bis 8 Uhr 45 und von 16 Uhr 45 bis 19 Uhr 15, an Samstagen von Betriebsbeginn bis 8 Uhr 45 und mittags von 11 Uhr 50 bis 14 Uhr 45 verkehren.

Die Linie 331 wird an Werktagen nur bis 8 Uhr zur Zelinkagasse, von 8 Uhr aber an bis Betriebsschluss von Stammersdorf nur bis Floridsdorf am Spitz geführt. Die Linie 31 wird ganztägig zwischen Zelinkagasse und dem Strassenbahnhof Floridsdorf, also bis Brünnerstrasse-Peitlgasse statt bis zur Transitbahn, betrieben. Die Linie 31/5 wird nach Gross Jedlersdorf verlängert, wodurch das Linienignal 231 entfällt.

Wegen eines Kanalbauwes in der Neulerchenfelderstrasse zwischen der Reinhartgasse und der Deinhardtsteingasse, der am 11. Juli in Angriff genommen und einige Wochen in Anspruch nehmen wird, muss der Strassenbahnverkehr in der Neulerchenfelderstrasse unterbrochen werden. Auf die Dauer dieser Bauarbeiten wird daher die Linie J ab Blindengasse über die Thaliastrasse zum und vom Schottenhof abgelenkt. Der Betrieb der Linie J2 wird eingestellt; als Ersatz wird die Linie 48 über Wilhelminenstrasse-Sandleiten nach Dornbach verlängert und in den verkehrsstarken Stunden durch eine Einlagelinie "Teichgasse-Bellaria" verstärkt. In der Ottakringerstrasse ^{wird} zwischen Schottenhof und Johann Nepomuk Bergerplatz ein Pendelverkehr eingerichtet; die Strecke der Neulerchenfelderstrasse zwischen Reinhartgasse und Lerchenfeldergürtel bleibt ohne Strassenbahnverkehr. Die Linie H 2 wird an Werktagen - besondere Anlässe ausgenommen - zur Matthäusgasse gekürzt und demart betrieben, dass der Ausfall der Linie J2 wettgemacht wird. Schliesslich wird, um vielfachen Wünschen entgegenzukommen, der Betrieb der Linie 34 früher aufgenommen und früher beendet.

Fünfundzwanzig Jahre Gänsehäufel.

Das wegen ungünstiger Witterung am letzten Sonntag abgesagte Strandfest am "Gänsehäufel" findet am kommenden Sonntag statt. Beginn 14 Uhr 30; normale Eintrittspreise.

Dortmunder Fussballer in Wien.

Der Arbeiter-Fussballklub "Edwin Lindenhorst" aus Dortmund, der zu einem Spiele gegen den Arbeiter-Fussballklub "Hacking-Hietzing" in Wien eingetroffen ist, stattete heute dem Wiener Rathaus einen Besuch ab. Die Gäste wurden vom Stadtrat Professor Dr. Tandler begrüsst; nach dem Empfang besichtigten die Dortmunder Fussballer die Schauräume des Rathauses.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

190
Wien, am 8. Juli 1932

Mehr als 200.000 Badegäste in den städtischen Sommerbädern.

Die andauernde Hitze in den letzten Tagen brachte den Wiener städtischen Sommerbädern einen Massenbesuch. So badeten vorgestern, Mittwoch, in den städtischen Sommerbädern 53.725 Personen und gestern, Donnerstag, 54.260 Personen. Die meisten Badegäste hatte das Schwimm-, Sonnen- und Luftbad Kongressplatz; dort weilten an beiden Tagen zusammen 24.855 Badegäste. Dann folgen das Strandbad Gänsehäufel mit 15.218 Besuchern, das Strandbad Alte Donau mit 11.783, das Schwimm-, Sonnen- und Luftbad Ottakring mit 11.500, das Angelbad mit 10.939 und das Schwimm-, Sonnen- und Luftbad Hohe Warte mit 7.217 Besuchern. In den zweiundzwanzig städtischen Kinderfreibädern, die es in Wien gibt, tummelten sich vorgestern, Mittwoch, rund 45.000 Kinder und gestern, Donnerstag, rund 50.000 Kinder, zusammen also an diesen beiden Tagen rund 95.000 Kinder. Mit den Kinderfreibädern zusammen hatten die städtischen Sommerbäder somit an den letzten beiden Tagen einen Gesamtbesuch von fast 203.000 Personen.

Bemessungsgrundlage der Wohnbausteuer.

Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes.

Der Wiener Magistrat hatte im November 1925 für die Räumlichkeiten des Kaffeehauses "Goethe" im Einverständnis mit der Besitzerin als Bemessungsgrundlage für die Wohnbausteuer einen Mietwert von 17.000 Kronen festgesetzt. Nach fünf Jahren, im Juni 1930, hatte nun die Kaffeehausbesitzerin verlangt, die Bemessungsgrundlage der Wohnbausteuer auf den Betrag von 9.260 Kronen herabzusetzen. Der Magistrat hat dieses Ansuchen abgewiesen, worauf die Kaffeehausbesitzerin die Beschwerde an die Abgabenberufungskommission ergriff. In der Berufung wies sie darauf hin, dass das seinerzeitige Einverständnis mit der Festsetzung des Mietwertes den Zusatz enthalte, dass durch die Erklärung kein Präjudiz für eine spätere Mietzinsregelung und die darauf basierenden Steuern und Abgaben geschaffen werden solle. Die Abgabenberufungskommission hat die Berufung abgewiesen; gegen diesen abweisenden Bescheid hatte nunmehr die Besitzerin des Kaffeehauses die Beschwerde beim Verwaltungsgericht eingebracht.

Der Verwaltungsgerichtshof hat nun kürzlich die Beschwerde als unbegründet abgewiesen. In der Begründung des Erkenntnisses wird ausgeführt, dass es nach dem Wohnbausteuergesetz keine Bindung an die Entscheidungen der Mietenkommission gebe. Beide Verfahren, sowohl das nach dem Wohnbausteuergesetz als auch das Verfahren nach dem Mietengesetz, seien voneinander unabhängig; es sei daher ohneweiters rechtlich möglich, dass diese Verfahren zu einem verschiedenen Ergebnis führen. Es liege ein Einverständnis vor und damit sei die Rechtskraft gegeben. Änderungen seien nur bei Hinzutreten neuer Umstände möglich; als solche könnten aber nur Änderungen am Mietgegenstand selbst angegeben werden, nicht aber eine Entscheidung der Mietenkommission. Die Beschwerdeführerin mache nun geltend, dass das Einverständnis bedingt abgegeben worden sei. Der Vorbehalt beziehe sich aber nach der Auffassung des Gerichtshofes nicht auf die Wohnbausteuer; er sei vielmehr so aufzufassen, dass die Beschwerdeführerin habe verhindern wollen, dass der für die Wohnbausteuer anerkannte Betrag auf das Mietenrecht ausgedehnt werde. Der Anwalt der Beschwerdeführerin habe allerdings beim Magistrat in einem Protokoll als Zeuge der erwähnten Erklärung eine andere Deutung gegeben. Dem sei jedoch entgegengehalten, dass nach § 915 A.B.G.B. eine undeutliche Äußerung zum Nachteil desjenigen ausgelegt werde, der sich dieser Undeutlichkeit schuldig gemacht habe.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

191

Wien, am 9. Juli 1932

Sitzungen im Rathaus.

In der kommenden Woche tritt am Dienstag um 10 Uhr die Wiener Landesregierung zu einer Sitzung zusammen. Anschliessend an die Sitzung der Landesregierung hält der Wiener Stadtsenat eine Sitzung ab.

Der Gemeinderat der Stadt Wien tritt am Freitag um 17 Uhr zu einer Sitzung zusammen.

502.363 Gasabnehmer in Wien.

Die Direktion der städtischen Gaswerke teilt mit, dass am 30. Juni dieses Jahres 502.362 Konsumenten Gas von den Wiener städtischen Gaswerken bezogen haben. Gegenüber dem Stand im Jahre 1913 bedeutet die Zahl der Gasabnehmer am 30. Juni dieses Jahres mehr als eine Verdoppelung, da am 31. Dezember 1913 die Wiener städtischen Gaswerke bloss 211.815 Konsumenten mit Gas versorgt hatten. Im vergangenen Juni haben die städtischen Gaswerke 1.600 Gasmesser neu aufgestellt, 851 Gasmesseranlagen vergrössert und 142 Neuanschlüsse durchgeführt. Der Verkauf von Gasgeräten war im Berichtsmonate ein sehr reger; an Gasherden, Kochplatten, Gasbügleinrichtungen, Gasheisswasserspeichern und Gasbadeöfen wurden insgesamt 550 Geräte verkauft.

Entfallende Sprechstunde.

Am nächsten Donnerstag entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde bei Stadtrat Honay.

1.022 Trauungen im April in Wien.

Wie die Magistratsabteilung für Statistik berichtet, wurden im vergangenen April in Wien 1.022 Trauungen vollzogen, um 7 weniger als im März dieses Jahres und um 140 weniger als im April 1931. Vor römisch-katholischen Seelsorgern wurden im Berichtsmonate 671 Ehen, vor der politischen Behörde 132 Ehen geschlossen.

Fünfundzwanzig Jahre Gänsehäufel.

Das wegen ungünstiger Witterung am letzten Sonntag abgesagte Strandfest am Gänsehäufel findet morgen, Sonntag, statt. Beginn 14 Uhr 30; normale Eintrittspreise.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.

Im Zuge der Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung sind in Margareten die Geigergasse und Gassergasse und in Meidling die Parkanlage Margaretengürtel-Sechshausergürtel, die Harthausergasse und der Weg vom Sechshausergürtel zur Kobingergasse mit elektrischer Beleuchtung ausgestattet worden. Die Installationsarbeiten sind nunmehr beendet; die elektrische Beleuchtung wird daher in diesen Strassenzügen in den nächsten Tagen in Betrieb genommen.

Uhrenmuseum der Stadt Wien.

Das Uhrenmuseum der Stadt Wien, Schulhof 2, bleibt während der Sommermonate vom 19. Juli bis 17. August geschlossen.

Die Beschauggebühren von Vieh und Fleisch.

Die Grundgebühr für die Vornahme amtlicher Untersuchungen von Vieh und Fleisch beträgt für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Juli 1933 Schilling. Für die tierärztliche Untersuchung von Tieren, die in einer Wiener Eisenbahn- oder Schiffsstation ein- und ausgeladen werden, ist die gleiche Grundgebühr zu entrichten.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

193

Wien, am 12. Juli 1932

Strassenbenennungen in Wien.

Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat kürzlich die Benennung verschiedener Strassenzüge in Simmering, Hietzing und Floridsdorf beschlossen. In Simmering erhält eine Gasse, die parallel zur Rinnböckstrasse verläuft, nach dem Maler Johann Adam Delsenbach den Namen "Delsenbachgasse" und eine zweite, in die Rinnböckstrasse mündende Gasse nach dem schwedischen Schriftsteller August Strindberg den Namen "Strindberggasse". Eine von der Einsiedeleigasse in Hietzing abzweigende Gasse, die in westöstlicher Richtung auf die Abhänge des Girzenberges führt, wird nach dem bekannten Böhmerwalddichter Josef Gangl "Josef Gangl-Gasse" benannt; ein Verkehrsweg, der die neue Josef Gangl-Gasse mit der Veitingergasse verbindet, erhält nach dem Universitätsprofessor und Anglisten Leon Kellner den Namen "Leon Kellner-Weg". Schliesslich wird ein durch Erweiterung der bisherigen Messmergasse in Floridsdorf gebildeter neuer öffentlicher Platz nach dem Begründer der Wiener Normalschule Josef Messmer "Messmerplatz" benannt; eine vom neuen Messmerplatz ausgehende kurze Gasse erhält nach dem hervorragenden Arzt und Universitätsprofessor Dr. Leopold Oser den Namen "Osergasse".

Die Erläuterungstafeln werden folgende Aufschriften tragen: "Johann Adam Delsenbach (1687-1765), Maler und Kupferstecher"; "August Strindberg (1849-1912), schwedischer Dichter"; "Josef Gangl (1868-1916), sudetendeutscher Dichter"; "Leon Kellner (1859-1928), Universitätsprofessor, Anglist"; "Josef Messmer (1734-1815), geistiger Begründer und erster Direktor der Wiener Normalschule"; "Dr. Leopold Oser (1839-1910), Universitätsprofessor, Direktor des Spitals der Israelitischen Kultusgemeinde".

Die Gemeinden und die Steuervorlagen der Regierung.

Stellungnahme des Städtebundes.

Nahezu alle Städte kämpfen mit schweren Finanzsorgen. Insbesondere die Industriegemeinden brechen unter der Last der durch die unaufhörlich steigende Arbeitslosigkeit verursachten Wohlfahrtsausgaben zusammen. Die Industriegemeinden sollen bei immer tiefer sinkenden Einnahmen erhöhte Ausgaben für das Armenwesen bestreiten. Dazu kommt noch, dass den Gemeinden jede Möglichkeit, neue Einnahmen zu erlangen, verschlossen ist.

Die Regierung hat nun dem Nationalrat einige Vorlagen über Erhöhungen von Steuern und Gebühren unterbreitet. Auf die Bedürfnisse der Gemeinden ist dabei keine Rücksicht genommen worden.

Der Städtebund wird übermorgen, Donnerstag, vormittags in Wien eine Sitzung seines Grossen Ausschusses abhalten und nach einem Bericht des Bürgermeister-Stellvertreters Rückl (Graz) über die Finanzlage der Gemeinden dem Bundeskanzler und dem Bundesfinanzminister ein Forderungsprogramm vorlegen.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.

In der nächsten Zeit werden auf dem Alsergrund die Pichlergasse, Fluchtgasse, Bleichergasse, Widerhofergasse, Altmüttergasse, Achamergasse und die Lustkandlgasse bis zur Säulengasse, in Favoriten die Schröttergasse und Van der Nüllgasse und in Floridsdorf die Fultongasse, Rautenkranzgasse, Schwaigergasse, Stryockgasse und Frömmelgasse mit elektrischer Beleuchtung eingerichtet. Die Aufträge zur Durchführung der notwendigen Installationsarbeiten sind vom Magistrat bereits vergeben worden.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

194

Wien, am 13. Juli 1932

Schulfunk und Wiener Berufsfeuerwehr.

Mikrophonbesuch bei der Wiener Feuerwehr.

Im Herbst wird die Ravag wieder den Schulfunk aufnehmen. Unter dem Titel "Aus Heimat und Leben" wird eine Reihe von Sendungen veranstaltet werden, die den Schulkindern den erwünschten Einblick in die verschiedensten Gebiete der heimischen Wirtschaft vermitteln sollen. Die Leitung der Ravag hat nun an den amtsführenden Stadtrat Honay die Anfrage gerichtet, ob im Rahmen der Schulfunksendungen auch ein Mikrophonbesuch bei der Wiener Berufsfeuerwehr möglich wäre. Im Einvernehmen mit der Branddirektion ist die Bewilligung hiezu erteilt worden, so dass anfangs Oktober die Tätigkeit der Wiener Feuerwehr im Schulfunk besprochen werden wird.

.....

Aus der Wohlfahrtspflege der Gemeinde Wien.

Bericht über April 1932.-Für die offene Fürsorge der Gemeinde Wien in einem Monat 2'1 Millionen Schilling aufgewendet.-447.736 Speiseportionen bei den Kinderausspeisungen ausgegeben.

Nach einem Bericht der Magistratsabteilung für Statistik wurden im vergangenen April in der offenen Fürsorge der Gemeinde Wien für Erhaltungsbeiträge 1,231.500 Schilling, für Pflegebeiträge 525.700 Schilling, für Pflegegelder 181.300 Schilling und für Aushilfen 161.500 Schilling ausgegeben. Insgesamt wurden für diese Zweige der Fürsorge im Berichtsmonate 2,100.000 Schilling aufgewendet, um 24.800 Schilling mehr als im März dieses Jahres und um 239.700 Schilling mehr als im April 1931.

Die städtischen Kindergärten wurden im vergangenen April von täglich durchschnittlich 6.769 Kindern besucht, die städtischen Kinderhorte von täglich durchschnittlich 1.910 Kindern. Bei den Kinderausspeisungen der Gemeinde Wien wurden im Berichtsmonate insgesamt 447.736 Speiseportionen ausgegeben, um 17.740 Speiseportionen mehr als im März dieses Jahres.

Die städtischen Mutterberatungsstellen führten im Berichtsmonate 25.670 Beratungen durch; das sind um 1.585 Beratungen mehr als im März dieses Jahres und um 2.877 Beratungen mehr als im April 1931.

Die städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten nahmen im vergangenen April 3.754 Personen auf, um 658 Personen mehr als im März dieses Jahres, aber um 164 Personen weniger als im April 1931. Die Zahl der in den städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten geleisteten Verpflegstage betrug 518.845; davon entfallen 232.604 Verpflegstage auf die Versorgungshäuser, 151.766 Verpflegstage auf die Anstalten für Geisteskranke und 65.774 Verpflegstage auf die Krankenanstalten.

Das Wiener Berufsberatungsamt führte im vergangenen April 1.606 Beratungen durch, um 479 Beratungen mehr als im März dieses Jahres und um 264 Beratungen mehr als im April 1931. Im Berichtsmonate suchten 992 Personen das Berufsberatungsamt zum erstenmal auf.

.....

Fünfundzwanzig Jahre Gänschäufel.

Das wegen ungünstiger Witterung am vorletzten und letzten Sonntag abgesagte Strandfest am Gänschäufel findet am kommenden Sonntag statt. Beginn 14 Uhr 30; normale Eintrittspreise.

.....

Frauengewerbeschule der Stadt Wien.

Die Schülereinschreibungen für das kommende Schuljahr an der Frauengewerbeschule der Stadt Wien für Weissnähen und Kleidermachen finden täglich von 8 Uhr bis 12 Uhr statt. Auskünfte in der Schulkanzlei, Sperrgasse 8-10; Fernsprecher R 38-4-57.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 195
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 14. Juli 1932.

Empfang im Rathaus .

Heute mittags wurden die Teilnehmer des gegenwärtig in Wien tagenden Internationalen Kongresses für Logopädie und Phoniatrie im Rathause empfangen. Stadtrat Professor Dr. Tandler begrüßte die Mitglieder des Kongresses im Namen des Bürgermeisters und der Stadt Wien. "Es ist mir eine besondere Freude", sagte Professor Tandler, "Kongressmitglieder zu begrüßen, die seit Jahren auf dem Gebiete der Fürsorge tätig sind. Tausende und Abertausende durch Sprachstörungen schwer behinderte und dadurch unglückliche Menschen wissen Ihnen für Ihre Tätigkeit auf dem Gebiete der Stimmheilkunde Dank. Die Gemeinde Wien hat schon vor Jahren in den grossen Bestand ihrer Fürsorgeeinrichtungen auch die Stimmheilung einbezogen und ein Institut für sprachgestörte Kinder unter der Leitung Professor Fröschels' errichtet." Für die Kongressteilnehmer dankte der Vorsitzende der Internationalen Gesellschaft für Logopädie und Phoniatrie, Professor Fröschels, für den Empfang und für die Hilfe und das Interesse, das die Gemeinde Wien den Bestrebungen der Stimmheilkunde entgegenbringt.

Ablenkung der Bahnhofrundlinie.

In der Nacht von Freitag auf Samstag wird die Bahnhofrundlinie wegen Arbeiten auf dem Margaretengürtel über den inneren Mariahilfergürtel-Gumpendorferstrasse-Reinprechtsdorferstrasse zum Matzleinsdorferplatz geführt. Die Ablenkung gilt für beide Fahrtrichtungen.

Hilferuf der Gemeinden an die Regierung.

Eine Tagung des Städtebundes.

Im Wiener Rathaus hielt heute der Grosse Ausschuss des Städtebundes unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Muchitsch (Graz) eine Sitzung ab, in der insbesondere zu den Regierungsvorlagen über die Sanierung des Bundeshaushaltes und die damit im Zusammenhang stehenden Auswirkungen auf die Gemeindehaushalte Stellung genommen wurde. Die Tagung war nahezu aus allen Bundesländern von Bürgermeistern der grossen politischen Parteien besetzt. Bürgermeister-Stellvertreter Rückl (Graz) referierte ausführlich über die finanzielle Notlage der Gemeinden. An das Referat knüpfte sich eine lebhafte Aussprache, an der die Bürgermeister Pichler (Klagenfurt), Sichelrader (Steyr), Wolfik (Stockerau), Bürgermeister-Stellvertreter Schmid (Graz), die Stadträte Professor Holzer (Wr. Neustadt), Dr. Fischer (St. Pölten) und Nationalrat Dr. Danneberg teilnahmen.

Es wurde einstimmig beschlossen, noch heute dem Bundeskanzler und dem Bundesfinanzminister folgende Forderungen des Städtebundes zu überreichen:"

"Die Wirtschaftskrise hat durch den Rückgang der Einnahmen und den erhöhten Aufwand für die Fürsorge die Notlage der Gemeinden derart verschärft, dass der Städtebund in ernster Stunde von der Regierung wirksame Hilfe dringend fordern muss. Seit der Verschärfung der Wirtschaftsnot im Jahre 1929 hat der Städtebund bei allen geeigneten Anlässen an die Regierung appelliert. Die Gemeinden wurden aber im Stiche gelassen, obwohl sie unter der Last der Armenfürsorge zusammenbrechen müssen. Bund und Länder sind in den letzten Jahren wiederholt durch entsprechende Steuergesetze neue Einnahmequellen erschlossen worden. Dabei wurden die Grundsätze des Finanzausgleiches missachtet und dem Wesen nach gemeinschaftliche Abgaben als ausschliessliche Bundesabgaben erklärt, beziehungsweise nur zwischen Bund und Ländern geteilt. Die Gemeinden erhielten trotz ihrer bekannten Notlage keinen Anteil. Dies ist umso unverständlicher, als auf Grund der Finanzgesetzgebung die Gemeinden selbst keine Möglichkeit haben, sich irgendwie wesentliche neue Einnahmen zu verschaffen.

Auch die jetzt von der Bundesregierung dem Nationalrat zur Sanierung des Bundeshaushaltes unterbreiteten Vorlagen setzen sich über die erwähnten grundlegenden Bedingungen des Finanzausgleiches hinweg und lassen jede wirksame Hilfeleistung für die finanziell bedrängten Gemeinden vermissen.

Die heute in Wien abgehaltene Tagung des Grossen Ausschusses des Städtebundes hat daher nach eingehender Beratung einstimmig beschlossen, nachfolgende

Forderungen an die Bundesregierung

zu stellen:

Vor allem verlangt der Städtebund die schlüsselmässige Beteiligung der Gemeinden an allen zu schaffenden Mehreinnahmen aus Bundessteuern, die bisher gemeinschaftlich waren.

Die in der letzten Zeit bei der Schaffung von Krisensteuern zutage getretenen Massnahmen, gemeinschaftliche Bundesabgaben ausschliesslich für den Bund, beziehungsweise für den Bund und die Länder zu verwenden, sind ein schweres Unrecht für alle Gemeinden, die nicht mehr in der Lage sind, unumgänglich notwendige Aufgaben zu erfüllen. Dazu kommt noch, dass die Bundes- und Landesgesetzgebung den Gemeinden in den letzten Jahren eine Reihe von neuen Ausgaben angelastet hat.

Der in der Vorlage der Regierung über die Novelle des Arbeitslosenversicherungsgesetzes vorgesehene Betrag von fünf Millionen Schilling als Hilfsmassnahme für ausgesteuerte Arbeitslose in der Zeit vom 1. August 1932 bis 31. März 1933 ist vollkommen unzulänglich und müsste mindestens auf fünfzehn Millionen Schilling erhöht werden, um auch nur einigermassen den angestrebten Fürsorgezweck erfüllen zu können.

Ausserdem verweist der Städtebund auf seine immer wieder vorgebrachten wichtigsten Forderungen, die leider unerfüllt geblieben sind, weshalb sie neuerlich mit allem Nachdruck erhoben werden.

1. Herabsetzung des Zinsfusses der Nationalbank,
2. Konvertierung kurzfristiger Gemeindeschulden durch langfristige Obligationen,
3. Befreiung der Gemeinden von den Kleinrentnerbeiträgen,
4. a.) Befreiung der Monopolbetriebe der Gemeinden von den Bundessteuern,
b.) Gleichstellung der Gemeindebetriebe mit den Privatbetrieben bezüglich der Steuerbekenntnisse,
5. Freigabe des Bundespräzipuums,
6. Beteiligung der Gemeinden an den Benzinsteuern,
7. Schaffung eines Bundesausgleichsfonds für von der Wirtschaftskrise besonders hart betroffene Gemeinden.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 196
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 14. Juli 1932.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 15. Juli 1932.

Bürgermeister Seitz eröffnet die Sitzung um 17 Uhr 05.

Ohne Debatte werden erledigt die Neuregelung des Vertragsverhältnisses zwischen der Gemeinde und der Gesellschaft zum Betriebe der städtischen Wasenmeisterei und thermochemischen Fabrik Ges m.b.H. sowie ein Flächenwidmungs- und Bebauungsplan für den XIX. Bezirk.

Es wird hierauf die in der letzten Sitzung begonnene Debatte über "Subventionen" fortgesetzt, wobei in der heutigen Sitzung statt des GR-Thaller GR. Hjess das Referat führt.

GR. Dr. Arnold (chr. soz.) bemerkt, dass die Mehrheit, sooft man ih die parteimässige Behandlung der Subventionen zum Vorwurf macht, auf den Bund hinweise. Nun sind beim Bund die Subventionen alle ursprünglich ohne Unterschied auf die Parteirichtung gleichmässig verteilt worden. Da aber vom Rathaus Terrorakte gegen Fürsorgeeinrichtungen ausgegangen sind, die der Mehrheit nicht genehm waren, hat sich der damalige Minister für soziale Verwaltung Schmitz auf den Standpunkt gestellt: Aug um Aug, Zahn um Zahn, und wir sind ihm heute noch dafür dankbar, denn wir müssen vom Bund erwarten, dass er uns einigermaßen dafür Ersatz gibt, was Sie uns vorenthalten. GR. Arnold wendet sich sodann dagegen, dass den Vereinen Frohe Kindheit und dem Verein Kinderschutzstationen keine Subventionen gegeben werden, obwohl der erste Verein heute nahezu 150 Ortsgruppen mit 14.000 Kindern hat und im abgelaufenen Jahr ungefähr 800.000 Schilling aufgebraucht hat und der letztere Verein heute noch 17 Tagesheimstätten und Bewahranstalten für Kinder, 12 Internate für Kinder hat und 1008 Kinder in 255.000 Verpflegstagen betreut. Er beantragt, diesen beiden Vereinen je 10.000 Schilling Subvention zuzuwenden. Dagegen werden den sozialdemokratischen Vereinen nicht reichlich Geldsubventionen gewährt, sondern diese Vereine auch in anderer Beziehung reichlich unterstützt. Vor zwei Jahren sind 36 sozialdemokratische Jugendheime in neuen Wohnhausbauten der Gemeinde untergebracht gewesen, was gewiss einen Aufwand von mehreren Millionen Schilling erfordert. Aber auch in alten Häusern sind solche Vereine untergebracht, wie z.B. am Volkswehrplatz 2, eine Angelegenheit, die der Oberste Rechnungshof in seinem verfassungswidrigen Geheimbericht an den Magistratsdirektor beanständet hat. Für dieses ganze Haus zahlen die Kinderfreunde 40 Schilling Jahreszins und für 2000 Quadratmeter Gartengrund ebenfalls 40 Schilling, das sind für einen Quadratmeter zwei Groschen jährlich. Wir fragen heute wie schon so oft, in wieviel solchen alten Häusern sozialdemokratische Vereine und Einrichtungen untergebracht sind und was das kostet. Ebenso stellt die Mehrheit seinen Vereinen eine grosse Anzahl von Schulklassen und Turnsälen zur Verfügung. Welche Geldsumme macht hier die Zuwendung aus? Ausserdem übernimmt die Gemeinde für solche Lokale die Tragung der öffentlichen Abgabe. Was wird diesen Vereinen an Bodenwertabgabe, Wohnbausteuer und Lustbarkeitsabgabe erspart? Welche Refaktien leistet schliesslich die Gemeinde bei der Instandhaltung solcher Objekte? Wir verlangen auch Aufklärung darüber, wieviel Spiel- und Sportplätze die Gemeinde sozialdemokratischen Vereinen gibt, und was das kostet. Alle diese Zuwendungen gehen sicher in die Millionen Schilling. Da hat man z.B. mehr als einen halben Quadratkilometer Grund den Kinderfreunden für eine Tageserholungsstätte am Laaerberg zugewiesen, wofür gar kein Zins bezahlt wird. Ausserdem übernimmt die Gemeinde die Zahlung der Bodenwertabgabe. Dabei wird diese Tageserholungsstätte ^{für Kinder} am Mittwoch und Sonntag von den Arbeiterturnern benützt. Ferner wurden 700 ⁰⁰⁰ Quadratmeter Grund drei ganz unbedeutenden Fussballvereinen zugewendet, wobei wieder die Gemeinde die

RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Blatt

Wien, am.....

Bodenwertabgabe zahlt. Interessant ist auch, dass z. B. den Kinderfreunden sogar Gartengeräte auf Kosten der Gemeinde im Betrage von über 400.000 Schilling zugewendet wurden. Das betrifft wieder das Haus am Volkswehrplatz, bezüglich dessen der Rechnungshof Beanstandungen erhoben hat. Solche Dinge erinnern an die Verhältnisse in Schwechat. Es ist sehr bedauerlich, dass diese Beanstandungen nur in dem Geheimbericht des Rechnungshofes enthalten sind. Wir werden nicht ruhen, bis dieser Unfug eines verfassungswidrigen Geheimberichtes des Rechnungshofes an den Magistratsdirektor beseitigt ist.

Bgm. Seitz: Ich muss Sie abermals aufmerksam machen - Sie entschuldigen, hochwürdiger Herr - dass Sie die Unwahrheit sprechen. Sie reden immer wieder von einem Geheimbericht des Rechnungshofes, der verfassungswidrig sein soll. In Wirklichkeit ist es so, dass der Rechnungshof den Landtagen, in diesem Fall dem Wiener Gemeinderat einen Bericht unterbreitet und andere Mitteilungen unwesentlicher Art, die ihm für den Bericht nicht massgebend erscheinen, den betreffenden Behörden mitteilt. Er macht das beim Bund, bei allen Ländern und konsequent auch beim Wiener Gemeinderat. Nirgends werden solche Mitteilungen, weil sie eben kein Bericht sind, den betreffenden Körperschaften vorgelegt. Trotzdem habe ich, weil ich nicht wünsche, dass diese Mitteilungen geheim bleiben, den Mitgliedern des Wiener Stadtsenates in diese Mitteilungen des Rechnungshofes Einblick gegeben und Sie haben die Möglichkeit durch Ihre Vertreter im Stadtsenat aus diesen Mitteilungen das zu erfahren, was Sie wünschen. Ich kann es aber nicht zulassen, dass Sie den Rechnungshof beleidigen. Wenn Sie sich noch einmal in beleidigenden Aeusserungen gegen den Rechnungshof ergöhen, werde ich gegen Sie disziplinar einschreiten.

GR. Dr. Arnold: Nach der Verfassung sind die Behörden an die Gesetze gebunden. Der Rechnungshof hat keine gesetzliche Grundlage für einen solchen Sonderbericht und weil dieser Sonderbericht der gesetzlichen Grundlage entbehrt, ist er verfassungswidrig.

Bgm. Seitz: Sie scheinen sich der Beleidigung, die Sie da aussprechen, nicht bewusst zu sein. Erkundigen Sie sich doch bei den Juristen Ihrer Partei! Wenn Sie noch einmal den Rechnungshof beleidigen, indem Sie sagen, dass er verfassungswidrig vorgeht, muss ich gegen Sie disziplinar einschreiten.

GR. Dr. Arnold: Nennen Sie mir die Gesetzesstelle, auf welche sich der Rechnungshof stützt, wenn er einen Sonderbericht an den Magistratsdirektor erstattet. Solange Sie diese Gesetzesstelle nicht nennen können, sind Sie im Unrecht. In dem öffentlichen Bericht des Rechnungshofes sind manchmal wirklich Lappalien enthalten. Bei der Sache über die ich gesprochen habe, handelt es sich ^{aber} um 400.000 Schilling. Von dieser Beanstandung soll nur der Magistratsdirektor erfahren. Mit solchen Gemeinplätzen wie ^{dem} dass, ^{was ich sage,} das eine Beleidigung sein soll, ist nichts auszurichten. Nennen Sie mir die Gesetzesstelle, auf die sich der Verfassungsgerichtshof stützt. Bis das nicht geschieht, bleibe ich bei meiner Auffassung. Der Bürgermeister möge doch einmal veranlassen, dass allen Mitgliedern des Gemeinderates Einblick in den Sonderbericht gegeben wird.

Zum Schlusse stellt GR. Arnold den Antrag, den freiwilligen Feuerwehren Josefsdorf, Rosenthal-Satzberg, Wolfersberg, Rudolfshügel, Bad Hall, Mauerbach, Wieselburg an der Erla? Subventionen in demselben Ausmass wie im Jahre 1931 zu gewähren (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen).

RATHAUSKORRESPONDENZ

III. Blatt.

Wien, am.....

GR. Stöger (ch.-Soz.) führt aus, dass der Fluch der ungerichten Subventionspolitik der gegenwärtigen Gemeindeverwaltung in den verschiedensten Zweigen der Verwaltung zu spüren ist. In einer Zeit der abgrundtiefen Not könnte mit einer gerechten Subventionspolitik manche wertvolle Arbeit geleistet werden. Die Winterhilfe hat den schlagenden Beweis erbracht, dass mit verhältnismässig bescheidenen Mitteln auch heute eine grosse Wirkung erzielt werden kann. Ein anschaulicher Beleg für diese Behauptung ist die Tätigkeit des Vereines zur Erhaltung der ersten Wiener Suppen- und Teeanstalt, in dessen 8 Speisehäusern 78.000 Portionen Speisen unentgeltlich verabfolgt wurden.

Die Speisen und Getränke werden 16 % unter den Herstellungskosten abgegeben und dennoch gibt es viele Besucher, die sich auf diese bescheidene Kost nicht gönnen können. Dieser Verein, der den allerärmsten Schichten der Bevölkerung dient, erhält heute weniger Subvention als in der Vorkriegszeit. Die christlichsoziale Gemeindeverwaltung hat dieser Organisation für den Betrieb von 6 Speisehäusern 2.000 Kronen Subvention gegeben, heute erhält der Verein für 8 Speisehäuser 3.000 Schilling. Der Redner beantragt, die Subvention für diesen Verein auf 6.000 S zu erhöhen.

Aufreizend parteiisch ist die Subventionierung der Jugendvereine. Der Verein zur Unterstützung kath. deutscher Hochschüler "Akademikerhilfe" unterhält derzeit 6 Heime. Im ersten Dezenium seines Bestandes hat er schon eine Summe von 1,132.000 S aufgewendet. Die Wiener Gemeindeverwaltung schützt diese Tätigkeit mit einer Subvention von 2.000 S ein. Dagegen gibt sich der "Wirtschaftshilfe der Arbeiterstudenten Oesterreichs", dem Verein der so. dem. organisierten Studenschaft, eine dreimal so hohe Summe, obwohl dieser Verein nur 3 Heime erhält, die überdies die Gemeinde erbaut hat.

Er beantragt die Subvention für den Unterstützungsverein "Akademikerhilfe" auf 4.000 S zu erhöhen.

Dem Verband "Jugendheim", dessen Namen nichts anderes ist als eine Deckadresse für Parteisekretariate und Kinderfreundeorganisationen, werden 36.000 S zugewendet, der "Reichsbund der kath. deutschen Jugend Oesterreichs" wird mit 8.750 S abgespeist. Da drängt sich unwillkürlich die Frage auf: sind denn die Christen in Wien überhaupt nur mehr Menschen zweiter Güte?

Dem Bildungswesen kommt in einer Zeit, in der Hunderttausende unfreiwillig feiern müssen, eine erhöhte Bedeutung zu. Die "Volkslesehalle" unterhält 3 Dutzend öffentliche Büchereien, davon 22 in Wien. Ein sehr beträchtlicher Teil der Entlehnungen entfällt auf die Arbeiterschaft. Jener Verein, der sich in Floridsdorf zuerst um die Hebung der Volksbildung bemühte, war nicht etwa der "Zentralverein für Volksbüchereien und Lesehallen", der heute 12.000 S Subvention erhält, nicht der "Volksbildungsverein", der 16.000 S bekommt, auch nicht das "Volksheim", dem Sie heute neuerlich 24.000 S zuwenden, sondern jene Organisation, die in Floridsdorf zuerst in volksbildungsrischem Sinne tätig war und dort ein Vereinsheim mit prächtig eingerichtetem Theater, mit Kino und Vortragssälen erbaute, die Volkslesehalle, deren überragende Tätigkeit mit 4.000 S abgespeist wird. Der Redner beantragt, die Subvention für die Volkslesehalle auf 8.000 S zu erhöhen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

IV. Blatt.

Wien, am.....

In einer Zeit der grossen Not wendet sich das Volk einem zweiten trügerischen Sorgenbrecher zu, dem Alkoholismus. Sie geben heute einige Schillinge für die Bekämpfung des Alkoholismus, aber in Wirklichkeit hat sich der Alkoholismus immer der wohlwollendsten Behandlung Ihrer Partei erfreut. Lueger hat das ^{Brauhaus} der Stadt Wien als Preisregulator gegründet, Ihre Partei hat es verstanden, dieses Brauhaus zu einem der mächtigsten Faktoren der österreichischen Brauerei zu machen. Schon vom Standpunkt der Gemeinde aus hätten wir alle Ursache, hier den Kurs augenblicklich zu ändern. Prof. Tandler hat einmal darauf hingewiesen, dass mehr als 40 % der Insassen des Steinhof dem Alkoholismus den Zusammenbruch ihrer Nervenkraft verdanken. Im Jahre 1923 haben wir für die zwei Anstalten Steinhof und Ybbs 16 Milliarden bewilligt, heute sind es 120 Milliarden. Die Polizei hat in jedem Wiener Bezirk eine Fürsorgestelle, eine Trinkerrettungsstelle, eingerichtet und erzielt damit prächtige Erfolge. Die Gemeinde Wien begnügt sich mit einer Trinkerrettungsstelle für ganz Wien. An dem Steigen der Verbrechen und Vergehen hat das Brauhaus der Stadt Wien seinen redlichen Anteil. Wenn die Gemeinde Wien auf dem unendlich wichtigen Gebiete der Bekämpfung des Alkohols schon total versagt, dann soll sie wenigstens die private Abstinenzaktivität ausreichend unterstützen. Wir sehen aber, dass die Abstinenzorganisationen darunter auch das "Kath. Kreuzbündnis", mit lächerlichen Beiträgen abgefertigt werden. Redner beantragt, die Subvention für diesen Verein auf 1.000 S zu erhöhen.

Die drei markantesten Wahrzeichen von Wien sind der Stephansdom, der Kahlenberg und die Donau. Für alle drei zusammen finden wir in der Subventionsliste lediglich für den Bombauverein eine Subvention von 3.000 S.

Sie hätten wahrhaft alle Ursache, auf dem Gebiete der Subventionen gerecht vorzugehen, weil hier mit kleinen Summen grosses geleistet werden könnte. Die Not des Volkes schreit förmlich zum Himmel. In dieser Zeit Parteipolitik über das Volksinteresse zu stellen, ist so erbärmlich, dass es nicht scharf genug kritisiert werden kann. Im Interesse der Stadt Wien und ihrer Bevölkerung richte ich an Sie nochmals den Appell, den Kurs Ihrer Subventionspolitik zu ändern. (Lebh. Beif. bei den Chr. Soz.)

GR. Dr. Zörnlaib (chr. Soz.) beschäftigt sich vor allem mit der Notlage der bildenden Künstler, die das tiefe Kulturempfinden aufwähle. Es haben sich in der letzten Zeit in Wien, der Pflegestätte deutsch-christlicher Kultur, Ereignisse abgespielt, die man als Kulturschande bezeichnen ^{würde}. So haben in letzter Zeit bildende Künstler von Rang und Namen, um der Not einigermaßen zu steuern, ihre Werke gegen verschieden Utensilien, wie Wäsche, Lebensmitteln, Medikamente usw. einzutauschen versucht. Es ist ein Gebot der Stunde, den Künstlern beizuspringen, es ist ein Gebot der Stunde, dass sich die Gemeinde Wien ihrer Dankeschuld gegenüber den bildenden Künstlern erinnert und den notleidenden Künstlern ausgiebige Notstandsauhilfen und Subventionen zuteil werden lässt. Die Subventionen für die bildenden Künstler, die in dieser Vorlage vorgesehen sind, sind jedoch sehr beschränkt und durchaus unzulänglich, und es ist kennzeichnend für das Kulturempfinden der Mehrheit

RATHAUSKORRESPONDENZ

V. Blatt

Wien, am _____

dieses Hauses, dass sie die in Not und Elend geratenen bildenden Künstler mit Bagatelletbeträgen abspeist. An der Notlage der Künstler ist wohl zum überwiegenden Teile das Breitnersche Steuersystem schuld. Die wirtschaftszerstörende Wirkung dieses Steuersystems hat die Stadt Wien so weit gebracht, dass kein Mensch mehr für die Kunst etwas erübrigen kann. Neben den bildenden Künstlern befinden sich auch die Musiker im tiefsten Elend und sie stehen schon nahezu vor dem Zusammenbruch, wenn nicht eine gründliche Abkehr von dem Breitnerschen Steuersystem erfolgt. Wenn Sie dieses System fortsetzen, wird es in Wien nur mehr eine Art von Künstlern geben, nämlich nur Hungerkünstler. Dann beschäftigt sich der Redner mit dem Wiener Dombauverein. Dieser Verein habe am 1. Jänner dieses Jahres für die Erhaltung des Stephansdomes über 42.000 S präliminiert und in seinen Kassen gehabt. Infolge dringender Reparaturen ist schon im Mai der ganze Betrag aufgebraucht worden und heute sind die Kassen des Dombauvereines leer. Im Jahre 1953 feiert der Stephansdom das Fest des fünfihundertjährigen Bestandes und es wäre Ehrenpflicht der Gemeinde Wien, alles zu tun, um das Jubiläum in würdiger Form begehen zu können. Sie aber geben dem Wiener Dombauverein eine Subvention in dem lächerlichen Ausmasse von 4000 Schilling. Der Redner beantragt, die Subvention für die Denkmäler der Tonkunst von 800 auf 1000 Schilling, die Subvention für die Gesellschaft der Musikfreunde von 2500 S auf 5000 S, die Subvention für das Tonkünstlerorchester von 4000 S auf 8000 S, die Subvention für das Sinfonieorchester von 8000 S auf 10.000 S, die Subvention für die Genossenschaft der bildenden Künstler Wiens von 4000 S auf 6000 S, die Subvention für die Sezession von 7000 S auf 9000 S, die Subvention für die Kunstgemeinschaft von 500 auf 2500 S, die Subvention für den Verein zur Förderung der Kunstgewerbeschule von 1000 auf 2500 S, die Subvention für den Dombauverein von 4000 S auf 10.000 S, die Subvention für den Künstlerbund Hagen von 500 S auf 1000 S zu erhöhen. Ihre Stellung, sagt der Redner, zu diesen Anträgen ^{hier} zeigen, ob die noch Sinn und Empfinden für die christlich-deutsche Kultur und christlich-deutsche Kunst der Stadt Wien haben. (Beifall bei den Christlichsozialen).

GR. Kalaubek (chr. soz.) bemerkt, die Gemeinde müsste die Subventionierung solcher Organisationen am ernstesten nehmen, die sich mit der Fürsorge, und vor allem ^{mit} der offenen Fürsorge befassen. Es ist daher lebhaft zu bedauern, dass das Ansinnen des Vinzenzvereines um eine solche Subvention abgewiesen wurde. Dieser Verein hat in Wien einen Apparat, der sich von dem Fürsorgeapparat der Gemeinde sehr vorteilhaft unterscheidet. Schon bei den Erhebungen dieses Vereines wird sehr gewissenhaft vorgegangen, was man von der Gemeinde nicht behaupten kann. Von den Fürsorgeämtern der Gemeinde werden den ^{ausgesteuerten} ~~ausgesteuerten~~ alle möglichen Schwierigkeiten bereitet. Die Intervalle, in denen die Unterstützungen gewährt werden, sind sehr lang, die Unterstützten bekommen höchstens einmal im Monat eine ~~geldliche~~ ^{andere} Unterstützung. So wenig rücksichtsvoll und human wird vorgegangen, wenn es sich um bodenständige Arbeiter handelt. Zugewanderte werden allerdings anders behandelt. Da gibt es eine Cyna Rückhaus geborene Ochsenberg, eine russische Jüdin, nach Lublin zuständig, gegenwärtig heimatlos, die sich von ihrem Gatten hat scheiden lassen und jetzt mit ihrem Bruder, der Beamter der israelitischen Kultusgemeinde ist und ein Monatseinkommen von 250 Schilling hat, in gemeinsamen Haushalt lebt. Diese Frau wurde im Fürsorgeinstitut besonders liebevoll behandelt. Sie erhielt in kurzen Intervallen, am 4., am 19. Dezember, am 4. 9. 13. Februar am 9. und 29. März und am 12. April Unterstützungen, das

401

RATHAUSKORRESPONDENZ

VI. Blatt

Wien, am _____

letztmal sogar eine Doppelunterstützung. Dabei suchte diese Frau um das Heimatsrecht von Wien an und erklärt ⁱⁿ diesem Ansuchen, dass sie der Gemeinde durch Unterstützung ⁱⁿ Wien nie zur Last fallen werde, weil sie mit ihrem Bruder in gemeinsamen Haushalt lebt. Dieses Ansuchen hat die wohlwollendste Förderung der massgebenden Fürsorgefunktionäre erfahren. Gewiss hat auch eine Jüdin, wenn sie arm ist, Anspruch auf eine Unterstützung. Hier handelt es sich aber um eine eingewanderte Jüdin, die hier gar nicht heimatberechtigt ist, um eine Frau, die es versteht sich das Heimatsrecht zu erschwindeln. Wir werden die Angelegenheit weiter verfolgen und es verhindern, dass Gemeindegeld in so unsirger Art vergeudet wird (Lebh. Beifall b.d. Christlichsozialen).

GRtin Deutsch-Kramer (soz. dem.) : Dem Gemeinderat Arnold, der so zimperlich ist, wenn es sich um die Gemeinde Wien handelt, könnte man mit dem Wort des Evangeliums antworten, (Lachen bei den Christlichsozialen und Rufe: Ja wissen Sie was davon? - Zwischenrufe). Gewiss, ich habe beim Herrn Dr. Seipel Religion gelernt. (Lebhafte Heiterkeit ^{bei der Mehrheit.} - Zwischenrufe b.d. Christlichsozialen)

Bgm. Seitz : Es geht doch nicht an, dass wenn Redner einer bestimmten Partei im Gemeinderat sprechen, durch Stunden Ruhe im Saale herrscht, während ein Redner einer anderen Partei, sobald er das Wort ergreift, schon durch Zwischenrufe gestört wird.

G. Rtin Deutsch-Kramer : Dem GR Dr. Arnold kann man also mit dem Wort des Evangeliums antworten: Warum siehst Du den Splitter im Auge Deines Nächsten und den Balken im eigenen nicht? Dr. Arnold ist bei den Gemeindegeldsubventionen so genau, findet aber nichts daran, dass die Hunderttausende, die der Bund alljährlich in der Staatswohlthätigkeitslotterie einnimmt, nie verrechnet werden. Solange eine Rechenschaft über diese Summe, nicht gegeben wird, muss man annehmen, dass diese ^{gibt} für korrupte Zwecke ausgegeben wird. (Lebh. Widerspruch und Zwischenrufe bei den Christlichsozialen)

Bgm. Seitz gibt das Glockenzeichen.

GRtin Deutsch-Kramer : Es ist ein Zeichen der Demokratie, die im Gemeinderat herrscht, dass über Gemeindegeldsubventionen eine solche Debatte stattfinden kann (Lebh. Beifall bei den Sozialdemokraten. - Lachen und Zwischenrufe bei den Christlichsozialen). Erst in der letzten Zeit hat Herr Jankoneig zusammen mit dem Unterrichtsminister einem Sportverband Weissgrün eine Subvention gegeben. Das ist in Wirklichkeit ein Heimwehrverband, der in der Art Sport treibt, dass er mit Maschinengewehren herumzieht (Zwischenrufe). bei den Chr. Soz. und Nat. soz.)

Bgm. Seitz : Sie müssen den Mut aufbringen auch einen Gegner anzuhören.

G. Rtin Deutsch-Kramer : Es ist über Ungerechtigkeit bei der Verteilung von Gemeindegeldsubventionen gesprochen worden. Wie werden die Subventionen beim Bund verteilt? Der Bund ^{gibt} an die Sportvereine Subventionen von 64.000 Schilling. Der Askö, der alle Arbeitersportverbände in sich schliesst und in Wien allein 125.000 Mitglieder zählt - das sind die Hälfte aller Wiener Sportler - bekommt von dieser Summe sage und schreibe 2000 Schilling (Lebh. Hört-Hörtrufe bei der Mehrheit. - Zwischenrufe)

GR Prinke (chrs. soz.) Jetzt sagen Sie aber auch, was der Askö von der Gemeinde bekommt!

GR Dr. Riehl (n. s.) Das ist die ausgleichende Gerechtigkeit,

Gr. Tin Deutsch-Kramer : Wenn er von der Gemeinde mehr als die Hälfte bekommt, ist es nur in Ordnung, weil er mehr als die Hälfte der Wiener Sportler zu Mitgliedern hat (Zwischenrufe). Der Bund gibt in einer Zeit, in der hier so viel über die Not der Kinder gejammert wird nach dem Budget des letzten Jahres für den Pferdesport zwei Millionen aus (Lebh. Hört-Hörtrufe)

RATHAUSKORRESPONDENZ

VII. Blatt

Wien, am

bei der Mehrheit). Da wurde soviel von der Suppen- und Teeanstalt gesprochen. Unter Lueger hat es keine Schülerausspeisung von Gemeinde wegen gegeben, die Kinder wurden in der Art ausgespeist, dass sie Speisemarken bekommen haben und ^{an} der Küche aus einem Reindel haben ^{die} Suppe essen müssen (Zwischenrufe). Heute werden täglich 70.000 Kinder von der Gemeinde ausgespeist. (Zwischenrufe). Für die Kinderausspeisung wird heute ein Vielfaches dessen ausgegeben, was das alte Wien für die Fürsorge überhaupt ausgegeben hat. (Zwischenrufe). Von christlichsozialer Seite wurde heute auch von Abstinenz gesprochen. Dass sich die christlichsoziale Partei ^{für die} Abstinenz erklärt, ist sicher ein Fortschritt. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. - Zwischenrufe bei den Christlichsozialen und Nationalsozialisten.)

Bgm. Seitz: Sie müssen doch die männliche Kraft aufbringen, endlich auch einen Redner der Gegenseite zu hören (Andauernde Zwischenrufe).

GRTin Deutsch-Kramer: Es ist auch nicht wahr, dass die Gemeinde Wien für die Abstinenz nichts tut. Es gibt in jeder Schule Abstinenzwochen, in denen über die Schädlichkeit des Alkohols gesprochen wird. (Zwischenrufe ^{der} GR. Stöger verlangt, dass das Wiener Brauhaus aufgelassen werden soll. (GR. Stöger: Wer hat das gesagt) Was für Geschrei würden Sie machen, wenn wir das wirklich täten. (GR. Stöger: Aber was ich sonst gesagt habe, verschweigen Sie! Andauernde Zwischenrufe bei den Nationalsozialisten und Christlichsozialen. - Zwischenrufe des GR. Dr. Riehl)

Bgm. Seitz: Herr Doktor, es sind jetzt fünf Redner Ihrer Partei zum Worte gemeldet, die in unmittelbarer Folge sprechen werden. Glauben Sie wirklich, dass alle diese 5 Redner nicht die Fähigkeit haben werden, die Redner die jetzt spricht, zu widerlegen? (Lebh. Beifall und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. - Andauernde Zwischenrufe). Es haben bis jetzt Redner einer Partei gesprochen und niemand hat sie unterbrochen. Ich finde es ungehörig dass jetzt, da ein Redner der Gegenseite spricht, in einem fort diese Störungen erfolgen (Andauernde Zwischenrufe). - Zwischenrufe des GR. Mühlberger (n. s.)

GR. Beisser: soz. dem.): Ihre Wahrheiten, Herr Ingenieur schauen wie Lügen aus!

GR. Mühlberger: Sie Wohnungsschacherer!

GR. Beisser: Sie müssen beweisen, was Sie gesagt haben! Sie sind ein schurkischer Lügner, ein ganz kommuner Lügner! (Andauernde erregte Zwischenrufe. - Lärm. -)

Bgm. Seitz: Ich bitte die Stenographen festzustellen, welche Zwischenrufe zwischen dem GR. Mühlberger und dem GR. Beisser gefallen sind.

GR. Hölzl (nat. soz.): Er hat Schurke und Lügner gesagt!

GR. Beisser: Schurkischer Lügner!

Bgm. Seitz: Ich rufe den GR. Beisser wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.

GRTin. Deutsch Kramer bemerkt, dass es selbstverständlich auch die Mehrheit für ihre Pflicht hält, Kunst und Musik zu fördern, dass ihr aber in dieser Zeit der Not in dieser Beziehung leider Schranken gesetzt sind, wie allen Städten, auch den reichsten Städten der Welt. Die Subventionen sind nur ein ganz kleiner Teil dessen, was die Gemeinde für Kunst und Wissenschaft tut. Im Jahre 1930 wurden für Plastiken, Zierbrunnen und Denkmäler von der Gemeinde 142.000 Schilling ausgegeben, für die künstlerische Ausschmückung des Amalienbades 50.000 S. (Zwischenrufe) Von der Gemeinde wurden ^{angestellt} ~~ausgegeben~~ ^{in mehreren gegeben das sind für} ~~ausgegeben~~ ^{den Schubertbrunnen, das Eduard Süßdenkmal, das Lessingdenkmal, das Gustav Mahlerdenkmal...}

GR. Griessler (nat. soz.): Lauter Juden (Schallende Heiterkeit)

GRTin. Deutsch-Kramer: Sie sollten sich doch nicht so blamieren.

RATHAUSKORRESPONDENZ

VIII. Blatt.

Wien, am

Ich würde Ihnen raten, Ihre Minderwertigkeitskomplexe nicht so schlecht abzureagieren. (Lebh. Beif. Bei den Soz. Dem. - Zwischenrufe.)

GR. Dr. Hanke: Und Sie reagieren Ihre anderen Komplexe anderswo ab als im Gemeinderat! (Andauernde Zwischenrufe.)

GR. Deutsch-Kramer: zählt sodann die zahlreichen Kunstpreise auf und die zahlreichen Subventionen, die die Gemeinde Wien an die verschiedenen Künstler und Künstlervereinigungen gegeben hat. (Andauernde Zwischenrufe bei den Nat. Soz.)

GR. Mühlberger: Wieviel Juden sind darunter?

GR. Eisinger (Soz. dem.): Herr Mühlberger, ein Beweis der Darwinschen Theorie!

GR. Griessler (Nat. Soz.): Und Sie gehören auf den Steinhof hinaus!

GR. Dr. Riehl: Ein ausgesprochener Pavian spricht über Darwin! (Zwischenrufe.)

GR. Deutsch-Kramer: bemerkt, aus allem Angeführten ergebe sich dass das Jammern über die niedergehende Wiener Kultur ganz unberechtigt ist. Die Gemeinde hat in der Frage der Subventionen gar nichts zu scheuen. Sie geht damit in die breitesten Öffentlichkeit, anders als der Bund. Wenn die Gemeinde Wien in besonderer Weise die Arbeiterbewegung fördert, so ist das nur selbstverständlich. Die Mehrheit des Gemeinderates ist eine Arbeiterpartei, die Mehrheit wurde von Arbeitern gewählt und sie muss daher die Interessen der Arbeiter wahren. (Lebh. Zwischenrufe und Rufe bei den Chr. Soz. und Nat. Soz.: Jetzt ist Ihnen die Wahrheit herausgerutscht!) Sicher ist es, dass der Bund die den im Bund herrschenden Parteien nahestehenden Vereine nicht nur nicht bevorzugt, sondern sie nahezu unter gänzlicher Ausschluss der sozialdemokratischen Vereine allein berücksichtigt. Gerade unser Vorgehen in der Frage der Subventionen beweist, dass die Gemeinderatsmehrheit genau weiss, was sie der Menschheit und der Kultur schuldig ist. (Lebh. Beif. bei den Soz. dem.)

Hg. Seitz: Ich habe den GR. Beisser wegen der Ausdrücke "schurkischer Lügner", "kommunaler Lügner" zur Ordnung rufen müssen. Nun macht mich der Herr GR. Beisser darauf aufmerksam, dass diese seine Zwischenrufe dadurch hervorgerufen wurden, dass ihm vom Herrn GR. Mühlberger der Vorwurf einer ehrlosen Handlung gemacht wurde. Ich habe aus dem stenographischen Protokoll festgestellt, dass tatsächlich Herr GR. Mühlberger zum GR. Beisser hinübergerufen hat: Sie Wohnungsschacherer! Ich hoffe, dass Herr GR. Mühlberger sich dazu bekennt, und rufe ihn wegen dieses Ausrufes gleichfalls zur Ordnung.

GR. Dr. Hanke (Nat. Soz.) bemerkt, dass die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse und die finanzielle Lage der Gemeinde Wien es keineswegs rechtfertigen, dass Vereine und Verbände unterstützt werden, die für die Allgemeinheit von keiner Bedeutung sind, während andererseits Institutionen, die eine wertvolle Tätigkeit entfalten, mit Bettelbeträgen bedacht werden. Einzelne Subventionsposten betreffend Einrichtungen, und zwar sowohl sozialdem. als auch christlichsoz., deren parteipolitische Einrichtung zweifelsfrei feststeht. Wenn man sich schon über die Bedenklichkeit hinwegsetzt, parteimässig eingestellte Vereine mit öffentlichen Geldern zu unterstützen, so muss darauf aufmerksam gemacht

RATHAUSKORRESPONDENZ

IX. Blatt.

Wien, am.....

werden, dass es in Wien nach dem letzten Wahlergebnis 200.000 nationalsoz. Wähler gibt, deren Vereine keine Subvention erhalten. (Zahlreiche Zwischenrufe bei der Soz. Dem. und Gegenrufe bei den Nat. Soz.) Aber auch in formeller Beziehung ist diese Subventionsbewilligung zu bemängeln. Das Verzeichnis der Subventionen enthält nicht alle Subventionsansuchen. Der Magistrat masst sich hier eine Vorzensur an, ein Vorgang der der Demokratie widerspricht. (Zwischenrufe der Soz. Dem. - GR. Eisinger (Soz. Dem.): Was reden Sie von Demokratie?) Der Bürgermeister hat in einer der letzten Sitzungen ein feierliches Bekenntnis zur Demokratie abgelegt. Unter der Annahme, dass es sich hier nicht um ein bloßes Lippenbekenntnis handelt, müssen wir erwarten, dass er dieser Anschauung überall zum Durchbruch verhilft. Wir Nationalsozialisten lehnen die Demokratie ab, (Rufe bei den Soz. Dem.: Na also! - GR. Beisser (Soz. Dem.): Sie wollen davon profitieren!), sind aber derzeit noch nicht in der Lage, die Verfassung zu ändern. Wir verlangen von den Parteien, die sich zur Demokratie bekennen, ja häufig genug damit protzen, dass sie sich auch in der Praxis auf dem Boden der Demokratie bewegen. (Zahlreiche Zwischenrufe der Soz. Dem.)

Bg. Seitz: ersucht wiederholt um Ruhe. (GR. Mühlberger (Nat. Soz.): Sie können die Wahrheit nicht vertragen! - GR. Eisinger (Soz. Dem.): Er redet alleweil mit den Händen)

GR. Dr. Hanke (Nat. Soz.): Der Magistrat, zu dem wir wenigstens in der obersten Spitze, kein Vertrauen haben, masst sich Rechte an, die die Grundrechte des Gemeinderates beeinträchtigen. Im Finanzausschuss hat sich der mehr als eigentümliche Fall ereignet, dass der Magistrat gekommen ist, um Gesetzesverletzungen durch den Finanzausschuss zur Kenntnis nehmen zu lassen (Hört! Hört! bei den Nat. Soz.)

Bg. Seitz: Wir reden jetzt über die Subventionen.

GR. Dr. Hanke: Es ist selbstverständlich vollkommen gleichgültig, ob die Mehrheit des Finanzausschusses diese Gesetzesverletzung zur Kenntnis genommen hat.

Bg. Seitz: Der Finanzausschuss hat seine Beschlüsse über die Subventionen autonom gefasst und hat dabei kein Gesetz verletzt. Ich muss diese Bemerkung gegen den Finanzausschuss und gegen den Magistrat zurückweisen.

GR. Dr. Hanke: Die Mehrheit muss sich an die demokratischen Bestimmungen halten, da kann es keine Ausreden und keine Nützlichkeitsbetrachtungen geben! Es ist unbedingt notwendig, dass sämtliche Subventionsansuchen dem Ausschuss II vorgelegt werden.

Der Redner beantragt: Da die dem Gemeinderatsausschuss II zur Beschlussfassung vorliegenden Subventionsansuchen nicht alle im Jahre 1932 eingebrachten Ansuchen umfassen, wird der Magistrat beauftragt, alle diesbezgl. Anträge ohne Unterschied dem Gemeinderatsausschuss II unverzüglich vorzulegen. Zu diesem Zwecke wird die Post 1 von der Tagesordnung abgesetzt. Gleichzeitig wird der Magistrat beauftragt, auch künftighin alle derartigen Ansuchen der zuständigen Stelle, das ist dem Gemeinderatsausschuss II, vorzulegen. (Beif. bei den Nat. Soz.)

Bg. Seitz bemerkt, dass in der Geschäftsführung die Möglichkeit zur Zurückstellung eines Antrages nicht vorgesehen ist, daher dieser

RATHAUSKORRESPONDENZ

X. Blatt.

Wien, am

Antrag nicht zur Verhandlung gestellt werden kann.

GR. Dr. Riehl (Nat. Soz.) führt aus, dass das ganze System der Subventionspolitik eine Krankheit ist, an der jede Demokratie mehr oder weniger leidet. (GR. Nachnebel (Soz. Dem.): Sogar in Braunschweig!) Was sich aber in Wien seit dem Umsturz auf diesem Gebiete ereignet hat, geht über das normale Mass der Dankbarkeit der jeweiligen Mehrheit für ihre Wähler weit hinaus. (Zustimmung bei den Nat. Soz.) Wo immer irgendein alter Verein existiert, dessen Leitung der roten Mehrheit nicht genügend sympathisch ist, wird sofort ein Gegenverein ins Leben gerufen, damit man ihm eine Subvention zuschanzen kann. Wir haben es glücklich dahin gebracht, dass Dinge, die mit der Politik gar nichts zu tun haben, zu einem Objekt des politischen Feilschens gemacht worden sind. Man hat bei den neuerbauten Gemeindegemeinschaften sehr häufig den Eindruck, dass diese Häuser an der oder jener Stelle nur deswegen gebaut werden, weil man da oder dort ein Vereinslokal für eine soz. dem. Organisation benötigt. (GR. Eisinger (Soz. dem.): So schöne Häuser haben wir nicht, wie Sie! Die Gloriettegasse ist der Wohnort der reichsten Leute!) Herr Bürgermeister, bringen Sie doch diesen Herrn zur Ordnung! Das ist der unausstehlichste von allen!

Bg. Seitz: Es ist unmöglich, dass ich die Gemeinderäte in ausstehliche und unausstehliche einteile, ich kann nur einer Ordnungswidrigkeit ein Ende machen. (GR. Eisinger: Der Rassenantisemit, der in seiner Villa jüdische Mieter hat!)

GR. Dr. Riehl: Das ist natürlich ein Blödsinn! In dem Haus wohnen Juden, die man bekanntlich nach dem Mieterschutz nicht hinausbringt. (GR. Beisser (Soz. Dem.): Und so ein Haus kaufen Sie? - Zwischenrufe bei den Soz. Dem. - Gegenrufe bei den Nat. Soz.) Es ist durchaus ordnungswidrig, dass man in den Gemeindegemeinschaften, und zwar in steigendem Masse, in der Form gewöhnlicher Mietverträge einseitig politisch orientierte Organisationen einmietet.

Was die vorliegenden Subventionen betrifft, so muss die Gemeinde, wenn sie der Messe A.-G. schon eine Subvention bewilligt, darauf Einfluss nehmen, dass die Messe A.-G. tatsächlich der bodenständigen deutschen gewerblichen und industriellen Bevölkerung zugute kommt. Die Gemeinde hätte auch auf die Gestion und Führung der Rettungsgesellschaft Einfluss zu nehmen, um zu verhindern, dass dort fast ausschliesslich jüdische Aerzte und jüdische Angestellte in den höheren Posten beschäftigt werden. (Zustimmung bei den Nat. Soz. - Zahlreiche Zwischenrufe bei den Soz. Dem.) Es kommt sehr häufig vor, dass sich die Gemeinde bei ihren Subventionen gewaltig vergräbt. Bei dem im Militärkasino veranstalteten Wettsingen und Wettgeigen, an dem sich die Gemeinde mit einem ziemlich bedeutenden Betrag beteiligt hat, mussten wir es erleben, dass nicht nur staats-, sondern auch rassenfremde Leute die Preise weggetragen haben. Bei den Subventionen auf dem Gebiete der Kunstpflege ist zu bemerken, dass, wenn eine besonders starke Herabsetzung vorgenommen wurde, sie eine Organisation oder Institution mit wenig oder gar keinen Juden betrifft, während dort, wo entsprechend viel Juden oder sonst einflussreiche Parteigenossen vertreten sind, die Subvention gleich belassen wurde. Dem deutschen Volksgesangsverein

RATHAUSKORRESPONDENZ

XI. Blatt.

Wien, am.....

der sich um die wissenschaftliche Auffindung des alpenländischen Gesanges grosse Verdienste erworben hat, gibt man statt früher 300, jetzt nur 200 Schilling, während der offenbar nur zu Konkurrenz-zwecken arrangierte "Verein für volkstümliche Musikpflege" einen hohen Betrag erhält. Die Genossenschaft der bildenden Künstler Wiens bekommt nur 4.000 S, die Wiener Secession 7.500 S. Zu kritisieren ist auch der viel zu geringe Beitrag für den Wiener Denkbauverein. Der Deutsche Turnerbund, der zur Hebung der Volksgesundheit unendlich viel geleistet hat, erhält nicht nur keine Subvention, sondern man treibt ihm aus reiner Bosheit systematisch die Turnsäle, die er aus früherer Zeit inne hatte, ab. Der Verein "Hauskrankenpflege", der seit vielen Jahren auf diesem Gebiete grossartiges leistet, und vorwiegend arisch geleitet ist, erhält einen Betrag von 2.800 S, der Verein "Distriktskrankenpflege", der ohne die Subvention der Gemeinde wahrscheinlich überhaupt nicht bestehen könnte, 10.000 S. Die unerhörte Höhe Subvention von 35.000 S für den Verband "Jugendheim", der nichts anderes darstellt als die Goldbriefadresse der roten Jugendorganisationen, ist eine geradezu zynisch politische Protektion, die einmal vor dem Staatsgerichtshof des dritten Reiches gehen wird. (Beifall bei den Nat. Soz. - Zahlreiche Zwischenrufe bei den Soz. Dem.) Wenn man schon muss, dass der deutschösterreichische Bühnenverein 15.000 S und die "Wirtschaftshilfe der Arbeiterstudenten Oesterreichs" 6.000 S erhält, so muss man wohl die Frage stellen, wo die Eigenleistungen dieser Organisationen sind. Die Subvention für die sogenannte Wirtschaftshilfe der Arbeiterstudenten Oesterreichs-dieser Arbeiterstudenten sind zu 90 Prozent Juden und keine Arbeiterkinder-ist eine unerhörte Protektion. Auch aus diesem Beispiel ist zu erschen, dass Sie die von der gesamten Bevölkerung aufgebrauchten Steuergelder für rein parteipolitische Aktionen verwenden. Dafür werden wir Sie einmal zur Verantwortung ziehen, weil Ihre Handlungsweise einen Missbrauch des von Ihnen vertretenen Systems bedeutet. (Beifall bei den Nationalsozialisten)

GR. Pichler (nat. soz.) verlangt ebenfalls die Vorlage einer Liste der Vereine, die um eine Subvention angesucht haben und die abgewiesen worden sind. Die Subventionen für das Bildungswesen und für die Wissenschaft sind nach einem ganz einseitigen parteipolitischen Prinzip vergeben worden. Je mehr Tschechen und Juden in einem Verein sind, desto mehr interessieren Sie sich für einen solchen Verein, während Sie Vereine der bodenständigen Bevölkerung nicht berücksichtigen. Der Redner bemängelt, dass die Subvention für die Wiener Urania nur 12.000 Schilling beträgt und dass für die Wiener Juristen und für die Vereinigung Wiener Mediziner, deren Angehörige zumeist östlicher Abkunft sind und von deren Tätigkeit die Öffentlichkeit gar nichts weiss, Subventionen vorgeschon sind. Hingegen haben Sie für den Bund für Volksaufartung und für die österreichische Gesellschaft für Bevölkerungspolitik und Fürsorgewesen sehr wenig Verständnis. Die Subventionsbeträge hierfür sind eine reine Frotzerei. Es ist selbstverständlich, dass wir eine solche Subventionspolitik ablehnen. (Beifall bei den Nationalsozialisten).

GR. Wolkert (nat. soz.) beschäftigt sich hauptsächlich mit den Subventionen für die Bekämpfung des Alkoholismus. Der Arbeiter-Abstinenzbund Oesterreichs soll eine Subvention von 10.000 S erhalten. Die Erfolge des Arbeiter-Abstinenzbundes aber sind sehr geringe. Es ist eine Heuchelei, auf der einen Seite Subventionen für die Alkoholbekämpfung

RATHAUSKORRESPONDENZ

XII. Blatt

Wien, am.....

auszugeben und auf der anderen Seite für das städtische Brauhaus Reklame zu machen. Es wäre viel besser, dem Branntweinschenkern die Konzessionen zu entziehen und keine neuen Konzessionen mehr hinauszugeben. (GR. Schaffhaubt (soz. dem.): Seit 1919 werden keine Konzessionen mehr vergeben!) Schaffen Sie den Arbeitern Arbeit und geben Sie ihnen den entsprechenden Lohn, das ist der beste Kampf gegen den Alkohol! (Zustimmung bei den Nationalsozialisten)

GR. Mühlberger (nat. soz.) erklärt, dass es sehr verwunderlich sei, dass es in der bestverwalteten Stadt eine Gesellschaft zur Bekämpfung der Rauch- und Staubplage gibt, die von der Gemeindeverwaltung subventioniert werden müsse. Was dieser Verein mit der Subvention von 400 Schilling anfangen soll, ist rätselhaft. Die Naturfreunde werden ausreichend subventioniert, ebenso der Hauptverband für Köspersport, der eine kapitalistisch-jüdische Angelegenheit ist. Der Deutsche Turnerbund hingegen bekommt eine Subvention von nur 2000 Schilling, während die Südmark und der Deutschösterreichische Alperverein leer ausgehen. Würden diese Vereine mit den Arierparagraphen brechen, würden sie von Ihnen alle Subventionen erhalten, die sie brauchen. Hinter allen Ihren Handlungen grinst die scheussliche Fratze des Judentums. Der Redner bemängelt, dass die Subventionen für die freiwilligen Feuerwehren herabgesetzt worden sind, und beantragt, die Subventionen für die freiwilligen Feuerwehren in der Höhe des Vorjahres zu belassen. (Beifall bei den Nationalsozialisten).

GR. Jalkotzy (soz. dem.) bemerkt, die Konstatierung des GR. Arnold, dass in der Bundesverwaltung einmal eine andere Subventionspolitik bestanden hat, entspreche den Tatsachen. Die Subventionen beim Bund wurden nämlich gerecht verteilt, solange Hanusch Minister für soziale Verwaltung war. Auch darin hat GR. Dr. Arnold recht, dass sich die Gemeindeverwaltung bemüht, die ihr weltanschaulich nahestehenden Organisationen in ihrer Fürsorgearbeit zu unterstützen. Schliesslich verlangt auch das Gemeindeprogramm der christlichsozialen Partei selbstverständlich dasselbe für ihre Organisationen. In diesem christlichsozialen Programm wird auch planmässiges Zusammenarbeiten der öffentlichen und der privaten Fürsorge verlangt. Sie werden doch nicht meinen, dass unsere Gemeindeverwaltung mit Ihrer privaten Fürsorge zusammenarbeiten soll. Im übrigen wäre uns nichts sympathischer, als mit einer demokratischen Partei in eine Auseinandersetzung über die Subventionspolitik eintreten zu können. Ganz anders liegen die Dinge, soweit es sich um die Nationalsozialisten handelt, die ja in Wirklichkeit Nationalfaschisten sind, aber nicht den Mut haben, sich als solche zu bekennen. Man muss sehr wohl zwischen den Wählern dieser Herrn unterscheiden und den 15 Herren, die hier sitzen. Wir würden nichts sehnlicher wünschen, als dass Ihre Wähler zuschauen könnten, was Sie hier aufführen (Lebh. Zwischenrufe). Wenn ein Redner unserer Partei spricht, haben Sie eine solche Angst, dass Sie nicht einmal zuhören können. Dann kommen Sie mit Ihren tollen Beschimpfungen und zeigen Ihre Kulturhöhe damit, dass einer von Ihnen von den 5 Stunden Gemeinderatssitzung 4 Stunden lang: Kusch Jud! ruft (Lebh. Beifall bei d. Sozialdemokraten. -Andauernde Zwischenrufe.) Es ist sehr möglich, wenn diese Herren vom Faschismus und plötzlich Vorlesungen über Demokratie halten. Drauf verzichten wir (Lebh. Beifall, b. d. Mehrheit). Glauben Sie, wie Sie Ihre Lehren aus Deutschland übernommen haben, ja nicht, dass sich die Dinge hier ebenso wie in Deutschland entwickeln werden. Da werden Sie sich in der österreichischen und namentlich in der Wiener Arbeiterschaft gründlich getäuscht haben. - (Lebh. Beifall b. d. Mehrheit. -Zwischenrufe). Einerseits wollen Sie die Demokratie abwürgen, andererseits wollen

RATHAUSKORRESPONDENZ

XIII. Blatt

Wien, am

Sie aber Subventionen für faschistische Organisationen. Wir werden Ihnen die Macht der Demokratie in diesem Hause noch zeigen (Stürmischer Beifall b.d. Mehrheit) wir werden auch draussen den Kampf gegen den Faschismus führen und Sie werden Ihre Wunder dabei erleben. Subventionspolitik ist eine Frage der politischen Macht und wir wünschen, dass unsere Wähler wissen, wozu sie sozialdemokratisch gewählt haben. Das werden wir unseren Wählern zeigen, wenn Sie auch schreien, ja gerade weil sie schreien (Lebh. Beifall bei der Mehrheit).

Berichterstatter Hess bemerkt in seinem Schlusswort, dass auch die Mehrheit das Bedürfnis hätte, der einen oder anderen Institution eine höhere Subvention zu geben. Das ist aber angesichts der heutigen beengten finanziellen Lage nicht möglich. Es ist auch ein ganz falscher Standpunkt, dass Subventionen öffentlicher Körperschaften für erbrachte Leistungen gegeben werden sollen. Subventionen haben den Zweck zu ermöglichen, dass ein Institution erhalten wird. Der Berichterstatter befasst sich sodann im einzelnen mit den gestellten Abänderungsanträgen und ersucht diese abzulehnen. (Lebh. Beifall bei der Mehrheit).

GR. Beisser (soz. dem.) kommt in einer tatsächlichen Berichtigung auf einen Zwischenruf des GR. Mühlberger zurück, der behauptet hat, er (Beisser) sei Wohnungsschlichter. Ohne sich mit den sonstigen Qualitäten des Herrn Mühlberger beschäftigen zu wollen, stelle der Redner fest, dass das vollständig unwahr ist. Ich habe, sagt Beisser, in keiner wie immer gearteten Form weder als Privatmann noch als Funktionär jemals etwas mit der Vermittlung, Vergebung oder dem Verschachern einer Wohnung zu tun gehabt und der Zwischenruf des Herrn Mühlberger ist daher in jeder Weise eine Unwahrheit.

GR. Dr. Hanke (nat. soz.) wendet sich in einer tatsächlichen Berichtigung gegen eine Bemerkung des Referenten, dass er (der Redner) sich gegen eine Subventionierung von Vereinen ausgesprochen habe und stellt fest, er habe sich gegen die Subventionierung parteimässig gefärbter Vereine gewendet.

Bgm. Seitz: Ich entnehme dem stenographischen Protokoll, dass GR. Dr. Riehl in einer sehr heftigen Auseinandersetzung mit dem GR. Eisinger folgende Aeusserungen gemacht hat: "Dass ist natürlich eine Blödsinnigkeit" "Wegen dieses Narren werde ich mich nicht in eine Diskussion einlassen" "Reden Sie nicht so blöd" An anderer Stelle: "Ich weiss nicht vertritt der Herr den Steinhof, ich glaube, er ist der Vertreter vom Steinhof, sonst könnte er nicht einen solchen Blödsinn zusammenreden". Ich unterlasse es, den GR. Dr. Riehl zur Ordnung zu rufen, da dem stenographischen Protokoll die Stenographen halten sich während der Aufnahme der Reden beim Redner auf die Aeusserungen des GR. Eisinger nicht zu entnehmen sind. Ich nehme an, dass ein akademisch gebildeter Mann zu solchen Aeusserungen, wie sie Dr. Riehl getan hat, nur veranlasst wird, wenn die Aeusserungen des GR. Eisinger auch nicht ganz ohne waren. (Heiterkeit). Ich will also nicht ungerecht sein und unterlasse daher den Ordnungsruf.

GR. Eisinger: Darf ich wiederholen, was ich gesagt habe?

Bgm. Seitz: Nein, ich danke! (Lebhafte Heiterkeit).

Bei der Abstimmung werden sodann die Referentenanträge hinsichtlich der Subventionen angenommen und alle anderen Anträge abgelehnt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

XIV. Blatt.

Wien, am.....

GR. Lötsch (Soz. Dem.) berichtet über die Förderung von Stadtrandsiedlungen durch die Gemeinde. Er führt aus, dass es sich hier um einen ersten ⁰⁰⁰ Versuch handle. Die Gemeinde widmet für die Stadtrandsiedlung 200.000 Quadratmeter hochwertigen Grund in Leopoldau, jeder Siedler erhält ungefähr 2.500 Quadratmeter. Dadurch werden ca. 80 Existenzen geschaffen. Mit der Durchführung der Aufgabe ist die "Gosiba" betraut, die ihren fachmännischen Rat zur Verfügung zu stellen hat und für die ihr erwachsenden Kosten eine kleine Entschädigung erhält. (Beif. bei den Soz. Dem.)

GR. Ullreich (Chr. Soz.) weist darauf hin, dass am 23. April, einen Tag vor der Neuwahl des Gemeinderates, in der Arbeiterzeitung mitgeteilt wurde, dass die Gemeinde Wien eine Aktion auf dem Gebiete der Innenkolonisation unternommen werde, die einigen Tausend Arbeitslosen die Ansiedlungsmöglichkeit bieten werde. Jetzt sind es nur mehr 80 geworden. In der periodischen Zeitschrift der sozialdemokratischen Wiener Organisation wird erzählt, dass die Gemeinde in den Jahren 1919 bis 1931 über 25 Millionen Quadratmeter Grundfläche angekauft habe. Da wird man es den Siedlern sehr schwer erklären können, dass man für eine Stadtrandsiedlung jetzt nur 200.000 Quadratmeter zur Verfügung hat. Wenn man bedenkt, dass die einzelnen Parzellen im Höchstausmass 2.500 Quadratmeter betragen dürfen, so muss man sagen, dass hier nicht eine Erwerbslosensiedlung, sondern eine grössere Schrebergartenanlage geschaffen wird. Wenn die Gemeinde den Leuten ernstlich helfen wollte, müsste sie auf die 2% ige Verzinsung des Darlehens verzichten und die Frist für die Rückzahlung des Darlehens verlängern. Zu bemängeln ist auch die Heranziehung der Gosiba als Treuhänderin. Uns erscheint diese Aktion nicht als ein verheissungsvoller Anfang, sondern wir finden im Gegenteil eine Menge von Fragen, die man anders und besser hätte lösen können.

Der Redner beantragt, die dem einzelnen Siedler zugewiesene Grundfläche mit mindestens 2.500 Quadratmetern zu bemessen und die Frist für die Rückzahlung des Darlehens von 13 auf 25 Jahre zu verlängern. (Beif. bei den Chr. Soz.)

Stadträtin Dr. Motzko (Chr. Soz.) erklärt, die Vorgeschichte zu dem vorliegenden Antrag sei, dass zwei Menschen 70.000 Schilling für eine Vollsiedlung bereitstellen wollten und bereitstellen wollen. Es soll eine Reihe von grossen Siedlungsstellen angelegt werden und jede einzelne Siedlungsstelle soll rund 10.000 Quadratmeter umfassen. Der errechnete Ertrag würde ausreichen, um einer Familie ein bescheidenes Leben zu ermöglichen. Der Herr Magistratsdirektor hat für dieses Anbot mit dem Hinweis darauf gedankt, dass die Ländler, die mehr Boden haben, dieses Experiment machen sollen. Diese Antwort ist wirklich nicht zu verstehen und wir müssen verlangen, dass über die ganze Angelegenheit die Akten nicht geschlossen werden. Die Rednerin spricht dann eingehend über die Frage der Bodennutzung und erklärt, dass die Bedeutung der Frage der Schaffung von kleinen, selbstverantwortlichen Existenzen nicht verkannt werden dürfe. Die Bodennutzung müsse in jene Richtung gedrängt werden, die in der Autarkie unserer Wirtschaft gelte. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Bodennutzung ist die Bodenaufschliessung, die von der derzeitigen Gemeindeverwaltung bisher immer schwer versäumt wurde. Die Rednerin wendet sich

RATHAUSKORRESPONDENZ

XV. Blatt.

Wien, am

dagegen, dass mit der Durchführung und Organisation der Stadtrand-siedlung die "Gesiba" betraut werde und erklärt, dass die Geschäfte, die die Gemeinde mit der "Gesiba" macht, bedeutend teurer sind als Geschäfte mit privaten Firmen. Aus diesem Grunde stimme die christlich-soziale Fraktion für den ersten Teil des Antrages, sie lehne aber den zweiten Teil des Antrages, der die Durchführung und Organisation der Gesiba trägt, ab. Schliesslich stellt die Rednerin den Antrag, mit dem Studium und der Durchführung der Bodennutzung als Existenz-hilfe für Ausgesteuerte einen Ausschuss zu betrauen, der aus Vertretern der Gemeinde Wien, der Ministerien für Landwirtschaft und Handel, der Gewerkschaftszentralen aller Richtungen und von Vertreterinnen von Hausfrauenorganisationen bestehen soll. (Lebh.bei den Chr.Soz.)

GR. Gratzenberger: erklärt, dass seine Partei werde für den Antrag stimmen, da sie als sozialistische Partei und als Kämpferin für die Eigenheimbewegung jede Siedlungstätigkeit unterstütze. Der Redner bezeichnet die für diesen Zweck zur Verfügung gestellte Summe als zu gering, verlangt eine Erhöhung des Ausmasses der Grundfläche und spricht sich gegen die Übertragung der Aktion an die Gesiba aus. Er beantragt, die Pachtzeit von 15 auf mindestens 30 Jahre zu verlängern, den vorgesehenen Betrag von 100.000 auf 600.000 S zu erhöhen und weiters beantragt er, dass die Gemeinde die Herstellung und Instandhaltung der Zufahrtswege und die Herstellung der Lichtanlage und Wasserleitung bis zu den Parzellen zu übernehmen hat. (Lebh.Beif.bei den Nat.Soz.)

Nach dem Schlusswort des Referenten Löttsch wird der Referentenantrag angenommen, die anderen im Laufe der Debatte gestellten Anträge abgelehnt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Es folgt die Verhandlung der Dringlichkeitsanträge.

In einem Dringlichkeitsantrag der GR. Stöger und Kollogen wird verlangt, dass von der geplanten Auflassung der Mädchenvolks-schule XX., Greisoneckerstrasse abgegangen werde. (chr.soz.)

GR. Stöger bezeichnet die Schule in der Greisoneckerstrasse als die modernste der in Betracht kommenden drei Schulen und spricht die Vermutung aus, dass diese Schule nur deshalb aufgelassen werden soll, weil die Elternvereinigung dort zum überwiegenden Teil christlichsozial ist. Er wendet sich gegen den Bezirksvorsteher des XX. Bezirks, der gegen die Elternschaft in unglaublicher Weise vorgeht und seine politische Einstellung zur Schulfrage auch dahin dokumentiert habe, dass er auf dem Schulgebäude eine rote Fahne hissen liess. (Lebh.Beif.bei den Chr.Soz.)

Dem Antrag wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

Bgm.Seitz erklärt, er habe vom Bezirksvorsteher Ehengl die Auskunft erhalten, dass unterdessen Amtsführung niemals eine rote Fahne gehisst worden sei. Die übrigen Beschwerden werde er durch den Stadtschulrat überprüfen lassen.

GR.Dr.Arnold (chr.soz.) fordert in einem Dringlichkeitsantrage die Aufhebung der im Jahre 1931 erlassenen Richtlinien über die Gewährung von Pflegebeiträgen. In der Begründung führt der Antragsteller aus, dass von der herrschenden Partei, die immer behauptet, demokratisch zu sein, demokratische Einrichtungen aufgehoben werden, um gewisse Sparmassnahmen durchführen zu können, die sie mit Hilfe der

RATHAUSKORRESPONDENZ

XVI. Blatt

Wien, am.....

gewählten Fürsorgeräte nicht durchführen könnten. Auf Grund der Instruktionen werden ständig arme Teufel abgewiesen und im Stadtsenat worden hunderte von Rekursen abschlägig beschieden. Die gewählten Fürsorgeräte dürfen keine ziffernmässigen Anträge stellen. Selbst sozialdemokratische Mandatäre aus verschiedenen Bezirken hätten sich an den Redner um Beifall und Christlichsozialen Abhilfe gewendet (Hört Hört bei den Sozialdemokraten.)

St. R. Prof. Dr. Tandler erklärt, dass diese Richtlinien mit den Rekursen überhaupt nicht zu tun haben, weil fast niemals ein Rekurs gegen eine Pflegebeitragsverweigerung einläuft. Für ihn und für den Gemeinderat sei in dieser Angelegenheit nur eines dringlich, die Bewilligung der notwendigen Zuschusskredite, die das Resultat der ihm vorgeworfenen Sparsamkeit bedeuten (Beifall bei der Mehrheit).

Die Dringlichkeit des Antrages wird abgelehnt.

Die Gemeinderäte Rotter, Mühlberger und Genossen verlangen in einem Dringlichkeitsantrage: Der Gemeinderat erhebt sich zur Ehrung des Andenkens der am 15. Juli ermordeten Sicherheitsbeamten von den Sitzen; den versorgungsberechtigten Hinterbliebenen, der am 15. Juli/ermordeten Sicherheitswachbeamten wird eine einmalige Ehrengabe von je hundert Schilling bewilligt, Die bei den Ausschreitungen am 15. Juli verwundeten Sicherheitswachbeamten, die sich heute noch am Leben befinden, werden in Anerkennung ihrer besonderen Verdienste zu Ehrenbürgern ernannt (Lachen bei der Mehrheit und lärmende Zwischenrufe bei den Nationalsozialisten).

GR. Rotter (nat. soz.) bemerkt in Begründung der Dringlichkeit der Anfrage, kein Tag sei für die Ehrung der vor fünf Jahren gefallenen Polizisten so geeignet wie der heutige (Stürmische Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten; Stürmische Rufe: Ihr Arbeitermörder und andauernde Rufe: Der Kommunist Mühlberger! - Andauernde Gegenrufe bei den Nationalsozialisten. Grosser Lärm) Gerade heute vor 5 Jahren wurde dieses schandliche Verbrechen begangen (Stürmische Rufe bei den Sozialdemokraten: Sehr richtig) Es ist dringlich, dass gerade in der heutigen Sitzung über den Antrag gesprochen wird (Neuerliche stürmische Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten. - GR. Beisser: Sie Leichenschänder! Sie Arbeitermörder. - GR. Papanek Der Kommunist Mühlberger! - GR. Jalkotzy: Wo war der Mühlberger am 15. Juli! - GR. Beisser: Herr Mühlberger, das Lockspitzel! - Stürmische andauernde Zwischenrufe und Gegenrufe bei den Nationalsozialisten. - Grosser Lärm). Es gibt anständige Menschen.... (Stürmische Rufe bei den Sozialdemokraten: Das seid Ihr nicht!)... und es gibt solche, die für einen solchen Antrag kein Verständnis haben (GR. Beisser: Ihr seid noch heute Arbeitermörder.. Der Mühlberger der Gesinnungslump. - GR. Mühlberger: Sie gemeiner Hund! Sie Dreckkerl! Andauernde Zwischenrufe) Am 15. Juli 1927 hat sich die marxistische Bestie auf anständige Menschen, die ihr Leben für die Wiener Bevölkerung in die Schanze schlagen, gestürzt und sie viehisch behandelt. (Andauernde Lärm.) Die Gemeinde hat heute Gelegenheit die Schuld, die sie damals auf sich geladen hat, zum Teil abzutragen. Lassen Sie diese Gelegenheit nicht vorbeigehen (Lachen bei der Mehrheit. - GR. Pokorny: Es ist eine Schande, dass Sie so etwas vorbringen!) GR. Rotter beantragt, seinem Antrage die Dringlichkeit zuzuerkennen und sich zu Ehren der gefallenen Kameraden von den Sitzen zu erheben. (Die nationalsozialistischen Gemeinderäte erheben sich von den Sitzen, heben die Hand hoch und rufen: Heil! (Stürmische Pfuirufe bei den Sozialdemokraten und andauernde Rufe bei den Sozialdemokraten: Der Kommunist Mühlberger! - GR. Wagner: Die politischen Geschäftemacher! Die Lumpen! (Stürmische andauernde Zwischenrufe. - Grosser Lärm.) Dem Antrag wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

XVII. Blatt.

Wien, am

Nunmehr gelangt der Dringlichkeitsantrag Rotter und Dr. Riehl zur Verhandlung. Der Antrag verlangt, für die Unterbringung von wohnungslosen Wachbeamten und für die unzulässig wohnenden Wachbeamten entsprechende Weisungen an die Verwaltungsgruppe IV zu erlassen.

(Zwischenrufe bei den Soz. dem.: Ihr führt eine Komödie auf! - Ihr braucht das für eure demagogische Agitation! - Gegenrufe bei den Nat. Soz.: - andauernder grosser Lärm.

GR. Reismann

ruft dem GR. Griessler zu: Ein Lausbub sind Sie! GR. Griessler: Kommen Sie hinaus! GR. Reismann: Jeder, der uns Bluthand nennt, hört von uns die Beschimpfung Lausbub!

Bg. Seitz: Herr GR. Reismann, ich rufe Sie zur Ordnung.

GR. Griessler: Ein Folgling sind Sie, Herr Reismann!

BG. Seitz: Herr GR. Griessler, ich rufe Sie zur Ordnung!

Im Saale herrscht ununterbrochen Lärm.

Die chr. soz. Fraktion ^{reklamiert} einen Ordnungsruf für GR. Wagner.

GR. Wagner: Ja, Hetzpfaffe habe ich gesagt!

Bg. Seitz: Herr GR. Wagner, ich rufe Sie zur Ordnung!

Der Lärm flaut ab und Bg. Seitz gibt die weiteren Punkte des in Verhandlung stehenden Dringlichkeitsantrages bekannt. Es wird von Stadtrat Weber ein Bericht verlangt, wieviele Ostjuden, Juden überhaupt, Tschechen und andere Wohnwagen in den Gemeindecubauten erhalten haben und wieviel Sicherheitswachbeamte. Weiters wird verlangt, dass für Sicherheitswachbeamte Wohnungen frei zu machen sind.

Unter grossem Lärm begründet GR. Rotter die Dringlichkeit. Er verweist auf eine am 8. Juli stattgefundene Pressebesprechung wegen Unterbringung von wohnungslosen oder unzulänglich wohnenden Sicherheitswachbeamten. Im Wohnungsamt werde den Sicherheitswachbeamten erklärt, wenn sie nicht bei der Sicherheitswache wären, würden sie eine Wohnung bekommen. Ihnen wird ^{auch} erklärt, sie würden unterkommen, wenn sie Kinder hätten. Dagegen werden in anderen Gemeindebauten sehr viele kinderlose Familien, allerdings mosaischer Konfession, untergebracht. Der Redner verliest eine Liste von solchen jüdischen Mietern eines Gemeindehauses und wird hierbei von stürmischen Schlussrufen der Sozialdemokraten unterbrochen.

Bgm. Seitz ruft den GR. Gratzenberger wegen des Ausrufes "drockiger" (Saujud, zur Ordnung) . Ebenso weist er eine auf sozialdemokratischer Seite erfolgte Beschimpfung des GR. Mühlberger als eines Gesinnungslumpen zurück und er erklärt, er werde den betreffenden Zwischenrufer feststellen lassen. Dem GR. Rotter fordert er auf, denjenigen Beamten des Wohnungsamtes zu nennen, der erklärt habe, dass Sicherheitsbeamte keine Wohnung in Gemeindehäusern bekommen, dieser Beamte werde wegen dieser absolut ungehörigen Bemerkung zur Verantwortung gezogen werden.

St. R. Weber:/ erklärt, dass die dem Wohnungsamt zur Verfügung stehenden Wohnung auf alle Bevölkerungsschichten gleichmässig verköhlt werden. Gegen die niederträchtige Lüge, dass Sicherheitswachbeamte keine Wohnung bekommen, habe er sich schon gelegentlich schriftlich gewendet.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

In einem weiteren ^{Dringlichkeits-} Antrag Pichler und Genossen wird die Ermässigung des Strom- und Gaspreises für ausgesteuerte Arbeitslose um 50 Prozent für sonstige Arbeitslose um 25 Prozent verhängt. Die Deckung des

RATHAUSKORRESPONDENZ

XVIII. Blatt

Wien, am _____

Ausfall es soll durch eine 5prozentige Erhöhung des Strom- und Gaspreises derjenigen Konsumenten erfolgen, die eine Einkommenssteuer von mindestens 5 Prozent entrichten.

GR. Pichler (nat. sez.) bemerkt, die Gemeinde könne mit diesem Antrag einen grossen Teil der Schuld abtragen, die sie an dem Elend der Arbeitslosen hat.

St. R. Breitner teilt als Vertreter des Viehwürgermeisters Emmerling mit, dass die Gas- und Elektrizitätswerke schon vor geraumer Zeit eine Erhebung des Standes der Konsumenten nach dem Gas- und Stromverbrauch angeordnet haben. Es ist selbstverständlich ausserordentlich schwierig, die Einkommens- und Beschäftigungsverhältnisse der über 640.000 Strom- und der 500.000 Gasabnehmer festzustellen. Bekanntlich hat sich die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung zum Grundsatz gemacht, an den Lasten des Gemeinwesens vor allem die Leistungsfähigen heranzuziehen und die Besitzlosen zu schonen. Wenn ein abgestufter Tarif eingeführt wird, so nur in der Form, dass ein gewisser bescheidener Mindestkonsum zu einem billigen Preis berechnet wird.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

In einem Dringlichkeitsantrag Schaffer und Dr. Richl wird eine Überprüfung der seit dem Jahre 1930 erfolgten Versetzungen von Strassenbahnbediensteten, die Rückgängigmachung der aus dienstlichen Gründen erfolgten Versetzungen, verlangt, weiters Erleichterungen für solche Strassenbahnbedienstete, deren Wohnung ^{in zu grosser Entfernung von} ~~in~~ ^{ihren Betriebsbahnhof} liegt, es wird gefordert, dass die Vertrauensmänner unverzüglich zum normalen Dienst heranzuziehen sind, dass ihre Stellung mit keinerlei Vorteilen verbunden sein darf.

GR. Schaffer (nat. sez.) bemerkt, dass es sich in den meisten Fällen bei den Versetzungen um Terrorakte an nicht sozialdemokratischen Strassenbahnern handle. Bei solchen Schaffnern, die in zu grosser Entfernung von ihrem Betriebsbahnhof wohnen, müsste schon aus Sicherheitsgründen die Anweisung einer Wohnung in der Nähe des Bahnhofs verfügt werden.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt. Es gelangt ein Dringlichkeitsantrag des GR. Hölzl zur Verhandlung, der verlangt, dass ein Beamter wegen Verletzung seiner dienstlichen Verschwiegenheitspflicht zur Verantwortung zu ziehen ist. Es handelt sich um die im Sinne der Wahlordnung zusammengestellte Parteiliste, die von 100 wahlfähigen Personen unterschrieben werden muss, deren Namen der Beamte preisgegeben haben soll. Der Bürgermeister macht den Antragsteller aufmerksam, dass der Antrag etwas Ungesetzliches verlange. Nach der Wahlordnung seien die Parteilisten zu veröffentlichen, es sei ein öffentliches Verfahren vorgesehen. Wenn ein Beamter eine ungesetzliche Handlung begangen haben sollte, müsse ihm der Name des Beamten bekanntgegeben werden. GR. Hölzl sagt in der Begründung seines Antrages, der Beamte habe Personen, die eine Parteiliste unterschrieben haben, eingeladen und ihnen deswegen Vorhalte gemacht. Dieser Vorgang sei ungesetzlich, worauf Bürgermeister Seitz erwidert, dass ihm in diesem Falle der Name des Beamten bekanntgegeben werden müsse. Die Dringlichkeit wird abgelehnt und es gelangt der Dringlichkeitsantrag des GR. Gratzenberger, der unter anderem die Aufhebung aller Unternehmungen der Gemeinde und der Unternehmungen, an denen die Gemeinde irgendwie beteiligt ist, verlangt, die das heimische Gewerbe schädigen, zur Verhandlung. In der Begründung der Dringlichkeit verweist der Antragsteller unter anderem darauf, dass Gasrohre französischer Herkunft verwendet werden, worauf Bürgermeister Seitz erwidert, dass die strenge Norm bestehe, nur Inlandsware zu verwenden, nur wenn keine Inlandsware vorhanden ist, dürfe eine Auslandsbestellung gemacht werden. In jedem einzelnen Falle müsse ihm darüber berichtet werden. Die Dringlichkeit wird abgelehnt. Es liegt ferner das Ersuchen vor, 4 Anfragen, deren schriftliche Beantwortung bereits erfolgt ist, samt der schriftlichen Beantwortung in der heutigen Sitzung zu verlesen. Es sind das die Anträge Weikert, wegen der Vorfälle im Fürsorginstitut XIII., Dr. Richl wegen Verwertung der Gründe des Bürgerversorgungshauses, Scholz wegen der Staubplage am Margareten-gürtel und Dr. Richl über die Anstellung von Ärzten. Nach einer Begründung der Notwendigkeit der Verlesung durch die Antragsteller wird beschlossen, die Verlesung der Anfragen und deren Beantwortung in der Gemeinderatssitzung nicht vorzunehmen.

Schluss der Sitzung 12 Uhr.
Bogenabfertigung 12 Uhr 01.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 197
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 16. Juli 1932.

Sitzungen im Rathaus.

In der kommenden Woche tritt am Dienstag um 10 Uhr vormittags die Wiener Landesregierung zu einer Sitzung zusammen. Anschliessend an die Sitzung der Landesregierung hält der Wiener Stadtsenat Sitzung.

Rinder- und Schweinetransporte für den Wiener Zentralviehmarkt in St. Marx.

Um die in grosser Anzahl kurz vor Marktbeginn angelieferten Rinder und Schweine der vorgeschriebenen amtstierärztlichen Untersuchung zuführen zu können, hat die Wiener Landesregierung eine Kundmachung erlassen, wonach alle Rinder und Schweine, die mit Kraftwagen, Fuhrwerken oder im Fusstrieb auf den Zentralviehmarkt in St. Marx herangebracht werden, ob sie nun "für den Markt" oder "ausser Markt" bestimmt sind, spätestens am Vortage des Hauptmarktes eingebracht werden müssen. In der Zeit vom 1. April bis Ende September haben diese Transporte bis längstens 19 Uhr und vom 1. Oktober bis 31. März bis 17 Uhr, auf jeden Fall aber vor Eintritt der Dunkelheit einzutreffen. Transporte, die am Markttage oder nach der festgesetzten Zeit eintreffen, werden zurückgewiesen. Diese Kundmachung tritt am 22. Juli 1932 in Wirksamkeit.

Verkauf von medizinischen Gebrauchsgegenständen.

Stadtrat Professor Dr. Tandler bittet um Veröffentlichung folgender Zeilen: Zu den vielen Schwindlern, die heute mit allen möglichen medizinischen Gebrauchsgegenständen in Wien hausieren gehen und mich mit diesen Gegenständen oder deren Verkauf irgendwie in Zusammenhang bringen, hat sich in der letzten Zeit eine Frau gesellt, die mit Miedern hausieren geht und erklärt, dass ich an diesem Verkauf beteiligt sei. Es handelt sich auch in diesem Falle um eine Schwindlerin und ich bitte jedermann, diese Frau, wenn sie mit Berufung auf mich ein Mieder oder einen anderen Gegenstand anbietet, sofort der Polizei zu übergeben.

Stadtrat Professor Dr. Tandler.

Schliessung der Stadtbibliothek.

Die Stadtbibliothek bleibt wie alle Jahre vom 15. Juli bis 13. August gesperrt. Der Lesesaal ist an Nachmittagen erst ab 15. September wieder geöffnet.

Spenden.

Der Elternverein an der Mädchenhauptschule auf der Landstrasse, Dietrichgasse 36, hat aus gemeinsamen Mitteln, die von Eltern und vom Lehrkörper aufgebracht worden waren, ein Klavier im Werte von 1.000 Schilling und einen Skioptikonapparat im Werte von 700 Schilling gespendet. Die Elternvereinigung an der Knabenhauptschule in der Leopoldstadt, Schwarzingergasse 4, hat ein Epidiaskop samt Zubehör im Werte von 1.050 Schilling und einen Schweighoferflügel im Werte von 1.150 Schilling der genannten Schule gewidmet. Der Bürgermeister hat in der letzten Sitzung des Gemeinderates den Spendern den Dank ausgesprochen.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.

In Hietzing sind die Wlassakgasse, Löfflergasse und Josef Listergasse mit elektrischer Beleuchtung ausgestattet worden. Die Installationsarbeiten sind nunmehr beendet; die elektrische Beleuchtung wird daher in diesen Strassenzügen in den nächsten Tagen in Betrieb genommen werden.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

198

Wien, am 18. Juli 1932.

Marktamtsdirektor Winkler in den Ruhestand getreten.

Vor einigen Tagen ist Marktamtsdirektor Anton Winkler aus dem aktiven Dienst geschieden. Er stand seit 1892 im Dienste der Gemeinde Wien. Als junger Beamter war Winkler zunächst der Marktamtsdirektion und später der Abteilung Zentralviehmarkt zugeteilt. 1901 wurde er mit der Leitung des Futtermitteldienstes auf dem Zentralviehmarkt, 1912 mit der Leitung der Marktamtsabteilung Leopoldstadt und 1917 mit der Leitung der Marktamtsabteilung auf dem Zentralviehmarkt betraut. Nach kurzer Dienstleistung auf dem Zentralviehmarkt wurde Winkler in die Marktamtsdirektion berufen und am 8. Juli 1919 zum Marktamtsdirektor ernannt. Seine Amtsführung war durch Energie und Umsicht gekennzeichnet. Marktamtsdirektor Winkler organisierte vor allem in wirksamer Weise die marktämtliche Lebensmittelkontrolle. Der Gemeinderat der Stadt Wien hat in seiner letzten Sitzung Marktamtsdirektor Winkler anlässlich des Scheidens aus dem aktiven Dienst in Würdigung der vierzigjährigen vorzüglichen Dienstleistung den Dank und die Anerkennung ausgesprochen.

Jubilare der Ehe.

In der vorigen Woche feierten die Ehepaare Georg und Johanna Broschek, Franz und Theresia Johanna Buzek, Wenzel und Maria Hofmann, Ferdinand und Josefa Lischka und Johann und Anastasia Zenaty das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien amtsführender Stadtrat Honay in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

432 Ausrückungen der Feuerwehr im April.

Nach einem Bericht der Magistratsabteilung für Statistik führte die Wiener städtische Berufsfeuerwehr im vergangenen April 432 Ausrückungen durch; das sind um 30 Ausrückungen mehr als im März dieses Jahres und um 45 Ausrückungen mehr als im April 1931. Von den 432 Ausrückungen im vergangenen April erfolgten 97 zu Bränden.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.

In der nächsten Zeit werden in Hietzing die Sanatoriumsgasse, Teile der Dehnegasse, die Pansingergasse und die Gasse "An der Niederhaid" und in Währing die Gersthoferstrasse, Wielemanngasse und die Kreuzgassenbrücke mit elektrischer Beleuchtung eingerichtet. Die Aufträge zur Durchführung der notwendigen Installationsarbeiten sind vom Magistrat bereits vergeben worden.

Die Wiener Schlichtungsstellen im April 1932.

Wie die Magistratsabteilung für Statistik berichtet, langten im April dieses Jahres 1.186 Anträge auf Schlichtung von Streitfällen bei den Schlichtungsstellen der magistratischen Bezirksämter ein. Im Berichtsmonate wurden 1.133 Anträge erledigt und Instandhaltungskosten im Betrage von 36.820 Schilling bewilligt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 199
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 19. Juli 1932.

Die Wiener städtischen Unternehmungen.

Vorläufiger Geschäftsbericht über das Jahr 1931.-Auswirkungen der Wirtschaftskrise.

Die Wiener städtischen Unternehmungen haben dem Gemeinderatsausschuss für die städtischen Unternehmungen in dessen letzter Sitzung einen vorläufigen allgemeinen Geschäftsbericht über das Jahr 1931 vorgelegt. Aus dem Berichte kann man entnehmen, dass die furchtbare Wirtschaftskrise sich natürlich auch bei den städtischen Unternehmungen ausgewirkt hat. Die Senkung des Lebensstandards der Bevölkerung, die ungeheure Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohnsenkungstendenzen zwingen die Menschen zu den allergrössten Einschränkungen. So kann es nicht Wunder nehmen, wenn sich da und dort Senkungen des Konsums ergeben. Trotz Krise haben aber einzelne Unternehmungen im Vorjahre günstiger abgeschnitten als im Jahre 1930.

Die städtischen Gaswerke haben im Jahre 1931 insgesamt 330.221.068 Kubikmeter Gas abgegeben; da im Jahre 1930 320.187.710 Kubikmeter Gas abgegeben worden waren, ist somit der Gasverbrauch gegenüber 1930 um mehr als 3 Prozent gestiegen. Der Bericht führt für das Vorjahr 1779 neue Zuleitungen gegenüber 2272 im Jahre 1930 an. Auch die Zahl der neuen Gasmesseranschlüsse ist im Vergleich zum Jahre 1930 etwas gesunken; während im Jahre 1930 noch 19.945 Neuanschlüsse durchgeführt worden waren, waren es im Vorjahre bloss 19.777. Bedacht muss dabei freilich werden, dass nahezu alle Wohnungen Wiens bereits mit Gas versorgt sind. Während am 31. Dezember 1930 482.544 Gasmesser in Verwendung gestanden waren, waren es am 31. Dezember des Vorjahres 497.737, also um 15.193 mehr. Eine Senkung zeigt sich beim Verkauf von Gasgeräten. Im Jahre 1930 wurden 12.332 Geräte, im Jahre 1931 bloss 8.470 Geräte verkauft. Dagegen wurden im Vorjahre 5.884 Koksöfen, im Jahre 1930 jedoch nur 5.741 Koksöfen von den städtischen Gaswerken verkauft. Eine wesentliche Steigerung zeigt sich beim Koksverkauf der städtischen Gaswerke; offenbar ist diese Steigerung auf den frühen Kälteeinbruch, auf die Devisensperre und auf die Angst vor Brennstoffmangel zurückzuführen. Während nämlich im Jahre 1930 2.878.803 Zentner Koks verkauft worden waren, wurden im Vorjahre um nahezu 900.000 Zentner mehr, nämlich 3.735.879 Zentner Koks verkauft. Ausserdem wurden im Jahre 1931 insgesamt 311.271 Zentner Teer, 61.002 Zentner Benzolkohlenwasserstoffe und 19.013 Zentner Ammoniak verkauft; für das Jahr 1930 wird der Verkauf von 315.520 Zentnern Teer, 59.984 Zentnern Benzolkohlenwasserstoffe und 18.582 Zentnern Ammoniak ausgewiesen. Am 31. Dezember 1931 waren in Wien 18.624 Gasflammen der öffentlichen Strassenbeleuchtung in Betrieb, am 31. Dezember 1930 waren es noch 19.896. Die Verminderung ist auf die stetige Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung zurückzuführen.

Aus dem Berichte der städtischen Elektrizitätswerke ergibt sich bei der Summe der Stromerzeugung der Kraftwerke und des Fremdstrombezuges gegenüber dem Jahre 1930 eine Senkung um 3'7 Prozent, nämlich von 561.559.966 Kilowattstunden auf 540.582.171 Kilowattstunden. Während der Anteil der Wasserkräfte an Stromerzeugung und Strombezug im Jahre 1930

erst 30'6 Prozent betragen hatte, betrug dieser Anteil im Vorjahre bereits 58'4 Prozent. Es ist also bereits im Vorjahre weit mehr als die Hälfte des von den städtischen Elektrizitätswerken erzeugten oder bezogenen Stromes durch Wasserkräfte erzeugt worden. Von den im Jahre 1930 von den städtischen Elektrizitätswerken erzeugten Strom waren noch 26'7 Prozent mit ausländischer Kohle erzeugt worden; im Jahre 1931 sank die Stromerzeugung mit ausländischer Kohle bereits auf 10'3 Prozent der Gesamtstromerzeugung. Das Wiener

RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Blatt

Wien, am

_____ einen Zuwachs

Stromleitungsnetz der Elektrizitätswerke hatte im Vorjahre von 62'9 Kilometern Kabel mit einem Kupfergewicht von 134'4 Tonnen und 10 Kilometern Freileitung mit einem Kupfergewicht von 4'6 Tonnen. Auch die Zahl der Hausanschlüsse zeigt gegenüber 1930 eine erhebliche Steigerung; es wuchsen nämlich im Vorjahre 1.010 Hausanschlüsse zu. Im Ueberlandnetz der städtischen Elektrizitätswerke weist der Bericht über das Jahr 1931 ebenfalls einen Zuwachs auf; er beträgt 0'5 Kilometer Kabel, 27'8 Kilometer Freileitung und 124 Hausanschlüsse. Erfreulich ist auch der Ausbau der öffentlichen elektrischen Beleuchtung; während im Jahre 1930 insgesamt 1.631 Strassenzüge, 194 Plätze, 39 Brücken, 21 Siedlungsanlagen, 109 Gehwege, Stiegen und öffentliche Höfe und 21 Parkanlagen elektrisch beleuchtet waren, waren es im Vorjahre 1.753 Strassenzüge, 214 Plätze, 39 Brücken, 23 Siedlungsanlagen, 209 Gehwege, Stiegen und öffentliche Höfe und 30 Parkanlagen. Auf 771 Kilometern Strassenlänge standen im Vorjahre 26.480 Lampen der öffentlichen elektrischen Strassenbeleuchtung mit einem Anschlusswert von 5.725 Kilowatt in Verwendung; die entsprechenden Zahlen für das Jahr 1931 sind: 737 Kilometer Strassenlänge und 24.644 Lampen mit einem Anschlusswert von 5.394 Kilowatt. Es ergibt sich also bei der Zahl der in der öffentlichen elektrischen Strassenbeleuchtung verwendeten Lampen eine Steigerung um 7 Prozent, bei dem Anschlusswert eine Steigerung um 6 Prozent gegenüber 1930. Der Bericht über die Anschlusstätigkeit weist einen Zuwachs von 19.345 Anlagen mit einem Anschlusswert von 26.182'6 Kilowatt aus; die Zahl der Anlagen am 31. Dezember 1931 betrug insgesamt 646.382. Während im Jahre 1930 28.571 Elektrizitätszähler neu aufgestellt worden waren, wurden im Vorjahre 26.857 Zähler neu aufgestellt. Bei Berücksichtigung der Abmontierungen und des Umtausches ergibt sich ein Zuwachs von 19.275 Zählern gegenüber einem Zuwachs von 21.212 Zählern im Jahre 1930. Am 31. Dezember 1930 standen 625.366, am 31. Dezember des Vorjahres 644.641 Elektrizitätszähler in Betrieb. Gesunken ist gegenüber 1930 die Zahl der verkauften Motore und die Zahl der an das Netz neu angeschlossenen Heisswasserspeicher.

Der Bericht der städtischen Strassenbahnen weist gegenüber 1930 fast durchwegs Abnahmen, nur im Autobusbetrieb Steigerungen auf. Strassenbahn und Stadtbahn beförderten im Vorjahre insgesamt 571.306.848 Fahrgäste, um 30.520.377 Fahrgäste oder um 5'1 Prozent weniger als im Jahre 1930. Insgesamt wurden im Vorjahre 426.984.333 Einzelfahrscheine, davon 253.296.513 durch die Schaffner und 173.687.820 im Vorverkauf, verkauft; gegenüber 1930 bedeutet das bei der Zahl der verkauften Einzelfahrscheine insgesamt einen Rückgang um 4'9 Prozent, beim Schaffnerverkauf einen Rückgang um 5'2 Prozent und beim Vorverkauf einen Rückgang um 4'4 Prozent. Von den 571.306.848 im Vorjahre beförderten Fahrgästen benützten 144.322.515 Zeitkarten; davon entfielen 83.386.539 auf Netzkarten und 60.935.976 auf Streckenkarten; auch hiebei ergibt sich gegenüber 1930 ein Rückgang um rund 5'5 Prozent. Im Jahre 1931 standen bei Strassenbahn und Stadtbahn täglich durchschnittlich 2.796 Wagen in Betrieb, um 2'7 Prozent weniger als nach dem Tagesdurchschnitt des Jahres 1930; auf die Strassenbahn entfielen im Vorjahre täglich durchschnittlich 2.532 Wagen - Abnahme gegenüber 1930 2'4 Prozent -, auf die Stadtbahn 264 Wagen - Abnahme gegenüber 1930 6 Prozent. Auch die Zahl der Nutzkilometer der Personanwagen ist gegenüber 1930 wesentlich gesunken, und zwar bei der Strassenbahn und Stadtbahn zusammen um 4'3 Prozent, bei der Strassenbahn allein um 4'6 Prozent und bei der Stadtbahn allein um 2'5 Prozent. Insgesamt betrug die Zahl der Nutzkilometer der Personenwagen im Vorjahre bei der Strassenbahn 124.499.500, bei der Stadtbahn 21.542.544, zusammen also 146.042.044 Nutzkilometer. Ein ähnli-

RATHAUSKORRESPONDENZ

III. Blatt

Wien, am.....

ches Bild ergibt sich beim Stromverbrauch, der bei der Strassenbahn 78.178.918 Kilowattstunden - Abnahme gegenüber 1931 1 Prozent -, bei der Stadtbahn 13.722.977 Kilowattstunden - Abnahme 0'6 Prozent -, zusammen 91.901.895 Kilowattstunden - Abnahme 0'9 Prozent - betrug.

Die Zahl der im Tagverkehr der Autobusse beförderten Personen zeigt gegenüber 1930 eine Zunahme um 1'6 Prozent; insgesamt wurden im Vorjahre im Autobus-Tagverkehr 28.730.411 Personen befördert. Der Nachtverkehr der Autobusse weist gegenüber 1930 durchaus Zunahmen auf, und zwar bei der Zahl der Nutzkilometer eine Zunahme um 3'4 Prozent, bei der Zahl der beförderten Personen eine Zunahme um 3'8 Prozent. Im Tag-Verkehr betrug im Berichtsjahre die Zahl der Nutzkilometer 3.407.744, um 34.878 Nutzkilometer oder um rund 1 Prozent weniger als im Jahre 1930. Im Nachtverkehr wurden 1931 insgesamt 925.596 Personen befördert die Zahl der Nutzkilometer betrug 192.073.

Im Berichte des Brauhauses der Stadt Wien zeigt sich die allgemein bekannte Senkung des Bierkonsums. Das Brauhaus erzeugte im Vorjahre insgesamt 294.199 Hektoliter Bier und verkaufte 289.373 Hektoliter; im Jahre 1930 waren 390.582 Hektoliter Bier erzeugt und 362.539 Hektoliter verkauft worden.

Die städtische Leichenbestattungsunternehmung weist im Vorjahre eine Zunahme des Geschäftsumfanges auf 11.239 vollbezahlte Bestattungen gegenüber 10.877 im Jahre 1930 auf. Die Zahl der kostenlos durchgeführten Leichenbegängnisse ist von 1.500 im Jahre 1930 auf 1.572 im Vorjahre gestiegen, die Zahl der Teilleistungen bei Bestattungen durch andere Firmen von 8.176 auf 8.439.

Bei der städtischen Ankündigungsunternehmung ist der Gesamtumsatz gegenüber 1931 um rund 2'6 Prozent gesunken.

Entfallende Sprechstunde.

Wegen dienstlicher Verhinderung entfällt morgen, Mittwoch, und am kommenden Freitag die Sprechstunde beim städtischen Finanzreferenten, Stadtrat Breitner.

Vergrößerung der Aufbahrungshalle im Simmeringer Friedhof.

Die Aufbahrungshalle im Simmeringer Friedhof genügt nicht mehr den Anforderungen. Die Halle soll daher durch einen Zubau vergrößert werden. Gleichzeitig soll auch die Einfriedung des Friedhofes abgeändert und dadurch die Schaffung von zwölf neuen eigenen Gräbern ermöglicht werden. Der Gemeinderatsausschuss für Wohlfahrtswesen hat nunmehr in seiner letzten Sitzung die entsprechenden Anträge genehmigt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

200

Wien, am 20. Juli 1932.

Kunstförderung durch die Gemeinde Wien.

Ausstellung der angekauften Werke.

Die Genossenschaft der bildenden Künstler Wiens veranstaltet von Mitte Oktober bis Ende Dezember im Künstlerhaus eine Herbstausstellung. Im Rahmen dieser Herbstausstellung sollen, wie die Genossenschaft beabsichtigt, die aus dem 100.000 Schilling-Kredit zur Förderung der Gegenwartskunst auf Vorschlag des Kunstbeirates von der Gemeinde Wien angekauften Kunstwerke ausgestellt werden. Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat nun in seiner letzten Sitzung beschlossen, dem Ansuchen der Genossenschaft der bildenden Künstler Wiens zu entsprechen und die im Rahmen der Aktion "Förderung der Gegenwartskunst" von der Gemeinde Wien angekauften Gemälde, Plastiken, Aquarelle und Graphiken als Leihgaben zu Verfügung zu stellen. Diese Neuerwerbungen der städtischen Sammlungen werden daher in der Herbstausstellung der bildenden Künstler Wiens zu sehen sein.

Strassenarbeiten in Wien.

Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat kürzlich wieder die Durchführung von Strassenherstellungen in zwei Wiener Bezirken beschlossen. So soll in Simmering die Fuchsröhrenstrasse in der Strecke zwischen der Wilhelm Otte-Strasse und der Zippererstrasse reguliert werden. Die makadamisierte, mit einem Teerstrich versehene Fahrbahn wird rund 5 Meter breit sein. Ueberdies soll die Wilhelm Otte-Strasse in der Strecke zwischen der Fuchsröhrenstrasse und Eisteichstrasse makadamisiert werden. Die Kosten dieser Arbeiten betragen rund 30.000 Schilling. In Meidling soll die Edelsinnstrasse in der Strecke zwischen der Altmannsdorferstrasse und der Schönbrunner Allee ausgebaut werden, damit eine geradlinige Verbindung zwischen Philadelphiabrücke und Schönbrunner Allee geschaffen werde. Die heute als Verbindungsstrasse für den starken Fuhrwerksverkehr dienende Bahnzeile ist als Makadamstrasse dem Schwerfuhrwerksverkehr nicht voll gewachsen. Die Herstellung der Edelsinnstrasse, die Kleinsteinpflaster auf Betonunterlage und makadamisierte Gehsteige erhalten wird, erfordert Kosten im Betrage von 51.000 Schilling. Schliesslich muss die Oppelgasse in der Strecke zwischen Fockygasse und Malfattigasse und die Malfattigasse in der Strecke zwischen Oppelgasse und Tichtelgasse umgebaut werden. Beide Strassenzüge werden Walzasphaltfahrbahnen in der Breite von 7'5 Metern erhalten; die Kosten der Strassenherstellungsarbeiten betragen rund 40.000 Schilling.

Mietzinszuschüsse der Gemeinde Wien für Wohnhausreparaturen.

Der vom Gemeinderat der Stadt Wien eingesetzte Beirat, dem die Entscheidung über die Gewährung von Zuschüssen zu Hauptmietzinsen zusteht, die das Viertausendfache des Friedenszinses übersteigen, hielt kürzlich seine 64. Sitzung ab. In dieser Sitzung wurden die Ansuchen von 914 Parteien in 104 Häusern behandelt und Mietzinszuschüsse im Betrage von monatlich 6.158 Schilling bewilligt. Insgesamt hat der Beirat bisher den Ansuchen von 37.358 Parteien in 4.208 Häusern stattgegeben und zusammen Monatsbeiträge in der Höhe von rund 201.392 Schilling genehmigt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

201

Wien, am 21. Juli 1932.

Vorsprache der Vorsteher der Wiener Gastgewerbegenossenschaften bei Bürgermeister Seitz.

In mehreren Blättern ist ein Bericht über eine Vorsprache der Vorsteher der Wiener Gastgewerbegenossenschaften, und zwar der Kommerzialräte Holzmann (Gastwirtegenossenschaft), Scheiflinger (Gremium der Wiener Hotelbesitzer), Egkher (Gremium der Kaffeehausbesitzer) und Tschokl (Genossenschaft der Kaffeeschenker) erschienen. Diese Aussendung ist ohne Kenntnis des Bürgermeisters erfolgt und entspricht nicht den Tatsachen. Vor allem hat Bürgermeister Seitz mit der Deputation nicht ein Wort über Stadtrat Breitner oder gar über dessen Krankheit gesprochen. Er hat auch nicht erklärt, dass er wegen der Novellierung der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe und der Fremdenzimmerabgabe Verhandlungen führen werde. Letzteres schon deshalb nicht, weil die Führung solcher Verhandlungen vor allem dem zuständigen Stadtrat und dem Magistrat obläge. Der Bürgermeister hat vielmehr auf das Ersuchen nach einer anderen Gestaltung der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe ganz dezidiert erklärt, sowohl er als auch die Gemeindeverwaltung seien bei der letzten Beratung des Nationalrates über das Finanzverfassungsgesetz und die Abgabenteilung der Meinung gewesen, dass die der Gemeinde auferlegte neue Konstruktion der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe, trotzdem sie der Gemeinde den Ertrag von 10'6 Millionen Schilling garantiert, ganz unzweckmässig und ungerecht ist, ja sogar die Möglichkeit bietet, dass Nahrungsmittel billigster Art, wie sie in den grösseren Gaststätten der Arbeiterbezirke verabreicht werden, oft einem höheren Steuersatz unterworfen werden als die feinsten Speisen in Nobelrestaurants. Der Bürgermeister hat der Deputation nichts anderes versprochen, als dass die Gemeinde bereit sei, Verhandlungen darüber zu führen, wie diese Steuer bei Aufrechterhaltung der notwendigen Ertragssumme vernünftiger gestaltet werden könne, insbesondere im Sinne der Anpassung an die Steuerkraft des Einzelnen.

Neue Bürger der Stadt Wien.

Feierliche Ueberreichung der Bürgerdiplome an Professor Hofrat Dr. Menzel und Professor Dr. Meyer.

Heute vormittags fand im Sitzungssaale des Wiener Stadtsenates die feierliche Ueberreichung der Bürgerdiplome an Professor Hofrat Dr. Menzel und Professor Dr. Hans Horst Meyer durch Bürgermeister Seitz statt. Zur Feier hatten sich die amtsführenden Stadträte Speiser und Professor Dr. Tandler, viele Gelehrte, Mitglieder wissenschaftlicher Korporationen und zahlreiche Angehörige und Freunde der neuen Bürger eingefunden.

"Wir haben uns", sagte Bürgermeister Seitz in seiner Ansprache an die neuen Bürger, "im engen Kreise zusammengefunden, um ein kleines Fest zu feiern. Wenn es auch unter den heutigen Verhältnissen nötig ist, solche Feiern höchst einfach zu begehen, so ist diese Feier nichtsdestoweniger herzlich und innig, umso inniger als sie zwei Männern gilt, die mit dem wissenschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben Wiens so innig verbunden sind. Wir feiern zwei Männer der Wiener Universität; die Schicksalsgemeinschaft, die die alma mater mit der Stadt Wien verbindet, wird immer bestehen, wie sich auch die Geschicke unseres Landes und unserer Stadt gestalten mögen. Wien ist - mögen sich die politischen Verhältnisse wie immer gestalten - stolz auf seine Universität und auf diejenigen ihrer Männer, die dort zur Ehre der Stadt Wien wirken.

RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Blatt

Wien, am.....

In Professor Menzel feiern wir einen Mann, der, obwohl seine Wiege in den Sudeten gestanden hat, seit Jahrzehnten innig mit Wien verbunden ist. Die Stadt Wien hat ihn in Dankbarkeit nicht nur für seine wissenschaftlichen, sondern auch für seine staatsbürgerlichen Leistungen zum Bürger ernannt. Professor Menzel hat nicht nur als Rechtslehrer gewirkt; schon im alten Oesterreich war er Mitglied des Reichsgerichtes und in der Republik sofort Mitglied des Verfassungsgerichtshofes. Er ist einer der Männer, deren das öffentliche Leben nicht entbehren kann, besonders in der heutigen Zeit, in der jeder ein neues Recht schaffen und geltendes Recht so rasch als möglich ändern, ja sich auch über Recht und Gesetz hinwegsetzen will, auch mit Gewalt. Wir wissen: das ist ein Unglück für das deutsche Volk. Menzel steht über den Parteien auf dem Boden des Rechtes. Sein Lebenswerk steht wie ein Denkmal in dieser Stadt und wird nie vergessen werden!"

In seiner Ansprache an Professor Hans Horst Meyer rühmte der Bürgermeister das nahezu dreissigjährige Wirken Professor Meyers an der Wiener Universität. "Sie haben", sagte der Bürgermeister, "auf einem besonderen Gebiete der Medizin, auf dem Gebiete der Pharmakologie, das Ansehen der Wissenschaft und der Wiener Universität in der Welt zur Geltung gebracht. Wenn auch die Wissenschaft international ist und allen Völkern der Erde zugute kommt, so ist doch jedes Volk auf seine Männer stolz, die den Ruhm der Wissenschaft mehren. Wir danken Ihnen auch, dass Sie, der Abstammung nach ein Norddeutscher, so viel Liebe der Stadt Wien entgegenbringen und ein echter Wiener geworden sind. Ihre Ernennung zum Bürger Wiens ist der Ausdruck des Dankes und der Verehrung, die die Stadt Wien Ihnen und Ihrem Lebenswerk entgegenbringt."

Dann überreichte der Bürgermeister den neuen Bürgern die von den Malern Rösch und Huber künstlerisch ausgestatteten Bürgerdiplome. In bewegten Worten dankten die neuen Bürger dem Bürgermeister und dem Wiener Gemeinderat für die Ehrung, in der sie vor allem nicht nur eine persönliche, sondern eine Ehrung ihrer Wissenschaft und ihrer Mitarbeiter erblickten.

.....
Fünfundzwanzig Jahre Gänsehäufel.

Das an den letzten drei Sonntagen wegen ungünstiger Witterung abgesagte Strandfest am Gänsehäufel findet nunmehr am kommenden Sonntag statt. Beginn 14 Uhr 30 ; normale Eintrittspreise.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

203

Wien, am 23. Juli 1932.

Die Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Die fünfundzwanzigtausendste elektrische Lampe brennt!

In der Zeit des Krieges und in der Nachkriegszeit hatte die öffentliche Beleuchtung in Wien durch Verringerung der Zahl der Lampen und durch Verwendung von Sparbrennern bei der Gasbeleuchtung eine starke Einschränkung erfahren. Mit Rücksicht auf den gesteigerten Verkehr, der in der Nachkriegszeit einsetzte, ergab sich nun im Jahre 1923 die Notwendigkeit, die öffentliche Beleuchtung in Wien entsprechend auszugestalten. Für den Ausbau der öffentlichen Beleuchtung kamen zwei Möglichkeiten in Betracht: Verbesserung und Erweiterung der bestehenden Gasbeleuchtungsanlage oder Errichtung einer neuen elektrischen Beleuchtung. Da durch den Bau der Wasserkraftwerke in Opponitz elektrische Energie in ausreichendem Masse zur Verfügung stand, die besonders in der Nacht nicht voll ausgenützt werden konnte, anderseits wieder durch Verwendung von elektrischem Strom die Einfuhr der für die Gaserzeugung notwendigen Kohle erspart werden konnte, entschied sich die Wiener Gemeindeverwaltung für die Errichtung einer elektrischen Beleuchtungsanlage.

Mit dem Bau der notwendigen Anlagen wurde am 1. Jänner 1924 begonnen; ein ganz neues System für die Leitungsführung und Schaltung, neue Konstruktionen für die Beleuchtungskörper und Träger mussten geschaffen werden, um den Bau der Anlagen mit Erfolg ausführen zu können. Die Bauarbeiten wurden derart beschleunigt durchgeführt, dass bereits am 8. Jänner 1926 die fünftausendste elektrische Lampe in der Kalvarienberggasse, am 7. April 1927 die zehntausendste Lampe auf dem Margaretengürtel und am 11. Oktober 1929 die zwanzigtausendste Lampe auf der Heiligenstädterstrasse in Betrieb genommen werden konnten. Gestern, Freitag, war wieder ein Jubiläum: Auf dem Karlsplatz brannte gestern abends zum erstenmal die fünfundzwanzigtausendste Lampe, die seit 1. Jänner 1924 installiert worden ist.

Vier Bezirke, und zwar Mariahilf, Neubau, Josefstadt und Rudolfsheim, haben bereits an Stelle der früheren Gasbeleuchtung ausschliesslich elektrische Beleuchtung. Seit 1923 bis heute wurden nicht weniger als 28.368 Gaslampen entbehrlich; dadurch konnten alljährlich fast 10 Millionen Kubikmeter Gas erspart werden. Die Ersparnis an Auslandskohle durch den Wegfall der Gasbeleuchtung kann mit rund 20.400 Tonnen Kohle im Jahr angenommen werden. Von ebensolcher Bedeutung ist aber auch, dass durch die Einführung und den Ausbau der elektrischen Strassenbeleuchtung in Wien für die österreichische Industrie und für die österreichische Arbeiterschaft umfangreiche Arbeitsmöglichkeiten geschaffen wurden. Schliesslich darf nicht unerwähnt bleiben, dass die eigene Art der in Wien ausgeführten elektrischen Beleuchtungsanlagen in Fachkreisen besondere Beachtung gefunden hat und für die Herstellung von elektrischen Beleuchtungsanlagen in vielen Städten des Inlandes und des Auslandes in vieler Hinsicht beispielgebend war.

Ablenkung der Bahnhofrundlinie.

In der nächsten Woche wird in der Nacht von Montag auf Dienstag die Bahnhofrundlinie wegen Arbeiten auf dem Margaretengürtel über den inneren Mariahilfergürtel-Gumpendorferstrasse-Reinprechtsdorferstrasse zum Matzleinsdorferplatz geführt. Die Ablenkung gilt für beide Fahrtrichtungen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

204

Wien, am 25. Juli 1932.

Die Wiener Gesundheitsverhältnisse im Juni 1932.

Das Gesundheitsamt der Stadt Wien teilt mit, dass im vergangenen Juni 476 Anzeigen über Scharlacherkrankungen, 339 Anzeigen über Diphtherieerkrankungen, 10 Anzeigen über Abdominaltyphus, 9 Anzeigen über Paratyphus und 2 Anzeigen über Ruhrerkrankungen eingelangt sind. Da im Mai dieses Jahres 538 Scharlachmeldungen und 358 Diphtheriemeldungen erstattet worden waren, ist im Berichtsmonate die Zahl der Anzeigen über Scharlacherkrankungen um 62 und die Zahl der Anzeigen über Diphtherieerkrankungen um 19 zurückgegangen. Während im Mai dieses Jahres noch 19 Grippeanzeigen erstattet worden waren, sind im Berichtsmonate beim städtischen Gesundheitsamt keine Anzeigen über Grippeerkrankungen mehr eingelangt.

Ausländische Gäste in Wien.

Kürzlich besichtigten der ägyptische Ackerbauminister Hafez Hassan Pascha in Begleitung des ägyptischen Geschäftsträgers in Wien Souror Bey, ferner der Generalrepräsentant der in Buenos Aires erscheinenden Zeitung "La Nacion" F. O. Echague, Mrs. Professor J. L. Read von der Carl Schurz-Foundation in Philadelphia und eine Reihe ausländischer Journalisten neue städtische Wohnhausbauten, Wohlfahrtsanstalten und städtische Bäder. Die Gäste sprachen sich über das Gesehene in anerkennenden Worten aus.

Plötzlicher Tod eines Arbeiters.

Am letzten Samstag ist in Wiener Tageszeitungen berichtet worden, dass der Hilfsarbeiter L. A. in dessen Arbeitsstätte bei der Firma Warchalowsky nach dem Genuss von Oelsardinen von Ueblichkeiten befallen worden und nach kurzer Zeit gestorben sei. Wie die städtische Marktamts-Direktion nunmehr mitteilt, haben die Erhebungen über die Todesursache ergeben, dass der Arbeiter an einer Herzerkrankung und nicht, wie vermutet, an einer Fischvergiftung gestorben ist. Der Verstorbene war herzleidend und ist wegen dieses Leidens ständig in ärztlicher Behandlung gestanden.

Jubilare der Ehe.

In der vorigen Woche feierten die Ehepaare Johann und Anna Bachler, Johann und Anna Bezdek, Rudolf und Marie Gebauer, Rupert und Leopoldine Novotny, Johann und Berta Anna Säckl, Karl und Marie Schilberg und Franz Xaver und Theresia Schmidt das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien amtsführender Stadtrat Honay in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

205

Wien, am 26. Juli 1932.

Ein Adolf Guttenberg-Denkmal in Wien.

Widmung eines Aufstellungsplatzes im Türkenschanzpark.

Ein von Professoren der Hochschule für Bodenkultur in Wien und von Alpinisten gebildetes Komitee hat an die Gemeinde Wien das Ersuchen gerichtet, die Aufstellung eines Adolf Guttenberg-Denkmales im Türkenschanzpark zu genehmigen. Guttenberg, Ehrendoktor der Hochschule für Bodenkultur in Wien und der Universität Giessen, wirkte als Professor für Forstbetriebslehre an der Hochschule für Bodenkultur in Wien und war während seiner Lehrtätigkeit zweimal Rektor dieser Hochschule. Professor Guttenberg hat sich um das Forstwesen und um die Naturschutzbewegung ausserordentlich verdient gemacht. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat nun in seiner letzten Sitzung beschlossen, für die Aufstellung des Adolf Guttenberg-Denkmales, eines Werkes des Bildhauers Huyer, einen in der Nähe der Hochschule für Bodenkultur an der Feistmantelstrasse gelegenen Platz im Türkenschanzpark zu widmen.

.....

Entlehnung von Kunstwerken der Wiener städtischen Sammlungen für die Hans Temple-Gedächtnisausstellung.

Die Genossenschaft der bildenden Künstler Wiens beabsichtigt, im September eine Hans Temple-Gedächtnisausstellung zu veranstalten; die Genossenschaft hat hierfür einige Werke des Künstlers, die sich im Besitze der städtischen Sammlungen befinden, als Leihgaben erbeten. Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, dem Ansuchen der Genossenschaft der bildenden Künstler Wiens zu entsprechen und für die Hans Temple-Gedächtnis-Ausstellung sechs Gemälde des Künstlers, die die Akademieprofessoren Zumbusch, Weyr, Tilgner, Scharff, Unger und Angeli in ihren Ateliers darstellen, als Leihgaben zur Verfügung zu stellen.

.....

915 Fremde besichtigten im Juni das Wiener Rathaus.

Das Wiener Rathaus, das zu den schönsten Gebäuden Wiens zählt, wird von Fremden, die nach Wien kommen, häufig besichtigt. Die Rathausverwaltung hat darum vorgesorgt, dass Besucher, die sich für das Rathaus interessieren, die Sitzungs- und Festsäle unter sachkundiger Führung besichtigen können. Von dieser Möglichkeit haben im Juni dieses Jahres insgesamt 915 Personen Gebrauch gemacht. 82 Einzelbesucher aus österreichischen Bundesländern, aus Deutschland, aus der Schweiz, aus der Tschechoslowakei, aus Danzig, Ungarn, Jugoslawien, Frankreich, England, Holland, Irland, Dänemark, Schweden, Italien, Palästina, Japan, Irak, Neu-Seeland und aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika und 20 Besuchergruppen mit zusammen 833 Teilnehmern besichtigten die Sitzungs- und Festsäle.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

206

Wien, am 27. Juli 1932

Neue Wiener Strassennamen.

Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat kürzlich die Benennung verschiedener Strassenzüge auf der Wieden, in Hietzing und in Floridsdorf beschlossen. Auf Anregung der Bezirksvertretung Wieden wird der Karolinenplatz, auf dem die St. Elisabeth-Kirche steht, in "St. Elisabeth-Platz" umbenannt. Im Siedlungsgebiet rings um den Achtundvierziger Platz in Hietzing erhält der Weg zwischen der Stauffergasse und der Sandrockgasse nach dem Webergesellen Bernhard Herschmann, der unter den Märzgefallenen des Jahres 1848 genannt wird, den Namen "Herschmann-Weg". In der städtischen Siedlung "Lockerwiese" zwischen der Wolkersbergenstrasse und der Biraghigasse erhält eine neue Gasse nach dem am 6. Juli 1535 hingerichteten englischen Staatsmann Thomas Morus den Namen "Thomas Morus-Gasse"; eine zweite in diesem Gebiet liegende Gasse wird nach dem bekannten Historiker Dr. August Fourniere "Fournieregasse" benannt. Die Verbindungsgasse zwischen der Kahlgasse und der Franklinstrasse in Floridsdorf erhält nach dem verdienten Schulmann Hans Hinays den Namen "Hinays-Gasse".

Die Erläuterungstafeln werden folgende Aufschriften tragen:

"St. Elisabeth (1207-1231), Landgräfin von Thüringen, Wohltäterin der Armen"; "Thomas Morus (1478-1535), Englischer Staatsmann und Sozialtheoretiker"; "Dr. August Fourniere (1850-1920), Historiker, Professor an der Wiener Universität" und "Hans Hinays (1859-1918), Bürgerschuldirektor, verdienter Schulmann".

Entfallende Sprechstunde.

Uebermorgen, Freitag, entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde beim städtischen Finanzreferenten, Stadtrat Breitner.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.

In der nächsten Zeit wird die Brigittenauerländer zwischen der Klosterneuburgerstrasse und der Adalbert Stiftergasse mit elektrischer Beleuchtung eingerichtet. Der Magistrat hat die Aufträge zur Durchführung der notwendigen Installationsarbeiten bereits vergeben.

Die Gebühren für die Vieh- und Fleischschau.

Die Grundgebühr für die Vornahme amtlicher Untersuchungen von Vieh und Fleisch beträgt für die Zeit vom 1. bis 31. August 1 Schilling 33 Groschen. Für die tierärztliche Untersuchung von Tieren, die in einer Wiener Eisenbahn- oder Schiffstation ein- und ausgeladen werden, ist die gleiche Grundgebühr zu entrichten.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

207

Wien, am 28. Juli 1932

Strassenarbeiten in Wien.

Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat kürzlich wieder die Durchführung von Strassenherstellungsarbeiten beschlossen. So soll in der Brigittenau die Stromstrasse in der Strecke zwischen der Leystrasse und der Vorgartenstrasse reguliert werden. Die Makadamfahrbahn der Stromstrasse wird einen 7 Zentimeter starken Asphaltbetonbelag erhalten. Gleichzeitig soll auch die Leystrasse in der Strecke zwischen der Stromstrasse und der Marchfeldstrasse umgebaut werden. Es ist vorgesehen, die Makadamdecke in diesem Teil der Stromstrasse instandzusetzen. Die Kosten dieser Arbeiten betragen rund 40.000 Schilling.

Bei der neuen städtischen Wohnhausanlage auf dem Engelsplatz soll die an der Wohnhausanlage entlang führende Randstrasse im nordwestlichen Teile ausgebaut werden; dieser Strassenzug wird eine Asphaltbetonfahrbahn in der Breite von 8 Metern erhalten. Gleichzeitig soll auch die Forsthausgasse mit neuen Steinen auf Betonunterlage umpflastert werden. Von den Rand- und Innenstrasse der Wohnhausanlage auf dem Engelsplatz werden die Wehlistrasse in der Strecke zwischen dem Engelsplatz und der Aignerstrasse, die Aignerstrasse in der Strecke zwischen der Leystrasse und der verlängerten Engerthstrasse und die Randstrassen um den südöstlich der Aignerstrasse gelegenen Platz hergestellt. Die Wehlistrasse und die Aignerstrasse erhalten Asphaltbetonfahrbahnen in der Breite von je 6 Metern. Die anderen Strassenzüge werden als Betonstrassen mit einer Deckschichte aus Hartsplitt und einer Unterschichte aus Donaukies gebaut; für die Fahrbahnen ist eine Breite von 6 und 8 Metern vorgesehen. Die Kosten dieser Strassenherstellungsarbeiten betragen 320.000 Schilling.

Strengere Handhabung der Verkehrsbeschränkungen auf der Rotundenbrücke.

Im Einvernehmen mit der Bundespolizeidirektion hat der Magistrat mit Rücksicht auf die Konstruktion der Rotundenbrücke eine Anzahl von Verkehrsbeschränkungen auf dieser Brücke verfügt. Wie aber festgestellt worden ist, werden diese Vorschriften, insbesondere von den Fahrzeuglenkern, nicht genau eingehalten. Die Einhaltung der Vorschriften ist jedoch zur Aufrechterhaltung eines geregelten Verkehrs auf der Brücke unbedingt notwendig; der Magistrat hat daher eine strengere Handhabung der Verkehrsbeschränkungen und eine strenge Ueberwachung der Einhaltung der Vorschriften verfügt. Es wird mit Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, dass jede Uebertretung der für die Rotundenbrücke geltenden Verkehrsbeschränkungen empfindlich bestraft wird

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

208

Wien, am 29. Juli 1932.

1.963 Einäscherungen im ersten Halbjahr 1932 in Wien.

In der Feuerhalle der Stadt Wien wurden vom 1. Jänner bis 30. Juni dieses Jahres 1.963 Leichen eingeäschert. Von den Verstorbenen waren 1.161 männlichen und 802 weiblichen Geschlechtes. 1.181 Verstorbene hatten der römisch-katholischen, 156 der evangelischen und 144 der mosaischen Religion angehört; 441 Verstorbene waren konfessionslos gewesen. In der Zeremonienhalle des Krematoriums wurden vom 1. Jänner bis 30. Juni dieses Jahres 388 Leichen nach altkatholischem und 233 Leichen nach evangelischem Ritus eingesegnet; 1.705 Leichen wurden aufgebahrt. Von auswärts wurden 244 Leichen zur Einäscherung nach Wien gebracht. Unter den 1.963 Verstorbenen, die im ersten Halbjahr 1932 in der Feuerhalle der Stadt Wien eingeäschert wurden, waren 41 Kinder.

Ein Siegfried Marcus-Denkmal in Wien.

Widmung eines Aufstellungsplatzes in der Gartenanlage auf dem Karlsplatz.

Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat bereits am 25. Mai 1927 auf Ansuchen des Oesterreichischen Automobil-Klubs für die Aufstellung eines Denkmals für den Erfinder des Automobils, Siegfried Marcus, einen Platz in der Gartenanlage Lothringerstrasse-verlängerte Kärntnerstrasse gewidmet. Da das Denkmal innerhalb Jahresfrist nicht aufgestellt worden ist, ist diese Widmung erloschen. Nun hat das Siegfried Marcus-Denkmal-Komitee neuerlich um die Widmung eines Aufstellungsplatzes für das Denkmal angesucht. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat nunmehr in seiner letzten Sitzung beschlossen, für die Aufstellung des Siegfried Marcus-Denkmals einen geeigneten Platz in der Gartenanlage auf dem Karlsplatz zu widmen und die Kosten für die Fundierung des Denkmals zu tragen.

Fünfundzwanzig Jahre Gänsehäufel.

Das an den letzten vier Sonntagen wegen ungünstiger Witterung abgesagte Strandfest am Gänsehäufel findet nunmehr am kommenden Sonntag statt. Beginn 14 Uhr 30; normale Eintrittspreise.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

209

Wien, am 30. Juli 1932.

Die Bevölkerungsbewegung in Wien im Mai 1932.

Wie die Magistratsabteilung für Statistik mitteilt, kamen im Mai dieses Jahres in Wien 1.395 Säuglinge lebend zur Welt; das sind um 2 weniger als im April dieses Jahres und um 154 weniger als im Mai 1931. Von den Lebendgeburten waren 764 Knaben und 631 Mädchen, 1.044 eheliche und 351 uneheliche Kinder. In der Wohnung der Mutter wurden 224, in Anstalten 1.171 Kinder geboren. Die Zahl der Totgeburten betrug im Berichtsmonate 138, um 5 weniger als im April dieses Jahres, aber um 12 mehr als im Mai 1931.

Im Berichtsmonate starben in Wien 2.124 Personen; das sind um 158 weniger als im April dieses Jahres und um 88 weniger als im Mai 1931. Von den Verstorbenen waren 1.118 männlichen und 1.006 weiblichen Geschlechtes; 1.994 gehörten der Wiener Bevölkerung an, während 130 ortsfremd waren. In der Wohnung starben 917, in Anstalten 1.207 Personen. Als Todesursachen sind in 420 Fällen organische Herzkrankheiten, in 290 Fällen Krebs, in 216 Fällen Tuberkulose der Atmungsorgane und in 145 Fällen Lungen- und Rippenfellentzündung angegeben worden. 133 Anzeigen haben als Todesursachen Gehirnschlag, 79 Anzeigen Arterienverkalkung, 55 Anzeigen Altersschwäche und 41 Anzeigen epidemische Krankheiten bezeichnet. 137 Verstorbene standen in einem Alter bis zu fünf Jahren, 35 in einem Alter von fünf bis zehn Jahren, 14 in einem Alter von zehn bis fünfzehn Jahren, 25 in einem Alter von fünfzehn bis zwanzig Jahren, 108 in einem Alter von zwanzig bis dreissig Jahren, 146 in einem Alter von dreissig bis vierzig Jahren, 216 in einem Alter von vierzig bis fünfzig Jahren und 378 in einem Alter von fünfzig bis sechzig Jahren; 1.064 waren mehr als sechzig Jahre alt.

Die Zahl der Selbstmorde in Wien betrug im Mai dieses Jahres 99; das sind um 23 weniger als im April dieses Jahres und um 27 weniger als im Mai 1931. Im Berichtamonate unternahmen 190 Personen einen Selbstmordversuch, um 27 mehr als im April dieses Jahres, aber um 15 weniger als im Mai 1931.

Ueber die Säuglingssterblichkeit wird berichtet, dass im vergangenen Mai in Wien 100 Säuglinge starben, um 5 mehr als im April dieses Jahres, aber um 3 weniger als im Mai 1931. Von den im Berichtsmonate verstorbenen Säuglingen waren 62 Knaben und 38 Mädchen, 56 eheliche und 44 uneheliche Kinder; 51 Säuglinge starben im ersten Lebensmonat, 49 im zweiten bis zwölften Lebensmonat.

---ö---

Armenlotterie der Gemeinde Wien.

Der Gemeinderat der Stadt Wien hat kürzlich beschlossen, auch heuer auf Grund der vom Bundesministerium für Finanzen erteilten Bewilligung eine Wertlotterie zugunsten der Armen Wiens mit einem Spielkapital von 400.000 Schilling, das aus 400.000 Losen zum Stückpreis von 1 Schilling besteht, zu veranstalten. Die Lotterieverwaltung wurde nach den vom Bundesministerium für Finanzen aufgestellten Bedingungen einem sechsgliedrigen Ausschuss der Wiener Gemeindeverwaltung übertragen.

Die Armenlotterie wurde zum erstenmal im Jahre 1816 veranstaltet und bis zum Jahre 1922 alle Jahre durchgeführt. Nach einer achtjährigen Unterbrechung ist die Armenlotterie im Vorjahre wieder ins Leben gerufen worden. Die heurige Lotterie ist mithin die 109. Veranstaltung dieser Art. Die vorjährige Armenlotterie hat einen Reingewinn von mehr als 146.000 Schilling eingebracht.

---ö---

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

210

II. Ausgabe

Wien, am 30. Juli 1932

Die ungenügenden Viehauftriebe und Fleischzufuhren.

Amtsführender Stadtrat Linder hat heute an Bundeskanzler Dr. Dollfuss ein Schreiben gerichtet, in dem es heisst:

"Die ungenügenden Auftriebe und Zufuhren auf den Schlacht- und Stechviehmärkten in St. Marx und in der Grossmarkthalle haben in den letzten Wochen Preissteigerungen für Lebendvieh und Fleisch bewirkt, die untragbar, ja aufreizend sind.

Die Viehverkehrsstelle hat nach Paragraph 3 des Viehverkehrsgesetzes die Pflicht, die Bewilligungen für den Auftrieb und die Beschickung in einem solchen Ausmasse zu erteilen, dass eine ausreichende Markbeschickung gewährleistet ist, die eine Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch und Fleischwaren zu einem für die inländische Erzeugung auskömmlichen Preise sicherstellt.

Die Viehverkehrsstelle setzt zwar wöchentlich die entsprechenden Zahlen für den Auftrieb und die Zufuhren fest, so dass es scheint, als wenn sie ihre Pflicht erfüllt; sie ist jedoch im Verlaufe der letzten Monate ausserstande gewesen, die festgesetzten Mengen auch tatsächlich auf den Markt zu bringen. So ist auf einer ganzen Anzahl von Vieh- und Fleischmärkten der letzten Wochen eine bedeutend geringere Beschickung zu verzeichnen, als man nach den Zahlen der Viehverkehrsstelle annehmen müsste.

Oesterreich hat schon seit Monaten die höchsten Schlachtviehpreise in ganz Europa! Anstatt diese unerschwinglich hohen Preise im Interesse der breiten Massen des Volkes zu senken, erhöht man sie durch die Unterbeschickung der Märkte immer mehr, --- ein scharfes Ansteigen der Fleischpreise ist die Folge.

Gehrter Herr Bundeskanzler! So kann es nicht weiter gehen! Die Minderbeschickung der Märkte und die dadurch bewirkte Verteuerung des Fleisches müssten zu einer Katastrophe führen! Als der amtsführende Stadtrat, in dessen Ressort die Approvisionierung der Stadt Wien fällt, muss ich Sie in Ihrer Eigenschaft als Landwirtschaftsminister ersuchen, sofort zu veranlassen, dass entweder die bestehenden Viehverkehrs-Bestimmungen aufgehoben oder dass sie in einer Weise gehandhabt werden, die normale Preise bewirkt.

Ich bitte auch, geehrter Herr Bundeskanzler, untersuchen zu lassen, welche Umstände die Minderbeschickung der Vieh- und Fleischmärkte in der letzten Zeit verschuldet haben. Dabei wird sich ergeben, ob man nicht mit Rücksicht auf den erhöhten Fleischbedarf der Provinz während der Reisezeit, ferner mit Rücksicht auf den Almauftrieb und angesichts des grossen Mangels an Beilvieh überhaupt, die entsprechenden Bestimmungen des Gesetzes vom 30. Oktober 1931, B.G.Bl. Nr. 337 (Vieverkehrsgesetz), abändern beziehungsweise ergänzen muss, damit Schlachttiere und Stechvieh und Fleisch von diesen Tieren ohne Bewilligungsscheine auf die Märkte gelangen. Die Bewilligungen für Schlacht- und Stechvieh aus dem Auslande müssten unbedingt eine entsprechende Erhöhung erfahren. Jedenfalls erwarten die Wiener Konsumenten, dass die Regierung alle notwendigen Verfügungen sofort trifft und dass die getroffenen Verfügungen rechtzeitig bekannt gemacht werden, so dass die Bevölkerung für die kommende Woche mit Recht auf eine normale Marktbe-
wegung, vor allem auf normale Preise rechnen kann."